



Innenausschuss

73. Sitzung (öffentlich)

11. Januar 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 14:35 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Katrin Wirsdörfer, Gertrud Schröder-Djug, Eva Bartylla, Franz-Josef Eilting
Marion Schmieder (Federführung)

Verhandlungspunkte:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **3**

**1 Serienweise Übergriffe auf Frauen rund um den Kölner Hauptbahnhof
in der Silvesternacht** **5**

Bericht der Landesregierung

In Verbindung mit:

**Begrapscht, beleidigt, bedroht, bestohlen – Übergriffe auf Frauen
rund um den Kölner Hauptbahnhof in der Silvesternacht**

Bericht der Landesregierung

in Verbindung mit:

**Bericht des Ministers für Inneres und Kommunales über die
Übergriffe am Hauptbahnhof Köln zum Jahreswechsel**

Bericht der Landesregierung

2 Verschiedenes

89

* * *

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Daniel Sieveke: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf Sie alle recht herzlich zur 73. Sitzung des Innenausschusses – einer Sondersitzung – begrüßen. Ich begrüße die Ausschussmitglieder, für die Landesregierung Herrn Minister Ralf Jäger, Staatssekretär Bernhard Nebe, ebenso die Abgeordneten, die nicht dem Innenausschuss angehören, die zahlreichen Vertreterinnen und Vertreter der Medien und natürlich die Zuhörerinnen und Zuhörer.

Ich verbinde die Eröffnung noch mit den besten Wünschen für das neue Jahr 2016 und hoffe auf weitere gute Zusammenarbeit.

Die Einberufung zur heutigen Sondersitzung erfolgt gemäß § 53 Abs. 2 in Verbindung mit Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtags auf Antrag der Fraktion der CDU. Die erforderliche Anzahl an Unterschriften liegt vor.

Kann ich vom Einverständnis mit der Tagesordnung ausgehen? – Das ist der Fall.

Die Plätze sind heute ausnahmsweise mit Beschilderungen versehen. Ich darf alle Anwesenden bitten, sich daran zu halten. Ein Stehen an den hinteren Wänden ist nicht möglich. Wegen des großen Zuhörerinteresses werden Bild und Ton der Sitzung auch in den Raum E3 A02 übertragen.

Ich bitte jetzt darum, alle Bild- und Tonaufnahmen einzustellen. Im Saal nebenan befinden sich bereits jetzt einige Zuhörer. Dort sind ebenfalls keine Tonaufnahmen erlaubt.

Ein Hinweis an die Ausschussmitglieder: Ein zentraler Statement-Platz – falls gewünscht und erforderlich – ist von der Presse direkt vor unserem Sitzungssaal eingerichtet worden. Ich bitte Sie, sich bei den Statements vor das gezogene Band zu stellen; denn die Kameras sind genau darauf ausgerichtet.

Zum Live-Streaming nur Folgendes: Der Ältestenrat hat dazu eine eindeutige Regelung getroffen, heute keinen Live-Stream vorzusehen.

Es liegt ein Antrag des fraktionslosen Abgeordneten Schwerdt vor, der darauf gerichtet ist, an der heutigen Sitzung nicht nur teilzunehmen – das ist für ihn als Abgeordneten sowieso möglich –, sondern auch mit Rederecht ausgestattet zu sein. Eine Teilnahme gemäß § 55 Abs. 1 GO LT kommt nicht in Betracht, da kein von ihm gestellter Antrag bzw. eine Anfrage beraten wird.

Gemäß § 55 Abs. 2 Satz 1 GO LT kann er als Zuhörer teilnehmen. Mitberaten darf er gemäß § 55 Abs. 2 Satz 3 GO LT ausnahmsweise nur dann, wenn dies der Ausschuss beschließt. Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer möchte sich enthalten? – Dann ist der An-

trag des Abgeordnete Schwerdt auf Mitberatung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, der Grünen und der FDP bei Enthaltung der Piraten abgelehnt worden.

1 **Serienweise Übergriffe auf Frauen rund um den Kölner Hauptbahnhof in der Silvesternacht**

Bericht der Landesregierung

In Verbindung mit:

Begrabscht, beleidigt, bedroht, bestohlen – Übergriffe auf Frauen rund um den Kölner Hauptbahnhof in der Silvesternacht

Bericht der Landesregierung

In Verbindung mit:

Bericht des Ministers für Inneres und Kommunales über die Übergriffe am Hauptbahnhof Köln zum Jahreswechsel

Bericht der Landesregierung

Vorsitzender Daniel Sieveke: Zunächst möchte ich im Namen des Innenausschusses derjenigen gedenken, die im Laufe der Silvesternacht Opfer geworden sind. In der medialen Berichterstattung kommt es teilweise zu kurz, dass es hier schlimmste Eingriffe in das persönliche Befinden und das Sicherheitsempfinden gab. Trotz der politischen Auseinandersetzung, die sicher gleich folgen wird und folgen muss, wollen wir diesen Fakt nicht vergessen. Die Aufklärung muss auch im Namen der Opfer stattfinden.

Außerdem danken wir den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die an dem Silvesterabend im Einsatz waren, vonseiten dieses Ausschusses dafür, dass sie ihre Tätigkeit so gut vollzogen haben, wie es ihnen möglich war. Im Rahmen der politischen Betrachtung muss man sicher, wenn der Begriff „Polizei“ fällt, durchaus differenziert diskutieren.

Zur Tagesordnung:

Der erstgenannte Unterpunkt ist mit dem Antrag der Fraktion der CDU zur Einberufung der Sondersitzung mit Schreiben vom 5. Januar 2016 beantragt worden. Vorgeesehen ist ein mündlicher Bericht.

Der zweite Unterpunkt ist von der Fraktion der FDP mit Schreiben vom 4. Januar 2016 zur Sitzung am 21. Januar 2016 beantragt worden. Die Fraktion der FDP hatte sich im Vorfeld damit einverstanden erklärt, diesen Tagesordnungspunkt wegen des gleichen Berichtsgegenstandes bereits heute zu behandeln. Auch hierzu erfolgt ein mündlicher Bericht. Ein schriftlicher Bericht war – wegen der Verfristung – nicht vorzulegen.

Der dritte Unterpunkt ist von der Landesregierung mit Schreiben vom 5. Januar 2016 zur Sitzung am 21. Januar 2016 beantragt worden. Die Landesregierung hatte sich im Vorfeld ebenfalls damit einverstanden erklärt, diesen Tagesordnungspunkt – wegen des ebenfalls gleichen Berichtsgegenstandes – bereits heute zu behandeln. Vorgeesehen ist ein ebenfalls mündlicher Bericht.

Ich schlage vor, alle drei Unterpunkte gemeinsam zu behandeln. – Dann wollen wir so verfahren.

Ich gebe jetzt zunächst der Fraktion, die die Sondersitzung beantragt hat, das Wort, und dort Herrn Kruse. Anschließend folgt Herr Lürbke für die FDP. Der Minister hat gerade darauf hingewiesen, dass im Anschluss daran ein umfassender, umfänglicher Bericht folgt, der einige Zeit in Anspruch nehmen wird.

Theo Kruse (CDU): Herr Vorsitzender, verehrte Kolleginnen und Kollegen, in der Haushaltsdebatte des letzten Jahres, genauer gesagt am 16. Dezember 2015, habe ich der Landesregierung vorgeworfen, dass das Land sein Gewaltmonopol nicht mehr durchsetzen kann und wir in Nordrhein-Westfalen eine schleichende Erosion des Rechtsstaates erleben. Das geschieht nicht zuletzt auch deswegen, weil die Bürgerinnen und Bürger – siehe die Entwicklung in Düsseldorf – ihre Sicherheit zunehmend selbst in die Hand nehmen.

Hinzu kommt, dass sich in Nordrhein-Westfalen ein Gefühl der Rechts- und Führungslosigkeit im Land ausbreitet. Die Bürgerinnen und Bürger fühlen sich unbeschützt. Die Polizei – Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, Herr Vorsitzender –, die die uneingeschränkte Rückendeckung durch die Politik verdient hat, fühlt sich von der Politik zunehmend im Stich gelassen.

Die schauerlichen und chaotischen Ereignisse der Silvesternacht in Köln sind ein weiterer, aus unserer Sicht außerordentlich besorgniserregender Höhepunkt von Staatsversagen in Nordrhein-Westfalen. Aufgrund bekannter und hier in der Vergangenheit vielfach diskutierter fataler Geschehnisse haben wir Sie, Herr Minister, sehr häufig gefragt, ob der Kölner Polizeipräsident dem Grunde nach noch Ihr Vertrauen genießt. Sie haben uns aufgrund unserer Fragestellung belächelt. Somit tragen auch Sie die politische Verantwortung für das Desaster, das sich in der größten Stadt unseres Landes zugetragen hat.

Die schrecklichen Abläufe der Silvesternacht in Köln sind Grund genug für die Beantragung der heutigen Sondersitzung. Hinzu kommen die widersprüchlichen Medienberichte zur Einsatzkonzeption, zur Vorbereitung und zur Überforderung der Kölner Polizei.

Wir sind natürlich gespannt auf die Erläuterung des heute vorgelegten Berichts und haben im Zusammenhang mit der Erörterung und Ihren Ausführungen zu diesem Bericht folgende Leitfragen:

Seit dem vergangenen Samstag wissen wir, dass die WE-Meldung, die der Landesregierung zum Polizeieinsatz am Kölner Hauptbahnhof in der Silvesternacht um 5 Uhr übermittelt wurde, die Lage vor Ort gänzlich anders beschrieb als die Kölner Polizeiführung in ihrer offiziellen Stellungnahme später am selben Morgen.

Eine Richtigstellung erfolgte weder am 1., noch am 2., noch am 3. Januar. Erst mit der Aufdeckung durch die Medien wurden die Vorkommnisse bekannt.

Erstens. Warum hat der Innenminister die Falschangaben der Kölner Polizei wider besseren Wissens nicht korrigiert und die Bevölkerung nicht über das wahre Ausmaß der Übergriffe informiert?

Zweitens. Die Eskalation der Lage ist aus unserer Sicht auch darauf zurückzuführen, dass zu wenige Polizisten vor Ort im Einsatz waren. Dabei stand die Silvesternacht auch unter dem Einfluss einer abstrakten Terrordrohung. Die Bundespolizei hat ihre Einheiten am Kölner Hauptbahnhof gezielt verstärkt.

Warum wurde die im Vorfeld von der Kölner Polizei angeforderte Verstärkung seitens der Landesregierung nicht bewilligt?

Drittens. Verschiedene Presseberichte weisen darauf hin, dass die Kölner Polizei den Hintergrund bestimmter Tätergruppen bewusst nicht in ihre Berichte aufgenommen hat. Für Sie, Herr Minister Jäger, war das einer der Gründe, die eine Entlassung des Kölner Polizeipräsidenten unumgänglich machten.

Meine Frage in diesem Zusammenhang: Handelt es sich tatsächlich um einen Alleingang der Kölner Polizei, oder geht die Informationspolitik, der Öffentlichkeit eine Beteiligung von Flüchtlingen an Straftaten vorzuenthalten, auf eine Weisung, auf eine Direktive oder sogar auf eine Empfehlung der Landesregierung zurück?

Das wären zunächst unsere drei Fragekomplexe.

Ich finde es schon erstaunlich, dass der Bericht, der heute vorliegt – datiert vom 10. Januar 2015, heute vorgelegt –, unterschrieben ist vom inzwischen in den einstweiligen Ruhestand versetzten Kölner Polizeipräsidenten.

Marc Lürbke (FDP): Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte zunächst, falls dies noch nicht geschehen ist, ein Wortprotokoll beantragen.

Kommen wir zum Thema. Wieder ein Vorfall im Verantwortungsbereich des Innenministers, der Schlagzeilen macht, der diesmal sogar bundesweit in den Fokus gerät. Die Versäumnisse in Ihrem Verantwortungsbereich haben inzwischen leider schon Tradition, und der katastrophale Umgang mit diesen Vorfällen ebenso.

Es gab nicht nur wiederholt Pannen und Versäumnisse, sondern es gab auch wiederholt fehlende und fehlerhafte Aufarbeitung: Damals nach der Loveparade, nach den Übergriffen in Burbach, nach HoGeSa gab es nur unzureichende Analysen und eine unzureichende Informationspolitik. Das darf sich heute nicht wiederholen, Herr Minister.

Heute haben Sie die Chance, endlich die Öffentlichkeit und das Parlament umfassend und schonungslos zu informieren. Die letzten Tage waren in dieser Hinsicht eher ein Kommunikationsdesaster. Über eine Woche lang haben Sie, hat die Landesregierung das Ganze einfach laufen lassen. Heute ist es fast schon fünf nach zwölf – aber besser spät als nie.

Die Vorfälle der Kölner Silvesternacht müssen umgehend aufgearbeitet werden. Denn Hunderte Menschen wollten in Köln friedlich Silvester feiern, erlebten stattdessen aber den Horror, Vergewaltigungen, massive sexuelle Massenübergriffe – im Er-

gebnis über 500 Anzeigen, Hunderte Opfer, die sich in der Kölner Silvesternacht in Nordrhein-Westfalen nicht auf den Schutz des Rechtsstaates verlassen konnten.

Ich habe die Sorge, dass es am Ende womöglich aufgrund der Versäumnisse in der Silvesternacht noch viele Täter geben wird, die nicht bestraft werden. Die Ergebnisse der Ermittlungen sind abzuwarten. Sollte es aber zu kaum spürbaren strafrechtlichen Ahndungen kommen, wird der Rechtsstaat hier im schlimmsten Fall ein zweites Mal versagen.

Deshalb in aller Deutlichkeit: Kriminelle müssen den Rechtsstaat spüren, Bürger müssen sich auf ihn verlassen können, und zwar immer und überall. Wenn das nicht einmal am Hauptbahnhof unserer einzigen Millionenstadt in der Silvesternacht gewährleistet ist, wie sollen die Bürger dann noch darauf vertrauen? Rechtsfreie Räume sind durch nichts zu entschuldigen.

Und wenn zum zweiten Mal nach HoGeSa innerhalb von 15 Monaten das Herz einer weltoffenen Stadt wie Köln zu einem rechtsfreien Raum, zum Massentort für verabscheuungswürdige Straftaten aus einem Mob heraus wird, dann ist das nicht nur ein Versäumnis, das aufgearbeitet werden muss, sondern das ist auch ein Versagen der Verantwortlichen, das Konsequenz nach sich ziehen muss.

Ich will es deutlich sagen: Allein durch den Austausch des Kölner Polizeipräsidenten werden die Probleme rund um die Sicherheit in Nordrhein-Westfalen nicht gelöst werden. Dadurch alleine wird auch kein Vertrauen wiederaufgebaut werden können. Deshalb gehört die schonungslose Aufarbeitung heute auf die Tagesordnung. Das sind wir allen schuldig, auch den Opfern.

Dabei machen auch wir den einzelnen Beamten im Einsatz keinen Vorwurf. Ich hoffe sehr, Herr Minister, dass auch Sie Ihre Verantwortung nicht in diese Richtung abwälzen werden. Unsere Polizeibeamten halten jeden Tag ihren Kopf hin für unsere freiheitliche Grundwerteordnung, und dafür haben sie unseren Dank und unseren Respekt verdient.

Die Situation in Köln war anders: Es war doch vielmehr so, dass eine Handvoll Polizeibeamte von der Führung einem aussichtslosen Unterfangen überlassen wurde. Polizistinnen wurden so vom Helfer selbst zum Opfer. Die Quittung dieses Führungsver-sagens zahlen die Polizeibeamten, das zahlen die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen, weil sich die Sicherheitslage nachhaltig verändert.

Deshalb muss heute bei der Aufarbeitung auch die Frage nach der politischen Verantwortung beantwortet werden. Deswegen, Herr Minister, müssen Sie heute alle Fakten auf den Tisch legen. Sie müssen alle Fragen vollständig beantworten und beweisen, dass Ihnen die Sicherheitslage in Nordrhein-Westfalen nicht gänzlich entglitten ist.

Ich sagen Ihnen: Die Menschen in Nordrhein-Westfalen schauen sehr genau auf Sie. Wir hoffen, es werden alle Fakten auf den Tisch gelegt.

Vorsitzender Daniel Sieveke Vielen Dank. Bevor jetzt der Minister das Wort erhält, weise ich darauf hin: Es braucht jetzt kein Wettbewerb um die Wortmeldungen zu

entstehen. Ich schlage vor, dass nach dem Bericht des Ministers jede Fraktion zunächst eine Wortmeldung hat, damit wir in eine Frage- und Antwortrunde kommen können. Danach schauen wir mal, wo noch Fragen offen geblieben sind.

Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister Ralf Jäger (MIK): Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich beginne, bitte ich, zur Kenntnis zu nehmen, dass es sich bei den Vorgängen in der Silvesternacht um eine sehr komplexe Lage gehandelt hat, die wir versucht haben, im Laufe der Woche bis ins letzte Detail zu recherchieren und aufzubreiten.

Uns liegt ein umfangreicher Fragenkatalog der Fraktionen vor.

Sowohl mein Bericht als auch der des Inspektors der Polizei sowie des Landeskriminaldirektors wird einen gewissen zeitlichen Umfang haben müssen. Das ist sicher auch in Ihrem Interesse. Da bitte ich um Ihr Verständnis, dass wir diesen zeitlichen Rahmen auch nutzen wollen, um umfänglich alles darzustellen, was die Kölner Silvesternacht ausmacht.

Um es direkt zu Anfang klar und deutlich zu sagen: Das Bild, das die Kölner Polizei in der Silvesternacht abgegeben hat, ist nicht akzeptabel. Viele Bürgerinnen und Bürger haben Zweifel und sind verunsichert. Ich finde, das ist nachvollziehbar. Das ist ein Zustand, den wir nicht hinnehmen wollen und auch nicht hinnehmen können.

Unser Rechtsstaat lebt vom Vertrauen seiner Bürgerinnen und Bürger. Unser Rechtsstaat muss dazu fähig sein, die Menschen zu schützen. Unser Rechtsstaat muss glaubwürdig sein, aufrichtig und ehrlich. Die Menschen in diesem Land müssen davon überzeugt sein und es spüren, dass der Staat auf ihrer Seite steht. Dieses Vertrauen dürfen wir nicht aufs Spiel setzen. Wo es verloren gegangen ist, müssen wir es zurückgewinnen.

Deshalb war meine Entscheidung, Wolfgang Albers in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen, notwendig. Der erste Schritt ist jetzt eine selbstkritische, unbelastete, und vor allem transparente Aufarbeitung dessen, was in Köln, aber auch in anderen Städten in der Silvesternacht geschehen ist.

Wir als Staat stehen in der Pflicht, jetzt zu liefern, und zwar Antworten auf folgende drei Fragen: Wer waren die Täter? Was waren ihre Motive? Wie konnte das geschehen?

Dabei darf es – das muss man ganz deutlich sagen – keine Tabus bei unbequemen Fragen oder politisch brisanten Antworten geben. Falsch verstandene Political Correctness ist jetzt fehl am Platze. Auch unbequeme Wahrheiten gilt es klar anzusprechen – diese Aufrichtigkeit sind wir in erster Linie den Opfern, aber natürlich auch der gesamten Öffentlichkeit sowie den friedlich hier lebenden Flüchtlingen schuldig.

Dafür liegt Ihnen heute der Bericht meines Hauses vor, an dem bis vorhin noch gearbeitet wurde, zusammen mit dem Bericht des Kölner Polizeipräsidiums.

Ich will zunächst kurz das Einsatzgeschehen skizzieren. Danach werden der Inspekteur der Polizei Herr Heinen und der Landeskriminaldirektor Herr Schürmann noch einmal ausführlich zu den jeweiligen Sachverhalten vortragen.

Zum Abend selbst:

Mehr als 1.000 arabische und nordafrikanische Männer haben sich am Silvesterabend im Bereich des Kölner Doms und des Hauptbahnhofs versammelt, darunter auch viele Flüchtlinge, die erst in den letzten Monaten hier in Deutschland aufgenommen wurden.

Aus dieser Menschenmenge heraus wurde randaliert, es wurden Schlägereien angezettelt und Straftaten begangen. Bereits vor der Räumung des Bahnhofsvorplatzes kam es vor dem Bahnhof und darin zu Straftaten, auch zu sexuellen Übergriffen gegen Frauen, ohne dass dies von der Kölner Polizei festgestellt wurde.

Von etwa 21 Uhr am Silvesterabend bis in den Vormittag des Neujahrstages hatte die Kölner Polizei in ihrer Behörde kein einheitliches Bild von der Lage. Wegen fehlender Informationen und mangelhafter Kommunikation wurde die dringend benötigte Verstärkung für diese unerwartete Lageentwicklung nicht angefordert und die angebotene Verstärkung nicht abgerufen.

Die beteiligten Stellen innerhalb der Behörde waren nicht auf dem gleichen Informationsstand. Die Kräfte vor Ort waren zu wenige, um den Straftätern wirksam Einhalt gebieten zu können. Die Strafverfolgung ist schleppend angelaufen und die Informationspolitik über den Fortgang der Ermittlungen war unvollständig und zögerlich.

In dem vorliegenden Bericht meines Hauses bewerten wir das Einsatzgeschehen und die Ermittlungen offen und ehrlich. Dort, wo Fehler geschehen sind, werden diese als solche auch klar angesprochen. Dabei sind aus Sicht des Innenministeriums zwei Fehler besonders gravierend:

Das ist zum einen die nicht erfolgte Anforderung von zusätzlichen Kräften während des Einsatzes. Eines steht fest: Diese Lage war im Vorfeld nicht vorhersehbar. Diese Einschätzung teile ich im Übrigen auch mit dem Bundesinnenminister. Die Kölner Polizei hätte aber auf die Entwicklung der Lage reagieren müssen und auf zusätzliche, in der Silvesternacht verfügbare Kräfte zurückgreifen müssen.

Das ist zum anderen die Art und Weise, wie die Öffentlichkeit seitens der Kölner Polizei über die Ermittlungen informiert wurde. Um es deutlich zu sagen: Aus meinem Hause gab es keine Anweisung an die Kölner Polizei, der Öffentlichkeit die Herkunft oder den Status von Tatverdächtigen oder Störern zu verschweigen.

Im Gegenteil: Zwar hat die Polizei Köln im Laufe der Woche versucht, den Sachverhalt darzustellen. Damit ist sie ganz offensichtlich in der öffentlichen Wahrnehmung nicht durchgedrungen. Deshalb hat mein Haus die Polizei Köln sogar nachdrücklich aufgefordert, diese Unklarheiten umgehend zu beseitigen und die Öffentlichkeit verständlich darüber zu informieren, was die Polizei über Störer auf der einen Seite und Tatverdächtige auf der anderen Seite weiß.

Dies beinhaltete ausdrücklich auch die Frage nach der Herkunft der sich auf der Kölner Domplatte aufhaltenden Menschen und ob es sich dabei um Flüchtlinge handel-

te. Mit dem Ihnen vorliegenden Bericht wollen wir heute diese wichtige Differenzierung erreichen.

Für die abscheulichen Taten, die in der Silvesternacht in Köln, aber auch in Hamburg, in Stuttgart und anderen Städten geschehen sind, wollen wir die feigen Täter am liebsten so schnell wie möglich zur Rechenschaft ziehen und hart bestrafen. Doch Fakt ist allerdings: Die Ermittlungen bedeuten noch ein hartes Stück Arbeit. Sie laufen unter Hochdruck; die Vielzahl an potenziellen Tätern macht diese Ermittlungen jedoch extrem aufwendig. Verdächtigungen und Spekulationen sind immer schnell ausgesprochen. Der Rechtsstaat aber ist in der Pflicht, jede einzelne Tat jedem einzelnen Täter nachweisen zu müssen.

Deshalb braucht der Rechtsstaat in solchen Fällen Zeit. Wie viele Täter letztlich ermittelt werden können, wie viele Verurteilungen es geben wird, wird sich zeigen. Hier falsche Hoffnungen zu wecken, wäre unredlich – gerade gegenüber den Frauen, die Opfer dieser entfesselten Männerbanden wurden.

Ich weiß, das ist schwierig und wird für manche Opfer kaum zu ertragen sein. Die inzwischen 135-köpfige Ermittlungsgruppe der Kölner Polizei arbeitet eng mit der Staatsanwaltschaft in Köln zusammen. Unterstützung leisten die Experten des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen, gerade bei der Recherche in den sozialen Netzwerken.

In einem zweiten Schritt müssen die notwendigen Konsequenzen gezogen werden. Wir müssen und wir werden alles tun, um zu verhindern, dass sich derartige Vorfälle wiederholen. Der Staat wird sein Gewaltmonopol verteidigen – übrigens auch gegenüber rechtsextremer Hetze und sogenannten Bürgerwehren. Wir werden heute die Dinge beim Namen nennen. Wir werden nichts beschönigen und nichts rechtfertigen.

Ich will kurz auf die Tatverdächtigen eingehen und auf das, was wir derzeit wissen. Sowohl die Zeugenaussagen als auch der Bericht der Polizei Köln sowie die Schilderungen der Bundespolizei – das ist in diesem Zusammenhang wichtig – deuten darauf hin, dass es fast ausschließlich Menschen mit Migrationshintergrund waren, die diese Straftaten begangen haben. Ebenfalls spricht vieles dafür, dass es Nordafrikaner wie auch Menschen aus dem arabischen Raum waren.

Das Bild, wie es sich uns heute zeigt, ist das einer stufenweisen Entwicklung der Lage am Silvesterabend: Nach dem Alkohol- und Drogenrausch kam der Gewaltrausch. Das Ganze gipfelte in der Ausübung sexueller Allmachtsphantasien. Dabei reden wir auf der einen Seite von der großen Masse an Störern, die randaliert und gepöbelt haben, die Feuerwerkskörper in die Menge geworfen haben, die Raketen abgeschossen haben, in die Menge, auf friedliche Besucher und auf Polizeikräfte. Diese Gruppe bildete die Kulisse und verursachte das Chaos, in dem dann die Gewalttaten begangen wurden. Wir reden dann von den sexuellen Gewalttätern und Räufern, die sich aus der großen Masse gelöst haben, die Frauen in Gruppen eingekesselt und massiv bedrängt und attackiert haben.

Diese Gruppen bestanden – so ist der aktuelle Stand der Ermittlungen – überwiegend aus Nordafrikanern, die aus unterschiedlichen Städten angereist waren. Diese

Ermittlungen sind aber noch lange nicht abgeschlossen. Wir reden momentan immer noch von Tatverdächtigen.

Nach dem derzeitigen Stand der Ermittlungen sind unter den Verdächtigen auch Flüchtlinge, die im letzten Jahr zu uns gekommen sind. Es wäre weltfremd, zu glauben, dass alle Flüchtlinge und Asylsuchende, die Nordrhein-Westfalen im letzten Jahr aufgenommen hat, Unschuldslämmer sind.

Von den fast 330.000 Menschen, die im vergangenen Jahr in Nordrhein-Westfalen angekommen sind, will sich die große Mehrzahl hier in unsere Gesellschaft einfügen, will sich an Recht und Gesetz halten und hier neu anfangen. Bestimmte Gruppen jetzt pauschal abzustempeln, sie als Sexualstraftäter zu stigmatisieren, wäre nicht nur falsch, sondern das halte ich auch für gefährlich: Denn genau das tun die rechten Menschenfänger, genau das sind ihre einzigen Argumente. Wer jetzt einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Zuwanderung als solche und Gewalt herstellt, der spielt den Rechtsextremisten in die Hände.

Zuwanderung funktioniert aber immer in beide Richtungen: Wir geben, wir bieten an, fördern, begleiten. Aber wir fordern auch ein. Es geht um die Vermittlung und Akzeptanz von Werten. Wir müssen gleichzeitig klarmachen: Diese Werte sind nicht verhandelbar sind. Wer diese Werte mit Füßen tritt, wer Recht und Gesetz missachtet und wer den Rechtsstaat verhöhnt, muss die Konsequenzen deutlich am eigenen Leib spüren, egal ob das mithilfe des Strafrechts oder des Ausländerrechts geschieht.

Für uns steht fest: Wir dulden in Nordrhein-Westfalen keine rechtsfreien Räume. Wir nehmen es nicht hin, dass Männer aggressive, perverse und gewalttätige Dominanz ungestraft ausleben – auf welche Art und Weise auch immer. Nicht an Silvester, nicht an Karneval, nicht in der U-Bahn, nicht am Arbeitsplatz – nirgendwo!

Mir ist wichtig, noch eines zu betonen: Es ist völlig egal, ob diese Männer einen arabischen, einen afrikanischen oder deutschen Pass besitzen, ob sie hier geboren, hier aufgewachsen oder gerade erst eingereist sind. Das spielt für die Strafverfolgung keine Rolle. Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich – so sagt es Artikel 3 unseres Grundgesetzes.

In der Öffentlichkeit ist der Einsatz der Kölner Polizei deutlich und massiv kritisiert worden. Dort ist von „Versagen“ die Rede. Ich bin davon überzeugt, dass die eingesetzten Beamtinnen und Beamten in dieser außergewöhnlichen und schwierigen Lage vollen Einsatz gezeigt haben und bis an die eigenen Grenzen gegangen sind. Viele wurden selbst massiv angegangen, haben die Gewalt am eigenen Leib erfahren. Diese Frauen und Männer haben die Köpfe hingehalten, während des Einsatzes und in den Tagen danach. Und dafür sage ich zunächst einmal danke.

Ich glaube, dass sich mittlerweile sowohl die Polizei in Köln als auch die Bundespolizei sehr wohl darüber im Klaren ist, dass sie die Lage letztlich nicht beherrschen konnte. Viele Beamtinnen und Beamten leiden selbst darunter, dass sie nicht alle Menschen beschützen konnten. Die Fehler der Polizei in Köln gilt es aufzuarbeiten – das erwarte ich, und das erwarten auch die Bürgerinnen und Bürger. Und ich betone noch mal: Die Konsequenzen daraus werden wir ziehen.

Jetzt geht es darum, das Vertrauen in den Staat zurückzugewinnen. Dazu gehört es auch, die Zuwanderung als Ganzes zu betrachten, das heißt, die Vorteile, die sie mit sich bringt, zu betonen, aber auch die Probleme, die entstehen, nicht unter den Teppich zu kehren.

Wo viele Menschen unterschiedlicher Kulturen, unterschiedlicher Sprache, unterschiedlicher Herkunft aufeinandertreffen, entstehen immer auch Probleme. Nach Deutschland wandern auch nicht nur Ärzte, Ingenieure oder Wissenschaftler ein, sondern auch Straftäter. Das ist bei einer solchen Vielzahl von Menschen völlig klar.

Doch was jetzt gerade geschieht, ist, dass die eigentlichen Opfer der Übergriffe in der Silvesternacht in den Hintergrund treten und stattdessen instrumentalisiert werden für eine Generalkritik an der deutschen Flüchtlingspolitik. Das ist eine Tatsache.

Viele Menschen fühlen sich nach diesen Vorfällen verunsichert. Das habe ich in vielen Gesprächen in meinem eigenen Verwandten- und Bekanntenkreis in besonderer Weise von Mädchen und Frauen geschildert bekommen. Sie haben Angst und wissen nicht, wie sie sich jetzt verhalten sollen. Viele sind empört, viele sind wütend – und das völlig zu Recht. Wir setzen alles daran, damit diese Menschen Vertrauen in unser Handeln haben. Es ist daher gut, dass das Parlament uns hier und heute die Möglichkeit bietet, ausführlich und in Ruhe bis ins Detail alle offenen Fragen zu klären.

Wenn sich Gerüchte, Vorurteile oder Zweifel in den Köpfen der Menschen verfestigen, sich Bahn brechen und von einer Mehrzahl als Wahrheiten akzeptiert werden, dann ist das ein Schaden, den wir später kaum reparieren können. Deshalb müssen wir verhindern, dass es so weit kommt. Und deshalb sind Vertrauen, Aufrichtigkeit und Glaubwürdigkeit so wichtig.

Die Öffentlichkeit hat das Recht, über alle weiteren Erkenntnisse im Bilde zu bleiben. Hier sind die Behörden in der Pflicht, die Menschen auf dem Laufenden zu halten. Vor allem aber brauchen wir Ergebnisse. Ich erwarte von allen beteiligten Behörden und der Justiz eine konsequente Strafverfolgung.

Was jedoch am wichtigsten ist: Wir müssen verhindern, dass sich solche abscheulichen Taten wiederholen. Jede Polizeibehörde in Nordrhein-Westfalen, jede Polizeibehörde im Bundesgebiet wird aus den Erkenntnissen der Silvesternacht ihre Schlüsse ziehen müssen. Alle Behörden in den Ländern sind gefordert, sich konzeptionell mit diesem neuen Kriminalitätssphänomen auseinanderzusetzen.

Wir werden die Menschen davon überzeugen, dass auf den Rechtsstaat Verlass ist. Wir werden alles dafür tun, das Sicherheitsgefühl und das Vertrauen zurückzugewinnen – mit Wort, aber vor allem mit Tat. Das ist auch meine Aufgabe.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

Herr Sieveke, der Inspekteur der Polizei Herr Heinen wird den Vortrag jetzt fortführen.

Vorsitzender Daniel Sieveke: Bitte schön, Sie haben das Wort.

IdP Bernd Heinen (MIK): Schönen Dank. Meine Damen und Herren, ich trage Ihnen aus dem Bericht des Ministeriums für Inneres und Kommunales den Einsatzbereich vor. Anschließend wird zum Ermittlungssachstand Herr Schürmann weiter vortragen.

Das Polizeipräsidium (PP) Köln hat dem Ministerium für Inneres und Kommunales zu den Ereignissen am Silvesterabend am 8. Januar 2016 den beigefügten Bericht vorgelegt. Dieser Bericht war teilweise lückenhaft, unter anderem in der Darstellung des konkreten Einsatzverlaufs und der getroffenen polizeilichen Maßnahmen.

Daraufhin wurde dem PP Köln ein Fragenkatalog übermittelt. Auf der Basis der nun hinzugewonnenen Erkenntnisse stellen sich die Einsatz- und Ermittlungsmaßnahmen der Polizei Köln wie folgt dar:

Ereignisse am Silvesterabend

In der Nacht zum 1. Januar 2016 wurden auf dem Bahnhofsvorplatz sowie im Hauptbahnhof Köln eine Vielzahl von Sexual-, Raub-, und Diebstahlsdelikten begangen. Opfer waren nahezu ausschließlich Frauen. Sowohl Einsatzkräfte der Polizei Köln und der Bundespolizei als auch Zeugen berichteten von zeitweilig chaotischen Zuständen.

Auf dem Bahnhofsvorplatz sowie der angrenzenden Treppe zur Domplatte hatten sich zeitweise mehr als 1.000 Personen angesammelt. Dabei handelte es sich überwiegend um männliche Personen im Alter zwischen 15 und 35 Jahren, die dem äußeren Eindruck nach aus dem nordafrikanischen/arabischen Raum stammten.

Ein Großteil dieser Personen war stark alkoholisiert. Die Personen wurden von den Einsatzkräften als völlig enthemmt und aggressiv beschrieben. Sie zündeten massiv Feuerwerkskörper, wobei diese auch gezielt auf Personengruppen und auch Einsatzkräfte der Polizei gefeuert wurden.

Innerhalb dieser Menschenmenge bildeten sich Gruppen unterschiedlicher Größe, die unter anderem Frauen massiv sexuell bedrängten und sie teilweise bestahlen.

Einsatzvorbereitung

Analog der Vorjahre wurden in einer gemeinsamen Besprechung mit der Stadt Köln und der Bundespolizei am 9. Dezember 2015 die erforderlichen Absprachen getroffen.

Aus Anlass der Silvesterfeierlichkeiten auf den Rheinbrücken und in der Kölner Innenstadt wurde beim PP Köln eine sogenannte Besondere Aufbauorganisation (BAO) mit fünf Einsatzabschnitten (EA) eingerichtet.

Die Führung des Einsatzes wurde einem erfahrenen Beamten des gehobenen Dienstes der Polizeiinspektion 1 übertragen.

(Werner Lohn [CDU]: Soll das jetzt zwei Stunden so weitergehen?
Wir können auch selber lesen! – Gregor Golland [CDU]: Vielleicht hätte man den Bericht mal vor dem Wochenende bekommen! Dann hätte man sich schon vorbereiten können! – Unruhe)

Vorsitzender Daniel Sieveke: Entschuldigen Sie bitte. Wir haben jetzt alle mitbekommen, was in dem Bericht steht. Der Inspekteur möchte weiter vortragen, und zwar mit der Begründung, dass die Öffentlichkeit den Bericht vorher nicht kannte. Deswegen wird er jetzt seine Ausführungen fortführen.

(Weitere Zurufe und Gegenrufe)

Bitte schön, Sie haben das Wort.

IdP Bernd Heinen (MIK): Danke. – Aufgrund der Erfahrungen des Vorjahres wurde in diesem Jahr mit einer erhöhten Anzahl von Delikten im Bereich Taschen- und Trickdiebstahl sowie Straßenraub gerechnet. Weiterhin hatte sich in den Vorjahren gezeigt, dass die „Feiernden“ in immer größerem Ausmaß ohne Rücksicht auf andere Feuerwerkskörper und Raketen abfeuerten.

Vor dem Hintergrund dieser erwarteten Gefahrenlage wurde der Kräfteansatz der BAO im Vergleich zum Vorjahr – damals betrug er 88 Beamte – im Jahr 2015 auf 142 Beamte erhöht. Darunter befanden sich auch 83 Beamte der Bereitschaftspolizei; das ist eine Bereitschaftspolizeihundertschaft ohne einen Zug. Im Nachtdienst des Regeldienstes in der Polizeiinspektion 1 wurden 38 Beamtinnen und Beamte eingesetzt.

Um 21:00 Uhr befanden sich noch keine Einsatzkräfte der BAO „Einsatzmaßnahmen Silvester“ am Kölner Hauptbahnhof. Insbesondere die im EA 2 für Raumschutzmaßnahmen im Bereich Altstadt/Rheinufer – inklusive des Bereichs Hauptbahnhof/Dom – vorgesehenen Einsatzkräfte hatten die Meldezeit 31. Dezember 2015, 22:00 Uhr.

Einsatzverlauf aus Sicht des PP Köln

Am 31. Dezember 2015 gegen 21 Uhr wurde am Vorplatz des Hauptbahnhofes Köln und an den Treppen zum Kölner Dom eine Gruppe von 400 bis 500 Menschen festgestellt, bei denen es sich in der Mehrzahl um männliche Personen mit Migrationshintergrund handelte. Diese Personen, die von den eingesetzten Kräften und den Geschädigten als „nordafrikanisch/arabisch“ bezeichnet wurden, waren zum Teil stark alkoholisiert, enthemmt und brannten unkontrolliert Feuerwerkskörper in der Menge ab.

Um 21:30 Uhr wurde durch den Polizeiführer eine erste Einsatzbesprechung unter Beteiligung der Stadt Köln und der Bundespolizei durchgeführt, in der auf die Situation am Bahnhofsvorplatz hingewiesen wurde.

Um 22:00 Uhr wurde die zweite Einsatzbesprechung des Polizeiführers mit den eingetroffenen Führungskräften der unterstellten Bereitschaftspolizeikräfte durchgeführt. Nach Einsatzkonzeption war zunächst je ein Zug – jeweils 38 Beamte – der Bereitschaftspolizei mit dem Auftrag „Raumschutz“ für den Bereich Altstadt – einschließlich Rheinbrücken – und die Kölner Ringe vorgesehen.

Aufgrund der Erkenntnislage wurde um 22:25 Uhr unmittelbar eine Gruppe – das heißt 10 Beamte – Bereitschaftspolizei zum Hauptbahnhof entgegen der ursprünglichen Planung verlagert.

Um 22:50 Uhr wurden alle Einsatzkräfte der Bereitschaftspolizei im Bereich des Bahnhofsvorplatzes zusammengezogen, um die polizeiliche Präsenz in diesem Bereich zu erhöhen, und um dort gefahrenabwehrende Maßnahmen zu treffen.

Im Gebäude des Kölner Hauptbahnhofes, das heißt im Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei, wurde zu diesem Zeitpunkt ebenfalls eine Vielzahl von männlichen Personen festgestellt, auf die die oben genannte Beschreibung zutrif.

Bis 23:00 Uhr hatte sich die Gruppe auf dem Bahnhofsvorplatz und der Treppe zum Dom auf etwa 1.000 bis 1.500 Personen vergrößert. Das Abfeuern von Feuerwerkskörpern in der Menge nahm zu. Zudem wurde von der erhöhten Domplatte mit Signalmunition und Raketen in die Menge vor dem Hauptbahnhof geschossen.

Die Stimmung wurde zunehmend aggressiver. Die Personen auf dem Bahnhofsvorplatz reagierten nicht auf polizeiliche Ansprachen bzw. polizeiliche Maßnahmen wie Platzverweise.

Ausweislich der vorliegenden Strafanzeigen kam es trotz der Anwesenheit der Bereitschaftspolizeikräfte zu sexuellen Übergriffen gegen Frauen. Diese wurden durch die Bereitschaftspolizeikräfte in der Menschenmenge nicht erkannt.

Gegen 23:15 Uhr entschied der Polizeiführer, die Treppen Dom/Nordseite und den Bahnhofsvorplatz zu räumen, um Gefahren für Leib oder Leben durch das Abfeuern von Feuerwerkskörpern in die Menschenmenge sowie mögliche Panikreaktionen zu verhindern.

Um 23:35 Uhr wurde mit der Räumung der Domtreppe und des Bahnhofsvorplatzes begonnen und Entfluchtungswege eingerichtet. Außer den Kräften der Bereitschaftspolizei wurden weitere Kräfte für die Räummaßnahmen nicht hinzugezogen, da der verantwortliche Hundertschaftsführer die ihm zur Verfügung stehenden Einsatzkräfte für ausreichend hielt. Der Polizeiführer hat sich dieser Bewertung angeschlossen.

Der Fahrzeugverkehr wurde abgeleitet. Kräfte der Bundespolizei verhinderten ein Abfließen der Personenmassen in den Bahnhof durch Schließen der A-Passage .

Im Rahmen der Räumung wurde gegenüber einem Großteil der Personen einfache körperliche Gewalt – Wegschieben/-schubsen – angewendet, da sie den Anweisungen der Polizei nicht folgten.

Um 00:15 Uhr waren die Treppen Dom/Nordseite und der Bahnhofsvorplatz geräumt und gesperrt. Nach der Räumung beruhigte sich die Lage deutlich.

Um 00:27 Uhr wurde der Zugang zum Bahnhofsvorplatz und zum Kölner Hauptbahnhof über die Treppen Dom/Nordseite bereits wieder zugelassen, da der Zulauf von Personen, die nach Beendigung des Feuerwerks in der Kölner Innenstadt über den Kölner Hauptbahnhof die Heimreise antreten wollten, einsetzte.

Nach Angaben des Polizeipräsidiums Köln haben gegen 00:50 Uhr Kräfte der Bereitschaftspolizei erstmalig davon Kenntnis erhalten, dass Frauen durch Personengruppen angegangen und belästigt wurden. Diese Kräfte gaben an, dass ihnen eine weinende Frau entgegengekommen sei, die angab, dass sie im Intimbereich angefasst

worden sei. Das PP Köln kann nicht beantworten, ob weitere Einsatzkräfte vor Ort angesprochen wurden.

Gegen 01:00 Uhr suchte der Polizeiführer die Polizeiwache Stolkgasse auf und erfuhr dort, dass eine große Anzahl von Personen Anzeigen wegen Diebstahls und Sexualdelikten erstatten wollte.

Um 01:20 Uhr erhielten die Einsatzkräfte im Bereich Hauptbahnhof den Auftrag, anlassbezogene Straftaten – also Sexual-, Körperverletzungs- und Eigentumsdelikte – zu verhindern. Hierzu sollten Ansammlungen von Personen verhindert werden, die sich augenscheinlich zur verdeckten Begehung dieser Straftaten zusammenfanden.

Es wurden Personalienfeststellungen, Gefährderansprachen, Platzverweise, Ingewahrsamnahmen und Festnahmen durchgeführt. Die Zugänge zum Hauptbahnhof wurden freigemacht und -gehalten, und ankommende Personen, die ihre Heimreise über den Kölner Hauptbahnhof antreten wollten, zur Vorsicht im Hauptbahnhof angehalten. In Einzelfällen wurden Frauen durch Einsatzkräfte zur Unterstützung der Bundespolizei durch den Bahnhof geleitet.

Gegen 04:00 Uhr entspannte sich die Lage.

Um 05:05 Uhr wurden erste Kräfte der Bereitschaftspolizei aus dem Einsatz entlassen.

Der Einsatz wurde durch den letzten Einsatzzug der Bereitschaftspolizei um 08:00 Uhr beendet.

Im Zeitraum 31. Dezember 2015, 20:00 Uhr, bis zum 1. Januar 2016, 07:00 Uhr, gingen nach derzeitigem Sachstand bei der Leitstelle des PP Köln insgesamt 1.267 Notrufe ein. Dadurch entstanden tatsächlich 873 Einsätze, von denen in 53 Fällen der Bereich im/um den Hauptbahnhof betroffen war. In zwölf Fällen lagen im Zusammenhang stehende Sexual-, Diebstahls- und Raubdelikte vor.

Im Rahmen des Einsatzes im Bereich des Hauptbahnhofs wurden nach Bericht des PP Köln durch die eingesetzten Kräfte 71 Identitätsfeststellungen durchgeführt, zehn Platzverweise erteilt sowie fünf Festnahmen und elf Ingewahrsamnahmen vorgenommen.

Der Großteil der Personen aus dem nordafrikanischen/arabischen Raum wies sich vor Ort lediglich durch einen Registrierungsbeleg als Asylsuchende aus. Aufgrund der großen Personenanzahl wurden die Personen lediglich im polizeilichen Fahndungssystem überprüft. Weitere Maßnahmen zur Identitätsfeststellung wurden nicht getroffen.

Anzeigen wurden zum weit überwiegenden Anteil erst nach Einsatzende gefertigt. Durch die „EG Neujahr“ wurden fünf Anzeigen übernommen. Die übrigen Strafanzeigen sind nicht den Ereignissen am Hauptbahnhof zuzurechnen.

Personen, die Angaben zu Diebstahlsdelikten ohne Täterhinweise machten, wurden von den Einsatzkräften im Bereich Hauptbahnhof an die Polizeiwache Stolkgasse oder die Bundespolizei im Hauptbahnhof verwiesen.

Weitere Straftaten wurden nach derzeitiger Erkenntnislage ab dem 1. Januar 2016, 00:00 Uhr, bei der Polizeiinspektion 1 erstattet.

Gegen 00:30 Uhr hielten sich 30 bis 50 Personen im Vorraum der Wache auf, die Strafanzeigen – unter anderem wegen Sexualdelikten – erstatten wollten. Darunter war eine zahlenmäßig nicht bekannte Anzahl geschädigter Frauen, teilweise in Begleitung.

Einige Geschädigte waren sehr aufgebracht und trugen vor, dass ihnen von Kräften im Bereich des Hauptbahnhofs nicht geholfen worden war. Einzelne Opfer waren stark emotionalisiert und weinten.

Der Wachdienstführer nahm mit allen Betroffenen Kontakt auf und klärte, was angezeigt werden sollte. Er entschied, dass Sexualdelikte nur von Beamtinnen aufgenommen werden sollten. Die anzeigenaufnehmende Beamtin begann unverzüglich mit der Aufnahme des Tatbestandes von drei Geschädigten.

Trotz des Hinzuziehens weiterer Kräfte entstanden Wartezeiten. Einige der Betroffenen waren nicht bereit, dies in Kauf zu nehmen und verließen – teilweise ohne etwas zu sagen – die Wache. Unmutsäußerungen o. ä. wurden vom Wachdienstführer nicht wahrgenommen.

Bewertung des Polizeieinsatzes

Zur Einsatzbewältigung wurde beim PP Köln eine sogenannte Besondere Aufbauorganisation (BAO) eingerichtet. Das Polizeipräsidium Köln war basierend auf den Einsatzerfahrungen der Vorjahre auf die Bewältigung zahlreicher Einsatzeanlässe im Zusammenhang mit den Silvesterfeierlichkeiten grundsätzlich vorbereitet.

Der Behörde lagen nach hiesigem Kenntnisstand keine Hinweise vor, die über die bei Großveranstaltungen wie Silvester üblichen Gefahren hinausgehen.

1. Kräfterlage

Das PP Köln hatte im Vorfeld keine Erkenntnisse, die das massierte und geschlossene Vorgehen von Männerbanden in der beschriebenen Form erwarten ließen. Die besondere Gewaltausübung und die erheblichen sexuellen Straftaten gegenüber Frauen stellen eine neue Erscheinungsform dar und waren in dieser Dimension für das Polizeipräsidium Köln nicht vorhersehbar.

Das PP Köln setzte zur Bewältigung des Einsatzes insgesamt 142 Polizeibeamtinnen und -beamte ein. Darunter befand sich eine Bereitschaftspolizeihundertschaft (BPH) ohne einen Einsatzzug.

Mit Schreiben vom 14. Dezember 2015 forderte das PP Köln beim Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste NRW (LZPD NRW) zur Bewältigung der Einsatzlagen in der Silvesternacht eine Bereitschaftspolizeihundertschaft (= 123 Beamte) an. In den Vorjahren wurde dem Polizeipräsidium Köln aus gleichem Anlass jeweils ein Einsatzzug (= 38 Beamte) durch das LZPD NRW zugewiesen.

Da das erhöhte Kräfteersuchen des PP Köln in weiten Teilen auf der gleichen Lage-darstellung wie im Vorjahr basierte, erfolgte eine gemeinsame Erörterung des Einsatzkonzeptes und der Lagebeurteilung durch das LZPD NRW und das PP Köln. Im

Resultat wurde entschieden, dass dem Polizeipräsidium Köln zur Einsatzbewältigung eine BPH ohne einen Zug, und damit deutlich mehr Kräfte als im Vorjahr, zugewiesen werden sollte. Damit wurde der aktuellen Sicherheitslage auch hinsichtlich der Möglichkeit von Anschlägen mit terroristischem Hintergrund im Rahmen von Großveranstaltungen Rechnung getragen.

Das Ministerium für Inneres und Kommunales hat vor dem Hintergrund der aktuellen Sicherheitslage für unvorhergesehene Einsatzanlässe in der Silvesternacht für Nordrhein-Westfalen landesweit eine Rufbereitschaft für die Bereitschaftspolizei angeordnet.

Über die übliche am 31. Dezember 2015 vorgesehene Landeseinsatzbereitschaft – also das Bereithalten einer BPH im Zeitraum von 10:00 Uhr bis 18:00 Uhr – hinaus wurden weitere Kräfte der Bereitschaftspolizei mit einer Meldezeit von 60 Minuten auf der jeweiligen Dienststelle in Rufbereitschaft vorgehalten.

Vor diesem Hintergrund standen landesweit disloziert jeweils Einsatzzüge mit einer Stärke von jeweils 38 Beamten in Aachen – inklusive dort der Führung –, Wuppertal und Gelsenkirchen als Landeseinsatzbereitschaft zur Verfügung.

Am 31. Dezember 2015 lagen dem Polizeiführer bereits um 20:30 Uhr Erkenntnisse vor, dass sich am Bahnhofsvorplatz Gruppen von insgesamt 400 bis 500 hauptsächlich männlichen Personen mit offensichtlichem Migrationshintergrund zusammengefunden hatten, die zum Teil stark alkoholisiert und enthemmt waren. Feuerwerkskörper wurden unkontrolliert in der Menge abgebrannt. Die Gruppen wuchsen bis 23:00 Uhr sukzessive auf etwa 1.000 Personen an.

Die Landesleitstelle des LZPD NRW wurde am 31. Dezember 2015 gegen 23:30 Uhr durch das PP Köln über die Einsatzlage im Bereich des Hauptbahnhofes Köln telefonisch unterrichtet. Während des Telefonats wurden dem Polizeipräsidium Köln durch die Landesleitstelle Unterstützungskräfte angeboten, deren Einsatz jedoch durch den Dienstgruppenleiter der Leitstelle des PP Köln nicht für erforderlich gehalten wurde.

Eine zeitnahe Unterstützung wäre durch die Unterstellung von Sofortverstärkungskräften aus den umliegenden Kreispolizeibehörden sowie im weiteren durch die Rufbereitschaftskräfte der Bereitschaftspolizei möglich gewesen. Alternativ hätten auch Kräfte der regionalen Einsatzreserven angefordert werden können.

Eine Anforderung von Unterstützungskräften erfolgte nicht. Ein rechtzeitiger Rückgriff auf weitere Kräfte der Alltagsorganisation – zum Beispiel ein Imdiensthalten von Kräften des Spätdienstes – wurde ebenfalls nicht vorgenommen.

Unterstützungskräfte hätten die Behörde in die Lage versetzt, Straftaten zu verhindern, früher Kenntnis von den sexuellen Straftaten in den Personengruppen zu erhalten, konsequenter und entschiedener gegen die Straftäter und Störer vorzugehen, strafprozessuale Maßnahmen durchzuführen.

Das Ministerium für Inneres und Kommunales ist davon überzeugt, dass die eingesetzten Beamtinnen und Beamten in dieser außergewöhnlichen und schwierigen Lage vollen Einsatz gezeigt haben und bis an die eigenen Grenzen gegangen sind.

Die Einschätzung des PP Köln am Einsatztag, mit den vorhandenen Kräften polizeiliche Maßnahmen umfassend durchführen zu können, wird als gravierender Fehler bewertet. Durch die fehlende Anpassung der Kräfterlage auf die sich für die Polizei neu darstellende Situation der teilweise völligen Enthemmung der Männergruppen hatte die Polizei keinerlei Kontrolle über die Lage und konnte quasi vor und unter ihren Augen nicht vermeiden, dass Frauen sexuell geschädigt und bestohlen bzw. beraubt wurden.

Dadurch wurde das Ansehen der Polizei bei den Geschädigten und im Anschluss bei der breiten Öffentlichkeit erheblich beeinträchtigt und geschädigt.

2. Meldezeit der Einsatzkräfte

Für den überwiegenden Teil der Einsatzkräfte, insbesondere für die vorgesehenen Kräfte der Bereitschaftspolizei, war der Einsatzbeginn auf 22.00 Uhr festgelegt. Das Ministerium für Inneres und Kommunales bewertet die späte Meldezeit kritisch. Teilkräfte hätten mit sukzessiv aufbauenden Meldezeiten vorgehalten werden müssen. Bei der dargestellten Kräfterdisposition war das PP Köln nicht in der Lage, zeitgerecht auf die Lageentwicklung ab 21:00 Uhr zu reagieren.

3. Polizeiführung

Das PP Köln hat die Führung des Einsatzes am Silvesterabend wie im Vorjahr einem erfahrenen Beamten des gehobenen Dienstes übertragen. Unter Berücksichtigung der aktuellen Sicherheitslage bewertet das Ministerium für Inneres und Kommunales diese Entscheidung als kritisch. Die Führung dieses Einsatzes hätte einem Beamten des höheren Dienstes mit einer entsprechenden Führungsgruppe übertragen werden müssen.

4. Einrichtung eines Einsatzabschnittes Ermittlungen

Die Einsatzkonzeption sah die Einrichtung eines Einsatzabschnittes Kriminalitätsbekämpfung vor, der jedoch ausschließlich mit operativen Kräften – das waren zwölf Beamtinnen und Beamte – zur Einsatzbewältigung besetzt war. Daher erfolgten wie in den Vorjahren die Aufnahme von Anzeigen und die Weiterbearbeitung von Ermittlungsvorgängen, zum Beispiel die Durchführung von Vernehmungen, durch Kräfte der Alltagsorganisation.

Dies führte zu einer deutlichen Überlastung der Alltagsorganisation, sodass Wartezeiten entstanden und Geschädigte die Polizeiwache wieder verließen, ohne zuvor Anzeige erstattet haben zu können. Dadurch entstand insbesondere bei den Opfern sexueller Straftaten der Eindruck, von der Polizei im Stich gelassen worden zu sein.

Für die Anzeigenaufnahme in der Polizeiwache standen zunächst nur zwei Beamte zur Verfügung, die um 03:00 Uhr durch zwei weitere Beamte unterstützt wurden. Dass für die Anzeigenaufnahme ab 00:00 Uhr nicht mehr Personal eingesetzt wurde bzw. die Verstärkung erst gegen 03:00 Uhr erfolgte, ist äußerst kritisch zu bewerten. Das PP Köln muss in der Lage sein, Geschädigten in einem angemessenen Zeitrahmen Gelegenheit zur Anzeigenerstattung zu geben.

Zukünftig ist bei vergleichbaren Einsatzlagen die Einrichtung eines Einsatzabschnittes Ermittlungen oder eines Einsatzabschnittes Strafverfolgung/Gefangenen-

sammelstelle zur Gewährleistung einer qualitativ und quantitativ angemessenen Anzeigenaufnahme/-bearbeitung durch gesonderte Ermittlungsbeamtinnen und -beamte vorzusehen. Operative Kräfte zur Bekämpfung spezieller Deliktsformen sind in einem anderen Einsatzabschnitt zu organisieren.

5. Behördeninterne Kommunikation

Die Berichterstattung des PP Köln lässt nach derzeitiger Bewertung Mängel in der behördeninternen Kommunikation während des Einsatzes erkennen. Der Informationsaustausch zwischen dem Polizeiführer der BAO und seiner Führungsgruppe, den Kräften der BAO, den Kräften des Wachdienstes der PI 1, der Einsatzleitstelle und den Kräften der Kriminalwache erscheint nachzeitigem Kenntnisstand unzureichend zu sein.

Kommunikationsmängel haben in der Konsequenz dazu geführt, dass an allen Stellen nur Teilinformationen, aber an einer Stelle eine umfassende Lageübersicht vorlag, die eine aktuelle und sachgerechte Bewertung zugelassen hätte.

6. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Die Pressemeldung des PP Köln über die Ereignisse in der Silvesternacht hätte in dieser Form nicht in die Öffentlichkeit gegeben werden dürfen. Die Entscheidung, die Meldung über die Einrichtung einer Ermittlungsgruppe erst am 2. Januar 2016 zu veröffentlichen, ist kritisch zu bewerten.

In der Öffentlichkeit ist der Eindruck der Vertuschung entstanden, obwohl die Polizei frühzeitig Hinweise zur Anwesenheit oder Beteiligung von Flüchtlingen an den Ereignissen gegeben hat. Der Polizeipräsident Köln hat sich gegen Vorwürfe gewehrt, er habe nach den Übergriffen zu Silvester die Herkunft von Verdächtigen verschwiegen.

Er habe mehrfach öffentlich betont, dass es während des Einsatzes Personenkontrollen gegeben hat und sich viele der von diesen Maßnahmen betroffenen mit vom BAMF ausgestellten Dokumente ausgewiesen hätten. Gleichzeitig habe er stets darauf hingewiesen, dass die kontrollierten Männer nicht zwangsläufig auch zu den Tätern gehörten.

Ungeachtet dessen ist kritisch anzumerken, dass der PP Köln nicht darauf hingewirkt hat, dem in der Öffentlichkeit entstandenen Eindruck mangelnder Kenntnisse über die an den Ereignissen des Silvesterabends Beteiligten entgegenzutreten. Trotz mehrfacher ausdrücklicher Aufforderungen durch das Ministerium hat sich der PP Köln erst am Freitag, dem 8. Januar 2016 öffentlich dazu geäußert und hat es damit versäumt, das zu diesem Zeitpunkt entstandene Bild der Vertuschung frühzeitig zu vermeiden oder wenigstens nachhaltig zu korrigieren.

7. Ausblick

Durch das Ministerium für Inneres und Kommunales wurde mit Erlass vom 6. Januar 2016 die umfassende Nachbereitung des Einsatzes bis zum 26.02.2016 angeordnet.

Mit Erlass vom 7. Januar 2016 wurden alle Kreispolizeibehörden vor dem Hintergrund der Ereignisse in Köln in Bezug auf zukünftige Einsätze aus Anlass von Veranstaltungen sensibilisiert. Es wurde angeordnet, die nach Art und Umfang neue

Form der Delinquenz von Tätergruppen bei Einsatzplanungen im Zusammenhang mit Veranstaltungen, insbesondere bei den Einsatzanlässen zu Karneval, zu berücksichtigen und auch bei Sicherheitsbesprechungen mit anderen Verantwortungsträgern intensiv zu thematisieren.

Bezogen auf die dargestellten Straftaten wurden die Kreispolizeibehörden angewiesen, eine umfassende Beweissicherung und konsequente Strafverfolgung sicherzustellen. Das beabsichtigte Einsatzkonzept des Polizeipräsidiums Köln aus Anlass zukünftiger Großveranstaltungen, insbesondere dem bevorstehenden Straßenkarneval, bitte ich dem beigefügten Bericht des Polizeipräsidiums Köln vom 8. Januar 2016 zu entnehmen.

8. Sonstiges

Bei dem in verschiedenen Medien veröffentlichten Artikel „Respektlosigkeit, wie ich sie noch nicht erlebt habe“, wird in Auszügen ein Bericht einer zum Silvesterabend am Hauptbahnhof in Köln eingesetzten Führungskraft der Bundespolizei veröffentlicht.

Hierzu hat ein Abteilungsleiter des BMI gegenüber dem Abteilungsleiter 4 im MIK erklärt, dass es sich hierbei nicht um einen offiziellen und amtlichen Bericht der Bundespolizei oder des BMI handelt. Vielmehr handelt es sich um eine persönliche Einschätzung des Beamten im Anschluss an die dortigen Ereignisse. Der Artikel ist in großen Teilen mit dem Bericht identisch. Von einer Übersendung des Berichtes wird seitens des BMI abgesehen, um ihn dadurch nicht zu autorisieren.

Das BMI wird keinen Vertreter zur Innenausschusssitzung entsenden.

So weit zum Einsatzgeschehen und der Bewertung. Ich gebe jetzt weiter an Herrn Schürmann und den Ermittlungen.

Vorsitzender Daniel Sieveke: Herr Schürmann, Sie haben das Wort.

LDK Dieter Schürmann (MIK): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich berichte Ihnen über Organisation, Verlauf und den aktuellen Stand der vom Polizeipräsidium Köln geführten Ermittlungen. Dabei gehe ich zunächst ein auf die kriminalpolizeilichen Erfassungen Silvesternacht.

Am 1. Januar 2016 gegen 01:30 Uhr wurde die Kriminalwache des Polizeipräsidiums Köln, also die kriminalpolizeiliche Regeldienststelle, von der Polizeiinspektion Mitte über ein Sexualdelikt zum Nachteil von drei Frauen informiert. Da es nach Angaben der Opfer ausschließlich zu Berührungen der Oberbekleidung gekommen war, wurde auf weitergehende Sofortmaßnahmen durch die Kriminalwache in dieser Situation verzichtet. Die Anzeige wurde natürlich aufgenommen und bearbeitet.

Am 1. Januar 2016 gegen 02:30 Uhr wurde die Kriminalwache über einen in der Polizeiinspektion Mitte angezeigten Diebstahl informiert, bei dem das Opfer angab, auch unsittlich bedrängt worden zu sein. Weitergehende Maßnahmen durch die Kriminalwache erfolgten nicht, da nach der fachlichen Bewertung des Tatgeschehens dies nicht als vordringlich eingeordnet wurde – wohlgermerkt aus fachlicher Sicht.

So weit zu den Informationen, die die Kriminalpolizei in der Nacht erreicht hatten.

Im Verlauf des Vormittags des 1. Januar 2016 wurden der Kriminalwache weitere Sexualstraftaten im Zusammenhang mit Diebstählen mitgeteilt. Aufgrund von Anzahl und Schwere der Delikte richtete das Polizeipräsidium Köln am Nachmittag des 1. Januar 2016 eine Ermittlungsgruppe bei dem für Sexualdelikte zuständigen Fachkommissariat – das ist das Kriminalkommissariat 12 – mit zunächst fünf Ermittlungskräften ein.

Da zunehmend Strafanzeigen eingingen, wurde die Ermittlungsgruppe „Neujahr“ – Herr Heinen hatte schon darauf verwiesen – dann sukzessive weiter verstärkt und organisatorisch erweitert und gegliedert. Aktuell sind in der Ermittlungsgruppe „Neujahr“ 135 Ermittlungskräfte eingesetzt, auch unter Beteiligung der Bundespolizei.

Die Ermittlungskommission arbeitet sehr eng mit zwei Leitenden Staatsanwältinnen der Staatsanwaltschaft Köln zusammen.

Mit Stand 10. Januar 2016, 10:00 Uhr, werden durch die Ermittlungsgruppe 516 Strafanzeigen bearbeitet. In 237 Fällen handelt es sich um Sexualdelikte; bei 107 dieser Fälle wurde zugleich ein Diebstahlsdelikt angezeigt. Bei den übrigen 279 angezeigten Straftaten handelt es sich um Eigentums- und Körperverletzungsdelikte.

Weitergehende Informationen zu Straftaten und Opfern ergeben sich im Übrigen auch aus dem Bericht des Polizeipräsidiums Köln, der als Anlage 2 dem Bericht angefügt ist.

Im Zusammenhang mit den massiven Straftaten in der Silvesternacht in Köln richtet sich ein Tatverdacht mit Stand vom 10. Januar 2016, 10:00 Uhr, gegen insgesamt 19 Personen. Alle bisher ermittelten Tatverdächtigen sind nichtdeutscher Nationalität. Nach den bisherigen Erkenntnissen handelt es sich hierbei um zehn Personen mit dem ausländerrechtlichen Status „Asylbewerber“ und um sieben Personen, die sich vermutlich illegal in Deutschland aufhalten. Zwei weitere Personen sind bei den Behörden als unbegleitete Minderjährige und Zuwanderer registriert.

Von den Tatverdächtigen stammen zehn aus Marokko und vier aus Algerien. Vier der Tatverdächtigen befinden sich derzeit aufgrund von Diebstahls- bzw. Raubdelikten im unmittelbaren Zusammenhang mit den Ereignissen in der Silvesternacht in Untersuchungshaft.

Keiner der 19 Tatverdächtigen hat einen verzeichneten, also einen amtlich registrierten Wohnsitz in Köln. Alle Tatverdächtigen sind offenbar ohne festen Wohnsitz und zurzeit unbekanntem Aufenthalts bzw. in Untersuchungshaft.

Zur Thematik „Straftaten durch nordafrikanische Straftäter“ führt das Polizeipräsidium Köln bereits seit Januar 2013 das Auswerte- und Analyseprojekt „Nordafrikaner“ (NAFRI), um vertiefte Erkenntnisse zu möglichen Täterstrukturen zu erlangen. Diesbezüglich wird auf die dazu detaillierten Ausführungen im Bericht des Polizeipräsidiums Köln verwiesen.

Der umfangreiche Datenbestand dieses Projekts „NAFRI“ wird auch bei den aktuellen Ermittlungen des Polizeipräsidiums Köln zur Identifizierung von Tatverdächtigen herangezogen.

Von den bisher ermittelten 19 Tatverdächtigen ist keine Person im Projekt „NAFRI“ erfasst. Einer der Tatverdächtigen wurde bisher als sogenannter „Antänzer“ im polizeilichen Vorgangsbearbeitungssystem vermerkt.

Sichere Feststellungen, inwieweit die sexuell motivierten Massenübergriffe durch eine oder mehrere voneinander unabhängig agierende Gruppierungen erfolgten, sind derzeit noch nicht möglich. Ermittlungsergebnisse dazu, dass das Auftreten der Gesamtgruppe oder von Teilgruppen anlässlich der Silvesterfeierlichkeiten in Köln organisiert bzw. gesteuert war, liegen bisher nicht vor.

Dass es bundesweit – wie wohl auch in anderen europäischen Staaten – zu vergleichbaren Straftaten gekommen ist, lässt eher darauf schließen, dass die Delikte nicht zeitlich oder hierarchisch organisatorisch vorgeplant wurden, zum Beispiel im Spektrum der organisierten Kriminalität im engeren Sinne.

Dass kriminell gruppenspezifische Prozesse und Abstimmungen die jeweiligen Einzel- und Folgetaten in der Silvesternacht beeinflussten, ist hingegen sehr wahrscheinlich. Anhaltspunkte für überörtliche Zusammenhänge der Gewalttaten konnten durch die Ermittlungen bisher nicht erlangt werden.

Art und Anzahl der körperlichen Angriffe weisen darauf hin, dass das kriminelle Vorgehen der Straftäter zumeist offenbar vorrangig sexuell motiviert und nicht immer so gleich auf die Erlangung von Diebesgut ausgerichtet war.

Opfern von Sexualdelikten werden Opferhilfemaßnahmen durch spezialisierte Fachkräfte der Kriminalkommissariate „Kriminalprävention/Opferschutz“ unserer Polizeibehörden in Köln, aber auch in allen anderen Wohnsitzbehörden, angeboten bzw. vermittelt.

Die Ermittlungsgruppe „Neujahr“ konzentriert sich derzeit insbesondere auf folgende Maßnahmen:

- Vernehmung von Geschädigten und Maßnahmen der Opferhilfe
- Identifizierung von Tatverdächtigen
- Sachfahndung, insbesondere zu entwendeten Mobilfunkgeräten; auch im Kontext der weiteren Beweisführung
- Sicherung und Auswertung von umfangreichem Foto- und Videomaterial
- Auswertung von Funkzellendaten
- Recherchen im Internet und in sozialen Netzwerken
- Ermittlungen zu Gruppenstrukturen

Ich komme insoweit zu folgender Zusammenfassung:

Das Polizeipräsidium Köln hat, nachdem die Dimension des Tatgeschehens durch Strafanzeigen offenkundig wurde, unverzüglich reagiert und zur Aufklärung der Straftaten lageangemessen eine Ermittlungsgruppe eingerichtet und kontinuierlich ausgebaut.

Ziel der Ermittlungen ist es, die objektiven und subjektiven Tatbefunde umfassend zu erheben und so eine konsequente Strafverfolgung sicherzustellen. Aufgrund der tumultartigen Tatabläufe gestalten sich die Ermittlungen allerdings sehr aufwendig und inhaltlich komplex.

Aussagen von Zeugen und Opfern machen deutlich, dass die in Rede stehenden Straftaten durch offenbar zu weit überwiegenden Anteilen von Straftätern begangen wurden, die aus dem nordafrikanischen bzw. arabischen Raum stammen.

Die Tatbegehungsform sexualisierter Gewaltstraftaten durch Gruppen in Verbindung mit Eigentums-/Raubdelikten ist in der Ausprägung der Kölner Gewalttaten in Deutschland bislang nicht registriert worden oder aufgetreten. Daher sind diese Gewaltstraftaten – das ist besonders wichtig – insbesondere von den polizeilich bereits seit Längerem verfolgten sogenannten Antanzdelikten deutlich zu unterscheiden.

Auffällig ist, dass es neben dem massiven kriminellen Vorgehen von alkoholisierten und enthemmten Straftätergruppen in der Silvesternacht in Köln zu entsprechenden Taten auch in anderen Städten in Nordrhein-Westfalen sowie in Hessen, Baden-Württemberg und in Hamburg gekommen ist.

Vor diesem Hintergrund hat sich bereits am 8. Januar 2016 die AG „Kripo“ – also die Arbeitsgemeinschaft des Leiters des Bundeskriminalamtes und der Leiter der Landeskriminalämter – im Auftrag der Innenressorts von Bund und Ländern damit befasst und beschlossen, dieses Phänomen unverzüglich analysieren zu lassen und dabei auch Erkenntnisse aus dem Ausland einzubeziehen.

So liegen dem Bundeskriminalamt Erkenntnisse dazu vor, dass in arabischen Ländern ein Modus Operandi bekannt ist, der als „taharrush gamea“ bezeichnet wird; übersetzt bedeutet das: gemeinsame sexuelle Belästigung in Menschenmengen. Über diese Tatbegehungsform wurde zum Beispiel anlässlich der ägyptischen Revolution von den Medien berichtet.

Daher wird sich nun eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe vertiefend mit diesem Phänomen befassen und spezielle Bekämpfungskonzepte entwickeln.

So weit meine Darstellungen zum aktuellen Stand der Ermittlungen und zu den Perspektiven.

Vorsitzender Daniel Sieveke: Vielen Dank. Mir liegen für die erste Runde, die pro Fraktion nur einen Redner vorsieht, schon einige Wortmeldungen vor. Das sind Herr Kruse, Herr Lürbke, Herr Herrmann, Frau Schäffer und Herr Stotko. – Herr Kruse, Sie haben das Wort.

Theo Kruse (CDU): Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir danken zunächst für die vorgelegten und die verlesenen Berichte, die, Herr Minister Jäger, nach meiner ersten Bewertung und Einschätzung im Grunde nach dem gleichen Muster verlaufen wie die Berichte, die Sie nach HoGeSa in Köln abgegeben haben.

Sie, Herr Minister Jäger, haben vor den abgegebenen Berichten ausgeführt, die Lage sei nicht vorhersehbar gewesen. Sie haben formuliert, sie habe sich stufenweise

entwickelt. Jetzt entnimmt man den Berichten, dass zwei Behörden zuständig waren – wie auch immer.

(Zurufe von der SPD: Drei!)

Das Polizeipräsidium in Köln steht in besonderer Weise in der Kritik, auch das LZPD spielt eine Rolle. Ich sage Ihnen in aller Nüchternheit: Ob nun eine oder zwei Behörden eine Rolle gespielt haben – Sie sind für den Polizeiapparat und Sie sind in besonderer Weise auch für das Kölner Polizeipräsidium hauptverantwortlich und zuständig.

Von daher spielt es keine Rolle, wenn Sie den Schwarzen Peter aus Sicht der Landesregierung, aus Sicht des Innenministeriums dem PP in Köln zuzuschieben. In meiner ersten Einlassung hatte ich eine Nachfrage gestellt, und die Frage ist nicht beantwortet worden: Wir wissen seit vergangenem Samstag – das ist jetzt mehr oder weniger mit angesprochen worden –, dass die WE-Meldung, die der Landesregierung zum Polizeieinsatz am Kölner Hauptbahnhof in der Silvesternacht morgens um 5:00 Uhr übermittelt wurde, die Lage vor Ort gänzlich anders beschrieb als die Kölner Polizeiführung.

Gleichwohl hat es eine Richtigstellung weder am 1., noch am 2., noch am 3. Januar gegeben. Sie haben so locker ausgeführt: Ja, es hat Informationsdefizite gegeben. – Dazu habe ich dann die Nachfrage: Wer ist denn für dieses Informationsdefizit aus Ihrer Sicht tatsächlich verantwortlich, Herr Minister? Das interessiert mich schon.

Es gibt sicher noch eine ganze Reihe von Nachfragen im Laufe der Sitzung.

Unter Punkt 8 des ersten abgegebenen Berichtes wird darauf hingewiesen: Die Polizeiführung, der Einsatz am Silvesterabend, ist einem erfahrenen Beamten – so heißt es hier – des gehobenen Dienstes übertragen gewesen. Also trifft es zu, dass es kein Beamter des höheren Dienstes war? Trifft es auch zu – das ist mir zugetragen worden; ich bitte das heute zu klären –, dass dieser Beamte des gehobenen Dienstes, der abgesetzte ehemalige Chef des SEK in Köln gewesen ist? Das bitte ich zu beantworten.

Sie sagen weiterhin: Der Verzicht auf zusätzliche Kräfte, die Informationspolitik: Das war alles defizitär. Wir versprechen Nachbesserung. – Wo würden Sie, Herr Minister, Ihre Mitverantwortung als Sach- und Fachminister hier im Land Nordrhein-Westfalen in der Zusammenarbeit, in der Ausrichtung der Kölner Polizei tatsächlich sehen?

Eingangs haben Sie ausgeführt: Die beteiligten Stellen waren nicht auf dem gleichen Informationsstand. – So locker kann man das ausführen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie die gesamte Verantwortung als Fachminister – insbesondere nach den Ereignissen in Köln, die wir hier im Ausschuss schon häufiger diskutiert haben – doch in anderer Weise übernehmen, als Sie das bisher getan haben.

Aber die Fragen, die ich gestellt habe, hätte ich gerne noch von Ihnen beantwortet.

Marc Lürbke (FDP): Herr Minister, ich fand Ihre Erklärungen, Ihre Ausführungen, die wir hier gehört haben, nicht überzeugend. Sie können mich nicht überzeugen, dass es ausreicht, hier den Schwarzen Peter Richtung PP Köln zu schieben und nicht

selbst in der Verantwortung zu stehen. Es gibt verschiedenste Punkte, die auf Ihr Ressort, auf Ihre Verantwortung zurückfallen.

Fangen wir an mit der Frage: Was war mit Unterstützungskräften und Nachersatz? – Wir haben gerade gehört, dass sie nicht mehr angefordert wurden. Die entscheidende Frage ist für mich doch: Warum? Warum sind sie nicht mehr angefordert worden?

Da gibt es mehrere Antworten. Die erste wäre: Es hätte zu lange gedauert. Deswegen bitte ich, mir ausführlich darzustellen, wie lange es konkret gedauert hätte und welche Kräfte tatsächlich verfügbar gewesen wären, wenn das PP Köln gesagt hätte: Ja, wir brauchen Kräfte. – Wann wären die Kräfte vor Ort gewesen und in welcher Stärke hätte man dort reagieren können?

Die nächste Frage, die sich daran anschließt: Warum hat der Dienstgruppenleiter der Leitstelle das entschieden und nicht der Einsatzführer? – Das wirkt auf mich so, als wäre die Führungsstruktur gar nicht vorhanden gewesen, als hätten die Beamten des höheren Dienstes Silvester gefeiert und hätten die Beamten vor Ort im Stich gelassen. Hierfür hat letztlich nicht das PP Köln die Verantwortung zu tragen, sondern Sie als Minister.

Selbst wenn Sie sagen: „Wir hätten die und die Kräfte zur Verfügung stellen können“, ist es doch ein offenes Geheimnis, dass auch in der nordrhein-westfälischen Polizei – und da sind Sie wieder in der Verantwortung – durch Ihre Maßnahmen, beispielsweise im Zusammenhang mit Ihren Fußballkonzepten, sozusagen Mut zur Lücke entstanden ist, sodass Einsatzführer hier oftmals zurückschrecken, Kräfte anzufordern. Wenn ein Einsatzführer zu viele Kräfte anfordert, kriegt er eins auf die Finger. An dieser Stelle finden wir daher eine Kultur „Mut zur Lücke“. Vielleicht gab es da auch einen Grund, warum die Kräfte nicht angefordert wurden.

Ein weiterer Punkt, der völlig widersprüchlich ist, ist die Informationspolitik. Warum haben Sie nicht in Ihrer Rolle als Innenminister die Führungsfunktion übernommen und direkt nach Bekanntwerden der Tragweite der Geschehnisse selbst eine Runde einberufen, indem Sie sich mit dem Polizeipräsidenten und mit den Verantwortlichen zusammengesetzt haben, um die Sachlage möglichst schnell nach draußen aufzubreiten?

Das, was hier passiert ist, war eine mediale Schlammschlacht. Das hat der Polizei geschadet, das hat Vertrauen in die Arbeit der Polizei zerstört. Das hätten Sie, wenn Sie Ihre Führungsaufgabe wahrgenommen hätten, unterbinden können. Deswegen eine ganz konkrete Frage, weil immer noch nicht richtig deutlich ist, welche Informationen das Ministerium zu welchem Zeitpunkt nun wirklich gehabt hat: Hat es ein Gespräch zwischen dem Abteilungsleiter Polizei, zwischen Herrn Düren und dem Polizeipräsidenten Herrn Albers gegeben? Welche Informationen sind hier ausgetauscht worden?

Nächste Frage. Wenn man die Berichte liest und das Drumherum wahrnimmt, werden Erinnerungen an die Loveparade wach. Ich finde es ein Stück weit erschreckend, dass sich diese Geschehnisse wiederholen, dass wieder eine Menschenmasse verdichtet worden ist und dass wieder die Polizei an gewissen Stellen keinen Überblick über die Geschehnisse hatte.

(Widerspruch von Matthi Bolte [GRÜNE])

– Es ist doch so!

(Thomas Stotko [SPD]: Die Situation ist doch nicht vergleichbar! –
Weitere Zurufe)

Vorsitzender Daniel Sieveke: Der Abgeordnete Lürbke hat weiterhin das Wort. Ich bitte, fortzufahren.

Marc Lürbke (FDP): Meine Damen und Herren, in Nordrhein-Westfalen muss ein Flohmarktveranstalter Sicherheitskonzepte aufstellen; er muss für Sicherheits- und Fluchtwege sorgen. In der Silvesternacht am zentralen Hauptbahnhof in Köln will die Polizei eine solche Lage aber nahezu konzeptfrei – nur mit Minimal Kräften besetzt – bewerkstelligen.

Es ist ganz egal, ob an Karneval oder an Silvester: Tatsächlich gehören in Köln ein überfüllter Bahnhof und der Vorplatz immer zur Lagebeurteilung dazu. Das ist hier offensichtlich versäumt worden. Ich finde es erschreckend, wie wenig gelernt worden ist, auch aus den Erkenntnissen der Loveparade,.

Wenn ich dann lese, dass die Nachbereitung der ganzen Geschehnisse erst Ende Februar stattfinden soll, möchte ich doch darauf hinweisen, dass Karneval bereits Anfang Februar ansteht. Das erfüllt mich dann auch mit Sorge.

Herr Minister, ich glaube, so einfach kommen Sie hier nicht heraus. So einfach können Sie nicht die Verantwortung weiter nach unten wegdrücken. Das werden wir noch weiter hinterfragen. Aber das wären zunächst meine Fragen für diese Runde.

Frank Herrmann (PIRATEN): Ich gehe davon aus, dass ein Wortprotokoll erstellt wird.

(Der Vorsitzende bejaht dies.)

Bisher haben wir die Ausführungen ja nur vorgelesen bekommen. Wir von der Piratenfraktion sind maßlos enttäuscht, dass der Bericht so spät kommt. Das Vorlesen ist unsäglich. Es ist nicht erkennbar, dass es hier irgendeine Art von interdisziplinärer Zusammenarbeit gegeben hat, dass Mitarbeiter der Ministerien für Emanzipation, das Integrationsministerium oder irgendwer daran beteiligt war. Das ist jedoch etwas, was für uns aufgrund der Komplexität des Problems, das da aufgetreten ist, unbedingt notwendig ist. Ich sehe auch nicht besonders viel Neues in dem Bericht der Bundespolizei vom 2. Januar 2016, der geleakt wurde.

Wir haben ein komplexes Problem. Deswegen muss genau geprüft werden, was man sagt und wie man es sagt. Wenn dann schon vor über eine Woche Herr Minister Jäger sagt, dass es der Rechtsstaat nicht hinnehmen kann, dass sich nordafrikanische Männergruppen organisieren, um wehrlose Frauen mit dreisten sexuellen Attacken zu erniedrigen, und dann eine Woche lang nichts Neues passiert, dann schießen doch Spekulationen ins Kraut, die kaum noch einzufangen sind.

Deswegen haben Sie doch, Herr Minister Jäger, auf jeden Fall einen ganz großen Anteil an der Verrohung der Diskussion und auch eine Mitverantwortung dafür, dass in den letzten Tagen Bürgerwehren durch die Straßen gezogen sind. Ich finde das wirklich unsäglich und unfassbar, sich jetzt hierhinzustellen und von Vertrauen, Aufrichtigkeit und Aufklärung zu sprechen.

Es ist kein einfaches, sondern ein sehr komplexes Problem. Ich habe meine Nachfragen daher in drei Blöcke aufgeteilt und möchte mit den Fragen zu den Opfern, zur sexualisierten Gewalt anfangen.

Ihren schriftlichen Ausführungen hängt eine Liste mit Fällen an. Wie hoch jedoch der Anteil der Raubdelikte in Kombination mit Sexualstraftaten ist, kann ich hier auf die Schnelle nicht erfassen. Ich hoffe, dass diese Frage schnell beantwortet werden kann.

(Zuruf: Seite 12!)

Weiterhin möchte ich wissen, was mit den Opfern passiert. Herr Schürmann, Sie haben, vorgelesen, dass Opfern von Sexualdelikten Opferhilfemaßnahmen vermittelt werden sollen. Die Frage ist: Wann werden diese vermittelt? Passiert das bei der Anzeigenerstattung, oder kommt dann irgendwann nach ein paar Wochen ein Brief? Wie passiert das im Fall der Anzeigenerstattung? Wie wird den Opfern konkret geholfen?

Dann habe ich eine Frage zu den Beamten, die bei solchen Einsätzen wie zu Silvester oder bei besonderen Partywochenenden usw. tätig sind. Bekommen diese spezielle Hinweise, wie mit möglichen Opfern von sexualisierter Gewalt umzugehen ist? Wie können sie diese überhaupt erkennen, sodass sie Maßnahmen ergreifen können? Wie sieht dazu die Ausbildung der Beamten aus? Gibt es Fortbildungen, sodass sie sexualisierte Gewalt erkennen können? Sind diese Fortbildungen verpflichtend?

Wenn es diese Aus- und Fortbildungen zum Erkennen und zum Umgang mit sexualisierter Gewalt gibt, möchte ich gerne wissen, wie die Beamten damit hätten umgehen müssen, damit es vor Ort erkannt wurde. Gemäß den mir vorliegenden Berichten war es zu spät, es war um 1:00 Uhr der Fall. Was hätte da genau passieren müssen?

Ich komme nun zum Fragenkomplex „Polizei“.

Über das Thema „Alkohol“ wurde in der Zeitung viel berichtet, aber hier ist dieser Punkt noch gar nicht so stark aufgekommen. Wie stark war der Anteil der alkoholisierten Menschen? Ist bekannt, was getrunken wurde? – Ich finde, das ist schon ein wichtiger Punkt. Denn es ist für diese Menschengruppe, die da thematisiert wird, schon ungewöhnlich, dass so viel Alkohol getrunken wird. Insofern würde mich interessieren, ob danach gesehen wurde, was getrunken wurde, ob es mehrere Flaschen der gleichen Marke waren oder ob irgendwelche Kartons herumlagen.

(Zurufe)

Denn wenn man unterstellt, dass die nordafrikanisch/arabisch aussehenden Männer aufgrund ihres islamisch geprägten Frauenbildes diese erniedrigenden Handlungen

gegenüber den Frauen vollzogen haben – sie also streng religiös waren – fragt man sich, wie es dann zusammenpasst, dass sie stark alkoholisiert gewesen sein sollen. Es ist anzunehmen, dass ein streng religiöser Muslim keinen Alkohol trinkt. Wurde dieser Widerspruch bisher in Betracht gezogen?

Im Bericht der Bundespolizei ist auch von Zivilkräften die Rede. Im Bericht vom 2. Januar 2016 wurde darauf hingewiesen; daher nehme ich an, dass bisher Erkenntnisse dazu vorliegen, dass von den Zivilkräften noch ein Bericht kommt. Was wurde konkret von denen beobachtet? Welche Mitteilungen wurden gemacht? An wen wurden diese Mitteilungen geschickt?

Ich bitte darum, dass nicht gleich gesagt wird, dass Sie hier keine Erkenntnisse der Bundespolizei haben; denn es wäre wirklich maßlos, wenn hier über eine Woche danach von dort noch keine Informationen an das Land geflossen wären.

Eine grundsätzliche Frage habe ich auch zum Funkverkehr, der in der Nacht sicherlich sehr heftig war. Ist der mitgeschnitten und archiviert worden?

Der letzte Fragenkomplex betrifft die Täter. Es wurde darüber berichtet, dass sich die Täter über soziale Netzwerke verabredet haben sollen. Gab es dazu Hinweise, und wenn ja, welche?

Es gibt auch noch einen Hinweis, dass es in Brüssel zu Silvester ein Feuerwerksverbot gab. Ist bekannt geworden oder hat man festgestellt, dass viele Besucher aus Belgien am Wochenende in Köln gewesen sind? Hat man sich die Autokennzeichen oder dergleichen näher angesehen?

Dann zum Thema „Personalienfeststellung“. Hier ist schon kurz angeklungen, dass sich Einzelne nur mit Registrierungsbelegen – ich nehme an, das waren BüMAs – als Asylsuchende ausweisen konnten. In einem Bericht steht dazu, dass die Kontrollierten gesagt hätten: „Ihr könnt mir nichts, ich hole mir morgen einen neuen“, oder: „Ich bin Syrer, ihr müsst mich freundlich behandeln“, und so etwas.

Ich habe selber viel mit Flüchtlingen, auch mit Neuankommenden, gesprochen, die eine solche BüMA haben. Bisher habe ich noch keinen getroffen, der sich so gut in Deutsch ausdrücken konnte, dass er solche Sachen hätte sagen können. Insofern besteht da für mich ein Widerspruch.

Ist da schon überprüft worden, ob diese Äußerungen vielleicht eine Falschaussage waren, und derjenige, der gesagt hat „Ihr könnt mir nichts, ich hole mir einen neuen“, vielleicht gar kein Asylbewerber war, sondern das nur vorgetäuscht hat? Die BüMA ist schließlich ein Dokument, das man mit einem Fotokopierer schnell kopieren kann, und dann hat man mehrere davon.

Meine letzte Frage für den Moment; sie wurde hier noch nicht angesprochen: In den Medien wurde über einen Zettel berichtet, auf dem Übersetzungen vom Arabischen ins Deutsche oder umgekehrt zur vermeintlichen Anmache von weiblichen Personen stehen. Was ist dazu bekannt? Woher kommt dieser Zettel? Gibt es nur diesen einen? Oder steckt etwas mehr dahinter? – Danke.

Verena Schäffer (GRÜNE): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte noch einmal die vom Innenministerium herausgearbeiteten Fehler benennen, die ich auch teile, insbesondere was den Punkt „nicht genügend Einsatzkräfte vor Ort“ und die Frage, warum keine Reservekräfte angefordert wurden, angeht. Darin liegt meines Erachtens ein großer Fehler. Es gab ja Reservekräfte, die zur Verfügung standen, und trotzdem wurden sie nicht angefordert. Das würde ich hier als Fehler benennen wollen.

Das andere ist meiner Meinung nach das Thema „Kommunikation“. Die Pressemitteilung vom 1. Januar 2016 ist ja schon angesprochen worden. Man hätte in der Öffentlichkeit offensiver darstellen müssen, dass wir bei den 71 Identitätsfeststellungen, die ja noch keine Aussagen über mögliche Tatverdächtige treffen, nicht über die Täter reden. Das ist meines Erachtens eine wichtige Unterscheidung. Wir reden zunächst einmal über die Identitätsfeststellung von Störern, die aufgrund des Böllerbeschlusses auffällig geworden sind, und dass sich darunter viele Flüchtlinge mit BüMA-Bescheinigungen befinden. Auf der anderen Seite gibt es Tatverdächtige mit nordafrikanischer Herkunft, gegen die ermittelt wird.

Ich finde – das ist noch einmal an die CDU gerichtet – es schon wesentlich, zu unterscheiden, über was wir hier reden, und dass wir bei den Identitätsfeststellungen der Störer nicht gleichzeitig von Tätern sprechen. Diese Unterscheidung müssen Sie meiner Auffassung nach machen. Das ist eine notwendige Differenzierung, die wir auch hier im Innenausschuss vornehmen sollten.

(Zuruf von der CDU)

– Was brauchen wir? Wir brauchen den Ausschuss nicht durchzuführen? – Also, ich habe noch Fragen aufgrund des Einsatzes; Sie anscheinend nicht. Das ist ja in Ordnung; Sie können ja auch gerne nach Hause gehen. Aber ich möchte meine Fragen, die ich an das Innenministerium habe, gerne noch stellen.

Ich möchte auf das Thema „sexualisierte Gewalt“ zu sprechen kommen. Ich finde, man muss hier auch klar sagen, dass wir sexualisierte Gewalt in Deutschland nicht erst haben, seitdem die Flüchtlinge hier sind, sondern das gab es auch schon vorher. Ich hätte es mir gewünscht, dass wir schon vorher einmal aus der innenpolitischen Perspektive über dieses Thema diskutiert hätten. Wenn Studien sagen, dass jede zweite Frau schon einmal in der Öffentlichkeit sexuell belästigt wurde, dann zeigt das, dass es sich schon um ein relevantes Thema handelt. Dafür hätte es dieser Vorkommnisse nicht bedurft.

Zum Thema „Rassismus“ möchte ich auch noch einen Satz sagen. Ich finde es ehrlich sehr erschreckend – das ist hier noch nicht angesprochen worden –, inwieweit jetzt diese Übergriffe, die sicher schrecklich und frauenverachtend sind, von rechtspopulistischen und rechtsextremen Kräften noch instrumentalisiert werden. Gestern gab es in Köln Übergriffe in Köln auf Menschen mit Migrationshintergrund. Ich denke, dass wir da ein Aufschaukeln erleben, das wirklich gefährlich ist und das wir als Innenpolitiker im Blick behalten sollten.

Aber ich habe auch noch Fragen; das habe ich gerade schon angekündigt. Ich möchte auf den Bericht zu sprechen kommen, und zwar auf Seite 3. In dem Bericht steht

zum Zeitpunkt 23:00 Uhr, dass es trotz der Anwesenheit der Bereitschaftspolizeikräfte zu sexuellen Übergriffen gegen Frauen gekommen ist und dass die Bereitschaftspolizeikräfte dies in der Menschenmenge nicht erkannt hätten.

Auf Seite 4 heißt es dann, um 0:50 Uhr hätten diese Kräfte der Bereitschaftspolizei erstmalig davon Kenntnis erhalten, dass Frauen durch Personengruppen angegangen und belästigt wurden. Das ist ein gewisser Widerspruch, und dazu hätte ich noch einige Erläuterungen, warum nicht schon um 23:00 Uhr Kenntnis davon erlangt wurde. Gab es da noch keine Anzeigen? Gab es keine Notrufe? Ich finde, das ist ein gewisser Widerspruch, den ich hier gerne thematisieren möchte.

Meine nächste Frage bezieht sich auf die Ingewahrsamnahmen. Im Bericht ist aufgeführt, dass es Ingewahrsamnahmen gegeben hat. In der Anlage steht auch eine Übersicht zu den Ingewahrsamzellen, die zur Verfügung stehen. Das scheint ja so, als hätte es im Polizeipräsidium Köln nicht genügend solcher Zellen gegeben. Auch dazu hätte ich gerne eine Aussage, wie es sein kann, dass offensichtlich die Kapazitäten an diesem Abend ausgelastet waren. Das sehe ich als einen schwierigen Punkt an, warum dort nicht genügend Kapazitäten zur Verfügung standen.

Ich will außerdem noch einmal auf die Differenzierung zwischen dem „Antänzerphänomen“ und diesem neuen Phänomen eingehen. Das kommt ja in dem Bericht auch kurz vor. Es ist in der Berichterstattung auch viel durcheinandergeworfen worden. War diese Gruppe deckungsgleich mit der sogenannten Antänzerszene in Köln, wobei das ein Stück weit verharmlosend klingt, in Bezug auf die Übergriffe an Silvester? Das BKA macht hierzu ein neues Lagebild. Offensichtlich gibt es ja ein neues Phänomen, das auch in anderen Städten Nordrhein-Westfalens aufgekommen ist. Hierzu möchte ich gerne Hintergründe vom Innenministerium hören, inwiefern Sie das als neues Phänomen bewerten.

Leider ist es so, dass die Bundespolizei heute nicht im Ausschuss vertreten ist, und ich hätte noch viele Fragen an die Bundespolizei gehabt. Das finde ich sehr schade. Vielleicht können Sie diese Fragen beantworten, weil Sie ja mit der Bundespolizei auch im Kontakt stehen und sich austauschen.

Hier geht es auch um die Frage der zur Verfügung stehenden Einsatzkräfte in der Silvesternacht. Wissen Sie, ob es Reservekräfte seitens der Bundespolizei gegeben hat, die man hätte anfordern können? Sind hier sowohl die Einsatzleitung der Landespolizei als auch die der Bundespolizei beide zu dem Schluss gekommen, dass man keine weiteren Reservekräfte braucht? – Diese Frage hätte ich gerne direkt an die Bundespolizei selbst gerichtet, aber vielleicht können Sie ja etwas dazu sagen.

Thomas Stotko (SPD): Herr Vorsitzender! Herr Minister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Manche von uns sitzen ja schon viel länger als ich im Landtag von Nordrhein-Westfalen oder auch im Innenausschuss. Ich kann mich weder in meiner Oppositions- noch in meiner Regierungszeit daran erinnern, dass wir jemals einen Bericht bekommen hätten, der so schonungslos wirklich große Fehler einer Polizeibehörde anmarkert wie dieser Bericht.

Das mag man einem als Opposition nicht gefallen, weil man dachte, das Ganze würde vertuscht oder verheimlicht. Schauen Sie sich mal genau an, was in diesem Bericht gesagt wird – und das sage ich jetzt unabhängig davon, ob man nun Opposition oder Regierung ist –: Es wird als grundsätzlichen Fehler ankreidet, dass die dort eingesetzte Polizei vor Ort keine Verstärkung angefordert hat. Es wird gesagt, dass die reine Kräfterdisposition für diesen Einsatz von Anfang an falsch gewesen ist und dass es zu wenig Personal gab für die Anzeigenaufnahme, sodass die Opfer unverrichteter Dinge wieder gehen mussten, weil sie zu lange warten mussten und meinten: Wenn ich nicht einmal eine Anzeige aufgeben kann, kann es das ja wohl nicht sein.

Auch wird gesagt, dass wir in diesem Zusammenhang sowohl in der Nacht als auch an dem Morgen und in den Tagen danach eine Öffentlichkeitsarbeit hatten, die man, wenn man sie freundlich beschreibt, suboptimal nennen würde, die jedenfalls bei Weitem unzulänglich gewesen ist. Dass solche Fehler so deutlich in einem schriftlichen Bericht formuliert werden, das habe ich im Parlament noch nie erlebt.

(Widerspruch bei CDU und FDP)

Das kann man mögen oder nicht; ich habe jedenfalls schon ganz andere Sachen erlebt, egal von welchen Regierungen. Deshalb finde ich, dass dies eine gute Möglichkeit ist, klarzumachen, dass man auch Konsequenzen ziehen muss, und zwar nicht nur personeller Art, wo Sie gerade schon so gelächelt haben. Das kann es ja nicht gewesen sein. Man muss sich auch organisatorisch fragen: Wie kann so etwas künftig verhindert werden?

Ich will auf zwei, drei Wortmeldungen meiner Kollegen eingehen. Herr Kollege Lürbke, Sie sprachen von einer „Handvoll Polizeibeamte“. Eine Hand hat bei mir fünf Finger, bei Ihnen hat sie 142 Finger. Da war ja nicht eine Handvoll eingesetzt, aber auch die 142 waren zu wenig. Der Begriff „Handvoll“ passt jedenfalls nicht ganz so gut.

Herr Kollege Herrmann, Sie fragen nach den Anzeigen und wie viele davon Sexualstraftaten verbunden mit Diebstahl waren. Die Antworten finden Sie auf Seite 12 des Berichts. Das ist vorgelesen worden. Es würde helfen, wenn man aufmerksam zuhört. Deshalb komme ich zu einem anderen Punkt.

Herr Kollege Kruse, ich möchte kurz sagen, dass drei Behörden an diesem Einsatz beteiligt waren: Die eine war das Polizeipräsidium Köln, die zweite die Bundespolizei und die dritte war die Stadt Köln. Die drei haben – das möchte ich gerne nachfragen – an dem Silvesterabend um 21:30 Uhr zusammengesessen und die Lage eingeschätzt, schon in Kenntnis der Tatsache – wenn ich das richtig sehe –, dass sich da 500 Menschen versammelt haben.

Ich lebe zwar nicht in Köln, sondern in Witten mit knapp 100.000 Einwohnern. Wenn sich aber in Köln 500 Menschen einer bestimmten Nationalitätengruppe versammeln und in einer bestimmten Art und Weise vorgehen, dann würde mich das, wenn ich der Verantwortliche wäre, schon unruhig machen. Deshalb möchte ich nachfragen, wie die Stadt Köln und die Bundespolizei die Lage um 21:30 Uhr bewertet haben.

Die Kollegin Schäffer hat es ja noch ganz nett formuliert; ich will es ein wenig böser sagen: Die Bundespolizei hat – da würde ich beim MIK nachfragen wollen – es abgelehnt, heute hier Stellung zu nehmen. Wenn ich das richtig sehe, ist mit Ihnen, Herr Düren – da steht „Abteilungsleiter 4“, das dürften ja Sie gewesen sein –, wohl gesprochen worden.

Ich frage noch einmal nach: Haben die es abgelehnt, heute hier zu erscheinen und für Fragen zur Verfügung zu stehen? Ich finde das wichtig; denn es wurde ja in den Medien und in der Öffentlichkeit behauptet, die Bundespolizei habe Kräfte der nordrhein-westfälischen Polizei angefordert, und diese seien nicht gegeben worden.

(Theo Kruse [CDU]: Aber wir reden heute über die Aufgaben des Landes!)

– Ja, da sind wir doch gerade bei. In den Medien stand der Vorwurf, die Bundespolizei habe nach nordrhein-westfälischen Einsatzkräften gerufen, und die seien nicht gegeben bzw. sie seien nicht zur Hilfe gekommen. Da frage ich nach: Ist das so gewesen? Hat die Bundespolizei danach gefragt? Oder ist es so, wie ich es in den Medien auch gelesen habe, dass die Bundespolizei in ihrem Verantwortungsbereich völlig überfordert gewesen ist und dass tatsächlich Frauen vom Bahnhofsvorplatz mit nordrhein-westfälischen Polizeibeamtinnen und -beamten bis zum Bahnsteig begleitet werden mussten? Falls ja, würde mich interessieren, warum die Bundespolizei das nicht wahrnehmen wollte.

Wenn ich den Bericht auf Seite 7 und 8 richtig verstehe, ist – und das ist ja auch einer der Fehler gewesen – diese Verstärkung nicht angefordert worden. Hier würde mich seitens unserer Fraktion interessieren, wie es zu einer solchen Fehleinschätzung kommen konnte. In dem Bericht steht ja nicht, wie die jeweiligen betroffenen Führungspersonen das bewertet haben. Aber wie kommt es dazu, dass man zu diesem Zeitpunkt – also 21:30 Uhr, 22:00 Uhr, diese Ecke – eine solche Fehleinschätzung abgibt, die von Ihnen in Ihrem Bericht deutlich als Fehleinschätzung kategorisiert wird? Uns würde auch interessieren, wie man beim nächsten Fall – ich hoffe, dass keiner mehr auftritt – solche Fehleinschätzungen verhindern kann.

Ein weiterer Punkt ist wichtig für die öffentliche Wahrnehmung: Den eingesetzten Polizeibeamtinnen und -beamten – wie es auf Seite 8 richtig formuliert ist –, die vor Ort ihre Arbeit gemacht haben, können wir und kann auch sonst niemand einen Vorwurf machen. In der Menge, in der sie da eingesetzt waren, waren sie überfordert. Wenn man den Bericht richtig liest, scheint die Verantwortung ja denjenigen gegeben zu werden, die für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen der Polizei die Verantwortung hatten. Da würde mich interessieren, ob diese Einschätzung so richtig ist.

Herr Kollege Kruse, soweit in Ihrem Antrag zu dieser Sondersitzung darauf abgezielt wird, es handele sich vermutlich um Täter aus Nordafrika, würde mich hier noch einmal die Einschätzung des Ministeriums interessieren. In der Öffentlichkeit wird ja viel über die Frage debattiert – insbesondere was die Länder Marokko und Algerien betrifft –, welche Möglichkeiten das Ministerium sieht – das ist eigentlich eher eine Bundesfrage, aber jetzt mal aus der Sicht der Länder und des Bundes –, den Aufenthalt für solche Täter hier in Deutschland zu verkürzen, wenn sie hier Asyl haben.

Wenn ich richtig informiert bin, besteht ein generelles Problem: Selbst wenn das Asylverfahren abgeschlossen ist und diese Nordafrikaner in ihr Land abgeschoben würden, haben sie keine Papiere. Und Passersatzpapiere werden von Marokko und Algerien nicht erstellt. Wenn das so sein sollte, dann wäre dies das nächste Armutszeugnis vonseiten des deutschen Staates und Europa im Verhältnis zu Nordafrika: Abgelehnte Asylbewerber können wir nicht rückführen, weil sich deren Länder weigern, Ersatzpapiere auszustellen.

Insgesamt ist diese Neujahrsnacht in Köln ein trauriges Kapitel. Sowohl die Einsatzplanung als auch die Reaktionen, die auf das jeweilige Geschehen ab 20:30 Uhr, 21:00 Uhr erfolgt sind, machen deutlich, dass da nachgearbeitet werden muss Herr Kollege Lürbke, der Bericht soll nicht erst Ende Februar fertig sein; er muss dann mit den Erlassen abgeschlossen sein.

Letzte Frage. Wir haben jetzt den Bericht vorliegen, der um den Bericht des PP Köln vom 8. Januar 2016 ergänzt wurde. Wenn ich das vorhin richtig verstanden habe, sind auf diesen Bericht vom 8. Januar hin von Ihnen – Herr Heinen, ich meine, Sie haben das vorgetragen – Nachfragen an das PP Köln gerichtet worden, weil er nicht umfassend oder erklärend genug war.

Ich nehme an, ich spreche für alle Abgeordnete, wenn ich sage, dass es nicht schön ist, wenn uns am Montagmorgen zur Sitzung ein Bericht von 60 Seiten erreicht, und wir einen Teil davon vorgelesen bekommen und einen Teil selber lesen müssen. Wenn es aber so ist, dass der Bericht vom PP Köln erst so spät erstellt worden ist – er ist ja noch von Herrn Albers unterzeichnet, wenn ich es richtig sehe –, dann wundert es mich natürlich nicht, dass das Parlament das auch erst so spät bekommen kann.

Vorsitzender Daniel Sieveke: Das war die erste Fragerunde. Zur Beantwortung hat jetzt zunächst der Minister das Wort, und er verteilt die Wortmeldungen entsprechend weiter an die jeweiligen Redner.

Minister Ralf Jäger (MIK): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Herr Lürbke, ganz offen gesagt: Ich verstehe Sie nicht. Ich kann verstehen, dass Sie aus der fachlichen Fehlentscheidung eines Polizeiführers vor Ort eine politische Verantwortung des Ministers machen wollen. Das mag auch Aufgabe eines Oppositionspolitikers sein.

Aber eine operative Verantwortung zu unterstellen – da verstehe ich Sie nicht, und zwar deshalb nicht, weil Sie dafür schon lange genug in diesem Ausschuss sind, weil Sie das Steuerungsmodell der Polizei in Nordrhein-Westfalen sowie in allen anderen Bundesländern – wenn es nicht gerade Stadtstaaten sind – kennen: Es ist für ein Ministerium völlig ausgeschlossen, dass es bei einem Steuerungsmodell mit 47 Kreispolizeibehörden und drei Landesoberbehörden in irgendeiner Weise in die operativen Lagen eingreifen kann oder eingreifen will.

Das wäre genauso, als würden Sie unterstellen, dass die Gesundheitsministerin selbst Blinddarmoperationen durchführt. Das ist völlig ausgeschlossen, Herr Lürbke,

und das wissen Sie auch. Das Ministerium hat die Fach- und Dienstaufsicht, aber das Ministerium führt nicht das operative Geschäft.

(Zuruf: Bei Ihnen möchte ich keine Blinddarmoperation durchführen lassen!)

Herr Lürbke, wenn Sie sagen, es gäbe Hinweise darauf, dass aufgrund von Konzepten für den Umgang mit Hooligans im Fußball eine Kultur entstanden sei, nach der Polizeibehörden, die mehr Personal einfordern, „was auf die Finger kriegen“ – so habe ich es mir notiert –, dann bitte ich um einen Beleg, und wenn es nur einer ist. Aber das können Sie nicht einfach so in den Raum stellen, ohne dies belegen zu können. Einer solchen Kultur widerspreche ich mit aller Deutlichkeit, Herr Lürbke.

Herr Kruse, Sie hatten mehrere Fragen gestellt. Das werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums auch beantworten können. Im Wesentlichen haben Sie aber zwei Kritikpunkte angesprochen, die wir in diesem Bericht dargestellt haben. Sie haben es so formuliert, als hätten wir das ganz locker dargestellt. Locker ganz sicherlich nicht, weil es einem Ministerium, auch einem Minister persönlich, nicht gerade leicht fällt, solche Fehler zu benennen. Aber die Kultur bei uns ist folgende: Wenn es Fehler gegeben hat, werden diese offensiv und transparent dargestellt.

Sie haben gefragt, warum denn nach einer WE-Meldung in der Nacht – hier ging es nur um die Räumung und nicht um die sexuellen Übergriffe; die waren zu dem Zeitpunkt den Behörden nicht bekannt – zur Räumung des Domplatzes morgens um 8:00 Uhr trotzdem eine Pressemitteilung herausgeht, in der steht: Es war eine friedliche Nacht. – Genau das haben wir versucht, in dem Bericht zu beschreiben und zu kritisieren: die behördeninterne Kommunikation. Nach unserem Kenntnisstand hatte die Pressestelle diese WE-Meldung nicht. Das ist eigentlich ein Unding. Man kann keine Pressearbeit machen, wenn man als Pressestelle über wichtige Ereignisse der Nacht nicht informiert worden ist.

Weiterhin hatten Sie gesagt, das sei in dem Bericht alles so locker dargestellt, dass es möglich gewesen wäre, in der Nacht noch Nachersatz zu bekommen. Das haben wir nicht locker dargestellt, sondern, wie ich finde, sehr dezidiert. In der Lage hätte die Behörde über vier Wege zusätzliches Personal anfordern können, und, wie ich behaupte, auch müssen.

Der eine Weg ist eine Verschiebung, nachdem um 21:00 Uhr schon klar war: Wir haben eine Lage auf dem Domplatz mit mehreren Hundert Menschen. Übrigens, in den Vorjahren gab es auf diesem Domplatz nahezu keine Vorkommnisse. Plötzlich stehen da 400 Menschen, offensichtlich angetrunken und alkoholisiert. Der Polizeiführer hätte entscheiden können, den Spätdienst im Dienst zu behalten, also nicht aus dem Dienst zu entlassen.

Die zweite Möglichkeit wäre gewesen, eine weitere Einsatzhundertschaft einschließlich Führungsgruppe anzufordern.

Die dritte Möglichkeit wäre, dass Sofortverstärkungskräfte aus den umliegenden Polizeibehörden gekommen wären.

Die vierte Möglichkeit wäre das Abrufen der Einsatzreserven aus der Region gewesen.

Diese vier Möglichkeiten waren alle grundsätzlich gegeben. Hier hätte eine Entscheidung getroffen werden können, wenn man zwei, drei Stunden im Voraus darüber nachgedacht hätte, wie sich die Lage weiterentwickelt. Daraufhin hätte man Verstärkung anfordern können. Wäre das geschehen, hätte sie an diesem Abend auch zur Verfügung gestanden, um das einmal deutlich zu sagen.

Sie haben auch den Kritikpunkt des Ministeriums angesprochen. Ich will versuchen, das zu erläutern, damit es ganz plastisch wird, dass dieser Einsatz von einer Polizeiinspektion geführt wird und nicht als eine Direktionslage in der Behörde. Das hat in der Tat dazu geführt, dass das Gespräch zwischen LZPD und der Leitstelle routinemäßig erfolgte, ohne Kenntnis der Lage auf der Domplatte. Mögliches Zitat: Braucht ihr noch Personal? – Die Leitstelle, die schlichtweg keine Kenntnisse von der Lage auf der Domplatte hatte, sagte: Nein.

Das ist ein gutes Beispiel für fehlerhafte interne Behördenkommunikation: Einige wussten immer einiges, aber keiner alles – und das bis in die Morgenstunden des Neujahrs morgens.

Ich möchte jetzt gerne auf das eingehen, was Frau Schäffer angesprochen hat, nämlich das neue Phänomen. Herr Schürmann hat es dargestellt. Ich finde, aus diesen beiden Zahlen wird deutlich, was da eigentlich passiert ist. Es gibt 237 Anzeigen von Frauen wegen sexueller Übergriffe; aber in Verbindung mit den 237 Übergriffen gibt es – in Anführungszeichen – „nur“ 107 Eigentumsdelikte. Das heißt, bei 107 Frauen ist es neben dem sexuellen Übergriff auch zur Wegnahme des Handys und der Geldbörse gekommen.

Damit wird deutlich, dass das nichts mit der sogenannten Antänzerszene zu tun hat. Dort ist die Motivation, über das Antanzen an Wertgegenstände zu gelangen. In dieser Nacht aber ist es zu gruppenweisen sexuellen Übergriffen auf Frauen gekommen. Das war die vorrangige Motivationslage. In 107 Fällen ist zugleich noch ein Eigentumsdelikt gegenüber diesen Frauen begangen worden.

Deshalb noch einmal: Wenn man das, was die Frauen in dieser Nacht haben erleiden müssen, durch einen Vergleich mit dem Antanzen sozusagen verniedlicht, dann verniedlicht man sowohl die Tat als solche wie auch die Motivationslage der Täter.

Diese Vorgehensweise aus einer Gruppe heraus, mit der Motivation, sexuelle Übergriffe vorzunehmen, ist neu. Das hat übrigens nicht nur der BKA-Chef Holger Münch festgestellt, der jetzt zusammen mit allen Bundesländern ein eigenständiges Lagebild entwickeln will; das hat auch nicht nur Herr de Maizière festgestellt, sondern auch der AK II hat gesagt: Diese Tatbegehungsform ist in Deutschland neu.

Das muss man nicht in irgendeiner Weise infrage stellen, weil man sich ansonsten fachlich außerhalb der eigenen Bewertung bewegt. Damit müssen wir uns auch konzeptionell auseinandersetzen. Das heißt nämlich: Diese neue Tatbegehungsform erfordert neue Strategien, neue Konzepte in der Polizeiarbeit, übrigens nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern in allen Polizeibehörden der Länder.

Wenn jetzt im Schutze von Großveranstaltungen, von großen Menschenansammlungen solche Gruppen offensichtlich versuchen, Übergriffe gegen Frauen zu begehen, dann ist das eine neue Form. Darauf müssen wir konzeptionell eingehen. Herr Heinen wird es gleich darstellen, wie wir das in wenigen Wochen beim Karneval tun wollen. Der Herr Staatssekretär betont, dass das in keiner Weise die Übergriffe als solche relativieren soll; aber man muss sich fachlich damit auseinandersetzen, dass es eine neue Tatbegehungsform ist.

Frau Schäffer hat nach der Bundespolizei gefragt. Herr Herrmann, Sie haben aus diesem Bericht zitiert, der von einem Bundespolizisten stammt. Ich will den Bericht nicht infrage stellen, kann ihn aber auch nicht bestätigen. Das Gleiche gilt für die Inhalte dieses Berichts. Dieser Bericht ist aus einer eigenen Motivation des Beamten heraus erstellt worden. Er ist uns nicht zur Verfügung gestellt worden, weil das BMI sagt: Dieser Bericht soll durch die Zurverfügungstellung an diesen Ausschuss nicht dadurch nachträglich autorisiert werden.

Ich will und kann das, was da beschrieben wird, überhaupt nicht beurteilen, weil ich nicht dabei war. Es gibt so ein paar Augenfälligkeiten in diesem Bericht: Da wird von dem einen Beamten „von mehreren Tausenden auf der Domplatte“ gesprochen, während alle anderen in der Lageeinschätzung deutlich geringere Zahlen unterstellen. Aber wie gesagt: Weil ich den Wahrheitsgehalt nicht kenne, kann ich diesen Bericht auch nicht infrage stellen.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen zwischen der nordrhein-westfälischen Landespolizei und der Bundespolizei eine außerordentlich gute Zusammenarbeit, wenn es beispielsweise um die Bewältigung gemeinsamer Lagen geht. Das war hier nicht anders. Natürlich hat es eine Lagevorbesprechung Anfang Dezember unter Beteiligung der Bundespolizei, der Kölner Polizei und der Stadt Köln gegeben, in der festgestellt wurde: Wir richten uns auf ein Silvester ein, das vermutlich wie in den Jahren zuvor verlaufen wird. Wir konzentrieren uns insbesondere auf die Rheinbrücken und auf die Ringe. Dafür wurde zusätzliches Personal über das LZPD zur Verfügung gestellt, um den Eigentumsdelikten gerade auf den Ringen zu begegnen und das Beschießen unbeteiligter Dritter durch Böller und Raketen zu verhindern.

Frau Schäffer, es hat auch an jenem Abend Absprachen zwischen Bundespolizei und Landespolizei gegeben, beispielsweise hinsichtlich der Räumung des Bahnhofsvorplatzes. Damit bei der Räumung die Menschen nicht in den Bahnhof gedrängt werden, hat es eine klare Einsatzabsprache zwischen der Bundespolizei und Kölner Polizei gegeben.

Die Zusammenarbeit in Nordrhein-Westfalen ist gut; das will ich überhaupt nicht infrage stellen. Ich will es auch dadurch nicht infrage stellen, dass heute kein Vertreter der Bundespolizei anwesend ist, und wir diesen einen Bericht auch nicht zum Zwecke der Autorisierung zur Verfügung gestellt bekommen haben.

Aber auch hier gilt: Sowohl Herr Romann als Präsident der Bundespolizei als auch der Bundesinnenminister sagen, dass die Lageeinschätzung für Silvester in Köln so richtig war, wie sie getroffen worden ist. Es gab keinerlei Hinweise auf diese neue Tatbegehungsform und auf diese Begehung von Taten aus der Masse heraus, wie

sie stattgefunden hat. Herr Romann sagt zugleich: Hätten wir das vorher gewusst, hätten wir uns gleich anders aufgestellt.

Ich will auf die Frage von Herrn Stotko hinsichtlich Marokkanern und Algeriern eingehen. Ich muss da ein wenig ausholen, damit sich in der Öffentlichkeit nicht ein Bild verfestigt, das meines Erachtens falsch wäre. Sie wollten wissen, welche Maßnahmen zu ergreifen wären.

In den letzten Wochen haben wir unter den Flüchtlingen einen deutlichen Zugang von Marokkanern und Algeriern zu verzeichnen. Dieser Anteil ist deutlich steigend; ich meine, sie nehmen mittlerweile Platz 4 oder Platz 5 ein, was die Herkunftsländer der Flüchtlinge angeht. Nach dem großen Anteil aus Syrien, Afghanistan und Irak kommen aber relativ rasch Algerien und Marokko.

Um es deutlich zu sagen: Nicht alle Flüchtlinge aus diesen Herkunftsländern sind Straftäter. Sie sind nicht deshalb Straftäter, weil sie Algerier oder Marokkaner sind. Wir stellen fest, dass ein bestimmter Anteil dieser Flüchtlinge aus Marokko und Algerien junge Männer sind. Wir haben über unser Projekt „klarkommen!“ von der Polizei in Köln ein einigermaßen gutes Bild, was den sozialpolitischen Hintergrund dieser Personen anbelangt. Oft werden sie von ihren Familien als der älteste oder der jüngste und leistungsfähigste Sohn nach Europa geschickt, um dort Geld zu verdienen und die Familie daheim unterstützen. Die Reise hierher mithilfe der Schleuser wird vorfinanziert. Noch einmal: Das ist keinerlei Stigmatisierung gegenüber marokkanischen oder algerischen Flüchtlingen; das muss man akzeptieren. Aber ein kleiner Teil davon begeht dann unter diesem Druck Straftaten.

Wir haben die Situation, dass das BAMF bemüht ist, alle Bearbeitungszeiten zu verkürzen. Ich will an diesem Beispiel deutlich machen, warum es einen Anreiz gibt, mit dieser Motivation nach Deutschland zu kommen. Die durchschnittliche Bearbeitungszeit der Asylanträge für Flüchtlinge aus Marokko und Algerien beträgt 14,7 Monate nach Antragstellung.

„Nach Antragstellung“ bedeutet: Diese Menschen warten erst einmal sechs bis acht Monate auf einen Termin zur Antragstellung. Das heißt, bis sie erst mal einen negativen Bescheid haben – Anerkennungsquote, Schutzquote unter 2 % –, vergehen im Durchschnitt zwei bis drei Jahre. Das geht einher mit einem anschließenden Verwaltungsgerichtsverfahren und mit der Situation, dass sie eigentlich vollziehbar ausreisepflichtig sind.

„Vollziehbar ausreisepflichtig“ heißt: Wenn sie nicht – das sind sie fast nie – im Besitz von gültigen Reisedokumenten sind, müssen diese Passersatzpapiere in den Herkunftsländern besorgt werden. Marokko und Algerien sind die beiden Länder, die völlig unkooperativ sind und nur unter großen Mühen diese Passersatzpapiere erstellen.

Was heißt das? – Die Bemühungen des Bundes, die Antragsbearbeitung beim BAMF zu beschleunigen, sind extrem wichtig, um so den Anreiz zu nehmen, aufgrund der langen Verfahrensdauer hierherzukommen. Aber die Bundesregierung muss – sie hat bereits mit einer gemeinsamen Initiative von Herrn Steinmeier und Herrn de Maizière damit begonnen; und das ist noch weiter zu verstärken – auf die Staatsregie-

rungen von Marokko und Algerien einwirken, dass diese zügig Passersatzpapiere ausstellen und nicht versuchen, die Rückführung zu torpedieren.

Das sind im Hinblick auf die Fragen von Herrn Stotko die Dinge, die dringend zu tun sind, was Algerier und Marokkaner anbelangt.

Die anderen Fragen, Frau Schäffer – hinsichtlich des Berichts von 23:00 Uhr und dass keine Kenntnisse bezüglich der sexuellen Übergriffe vorhanden waren –, bitte ich durch Herrn Heinen und Herrn Schürmann zu beantworten.

IdP Bernd Heinen (MIK): Dann werde ich mit den Fragen von Herrn Kruse beginnen. Sie fragten: War der erfahrene Beamte, der Dienstgruppenleiter, der den Einsatz geleitet hat, ein ehemaliger SEK-Beamter in Köln? – Das ist richtig. Der Erste Polizeihauptkommissar ist in einer seiner früheren Verwendungen im Kommando des SEK in Köln eingesetzt gewesen. Er ist dort aber seit Jahren nicht mehr. Nach meinem Kenntnisstand hat er in der Zwischenzeit auch eine andere Verwendung in einer anderen Behörde gehabt. Er ist seit September 2013 Dienstgruppenleiter in der PI I, also dort, wo sich das Geschehen abgespielt hat.

Er hat auch den Einsatz im vergangenen Jahr zum Jahreswechsel 2014/2015 geführt; das heißt, er ist also mit der Örtlichkeit, mit den Umständen, mit der gesamten Situation zu Silvester – bis auf diese Sondersituation, die sich neu dargestellt hat – erfahren. Die Einsätze, die in diesem Zusammenhang durchgeführt worden sind, sind alle ohne Beanstandungen gewesen.

Ich komme nun zur Fragestellung der Verantwortlichkeit, insbesondere im Polizeipräsidium Köln. Hier üben wir deutlich Kritik. Ich möchte einmal darstellen, wie es anders hätte sein können und wie wir es fordern. Die Einschätzung der Lage zu Silvester angesichts der Umstände und der Erfahrungen – vermehrte Taschendiebstahlsdelikte; allgemeine Gefährdungslage im Zusammenhang mit Terrorismus, in der prognostischen Vorstellung und aufgrund der Erkenntnislage des BKA, des Verfassungsschutzes – hätte nach unserer Bewertung dazu führen müssen, dass Köln eine Gesamtorganisation für den Einsatz des PP Köln zu Silvester hätte durchführen müssen.

Das hätte bedeutet, dass im Polizeipräsidium ein Polizeiführer des höheren Dienstes als Polizeiführer und Einsatzleiter gewesen wäre und sich eine Besondere Aufbauorganisation für Köln entwickelt hätte, in der neben der Alltagsorganisation – also neben den üblichen Delikten, Gefahrensituationen, die sich zu Silvester ergeben – konkret in der Steuerung in der BAO in Einsatzabschnitten ein kompletter Kommunikationsprozess abgelaufen wäre, sodass alle Informationen, die aus dem einen oder anderen Einsatzabschnitt zur Führungsgruppe und zum Polizeiführer gelangen, miteinander verbunden werden können, die Lage jeweils neu beurteilt werden kann und dann entsprechende Maßnahmen getroffen werden, sodass alle davon wussten.

Das ist bei der Organisationsform, die jetzt für Silvester gewählt worden ist – die auch früher für Silvester gewählt worden ist –, nicht der Fall, sodass es diese erheblichen Kommunikationsprobleme zwischen dem DGL der Leitstelle und dem Poli-

zeiführer gegeben hat, der in seinem Zuständigkeitsbereich der PI 1 und der Ringe gearbeitet hat.

So konnte es kommen – und das kritisieren wir auch deutlich –, dass bei dem Regelanruf mit LZPD und dem Angebot des LZPD: „Braucht ihr noch Kräfte?“, der Dienstgruppenleiter der Leitstelle des PP Köln über die tatsächliche Enge und Bedrängnis, die sich am Bahnhofsvorplatz ergab, über dieses Phänomen und die vielen Straftaten gar keine Kenntnisse hatte und von daher gesagt hat: Nein, wir kommen klar. Wir brauchen keine weitere Verstärkung.

Aber gerade das kritisieren wir konkret bei einer großen Stadt wie Köln – mit einem so enormen Feiargeschehen zu Silvester –, hier kleinteilig heranzugehen und nicht die ganzen professionellen Möglichkeiten, die der Polizei Köln zur Verfügung stehen, in Anspruch zu nehmen. Ich erinnere daran, dass wir Köln mit einer Zuständigkeitsverordnung, nämlich § 4 der Kriminalhauptstellenverordnung, gerade für große Lagen – also für Entführungslagen und Geiselnahmenlagen – so weit aufgerüstet haben.

Diese Aufrüstungen, diese Möglichkeiten stehen natürlich auch für große Demonstrationenlagen, aber eben auch für Silvesterlagen und andere Veranstaltungen zur Verfügung. Das hat Köln in dieser Form nicht genutzt. Das wird man dort aber tun in der Vorbereitung – Herr Minister hat es auch angesprochen – auf den jetzt anstehenden Karneval, auch hinsichtlich dieses Deliktes.

Das war ja auch eine Frage: Werden die Kolleginnen und Kollegen auf solche Delikte hingewiesen? Die meisten Kräfte der Bereitschaftspolizei sind schon in Einsätzen auf den Ringen in Köln, wo es insbesondere um die Antanzdelikte geht, in diesem Bereich tätig gewesen. Sie sind daher schon für frühere Einsätze im Vorfeld entsprechend geschult worden. Von daher war zu Beginn dieses Einsatzes eine Schulung diesbezüglich nicht mehr erforderlich.

Das neue Phänomen ist nicht in der Einsatzbesprechung besprochen worden, weil es in dieser Form nicht bekannt war und von daher auch nicht darauf vorbereitet werden konnte.

Die Maßnahmen zu den zukünftigen Veranstaltungen werden sich darin ergehen, dass wir sicherlich noch einmal über die Kräfterlage in den jeweiligen Karnevalshochburgen in Nordrhein-Westfalen sprechen werden, dass wir sicherlich auch vermehrt Kräfte in Zivil einsetzen werden, um eine bessere Aufklärung bei möglichen Zusammentreffen von kleineren oder größeren Gruppen dieser nordafrikanischen und arabischen Prägung zu gewährleisten, und um gezielter Kräfte heranzubringen, die eingreifen können, sobald etwas passiert.

Wir werden sicherlich die Beweissicherungsmöglichkeiten und die Technik der Bereitschaftspolizei verwenden; wir werden aber auch über die Überlegungen der Stadt zum Videografieren nachdenken, um schneller einen Überblick über die Lage zu bekommen und dann auch entsprechend Kräfte verlagern zu können. So weit zunächst zu den Fragen von Herrn Kruse.

Herr Lürbke hatte die entscheidende Frage gestellt: Warum sind nicht mehr Kräfte angefordert worden? Auch Herr Stotko hat diese Frage noch einmal gestellt. Das ist konkret ein Punkt, den wir dem PP Köln vorwerfen. Ich will auch verdeutlichen, was wir damit meinen.

Wenn ein Polizeiführer zum Dienstbeginn um 20:30 Uhr über den Bahnhofsvorplatz läuft und dort schon eine Menge von 400 bis 500 Leuten sieht, die für ihn in dieser Situation und in dieser Form auch relativ neu sein dürften, und um 21:30 Uhr dann die ersten Einsatzbesprechungen mit den zugewiesenen Kräften macht, dann erwartete ich von einem Polizeiführer – auch mit dieser Erfahrung –, dass er nicht nur die Situation im Moment sieht, sondern dass er prognostisch, mit Blick auf Silvester und Neujahr, was ja noch bevorsteht – also eine aufwachsende Situation –, darüber nachdenkt: Wenn das so weitergeht, komme ich dann mit meinen Kräften zurecht oder nicht? Und weiß ich überhaupt, was sich da noch ansammelt? – Er kann eigentlich nicht davon ausgehen, dass es das jetzt war und dass es bei diesen Leuten bleibt.

Wenn er zu diesem Zeitpunkt bezüglich der Kräfte, die zur Verfügung standen – Herr Minister hat sehr deutlich erklärt, welche Möglichkeiten er da hatte –, reagiert hätte und sich mit dem Dienstgruppenleiter der Leitstelle in Verbindung gesetzt hätte, hätten ihm die nötigen Kräfte mit geringem, gestaffeltem Zeitverzug zur Verfügung gestanden. Die Kräfte aus den anderen Polizeiinspektionen wären relativ schnell da gewesen, sofern sie denn frei waren. Aus jeder Inspektion hätten aber wenigstens ein bis zwei Fahrzeuge hinzugerufen werden können.

Köln hat sieben Inspektionen, sprich: 14 zusätzliche Streifenwagen, sprich: 28 Beamte. Dann hätte der Polizeiführer die Sofortverstärkungskräfte und die Einsatzreserven, die wir extra für diese Fälle vorgehalten haben, gestaffelt zur Verfügung bekommen, und zwar in anderthalb Stunden, mit einer Zeit von 60 Minuten auf der Dienststelle plus 30 Minuten, um in Köln zu sein. Dann hätte er zu dem Zeitpunkt, zu dem sich die Lage abspielte, genau die Kräfte gehabt, die er für den Einsatz benötigt hätte. Das hat er nicht getan.

In der Kölner Berichterstattung ist dann gesagt worden, dass der Polizeiführer, als er merkte, dass er nicht mehr klarkommt, gesagt hat: Ich fordere auch gar nichts mehr an, denn wenn ich die jetzt anfordere, kommen die zu spät. – Auch das ist ein Fehler. Die wäre zwar zu spät gekommen für diese Situation, aber er konnte überhaupt nicht abschätzen, wie sich die Situation in der Nacht weiterentwickeln würde. Spätestens zu diesem Zeitpunkt – wenn auch für den Moment zu spät – hätte er weiter anfordern müssen, um für den Rest der Nacht, also 0:00 bis 5.00 Uhr, ausreichend Kräfte zur Verfügung zu haben. Das hat er nicht getan. Das haben wir, glaube ich, im Bericht auch so deutlich angesprochen.

Der Hinweis auf das Fußballkonzept ist von Herrn Minister schon beantwortet worden. Ich würde dazu gerne noch erwähnen, dass das Fußballkonzept eine ganz andere Zielrichtung hatte. Beim Fußballkonzept war die Reduzierung der Kräfte aufgrund der langfristigen Gespräche mit Fangruppierungen auf Eigenverantwortung der Fans ausgerichtet, um sich so im Selbstregelungsprozess selbst gestalten zu können und den Aggressionenpunkt – „die Polizei steht überall um uns herum“ – in Teilen zu-

rückzunehmen. Außerdem ist es – das war ein Punkt dieses Konzeptes – eine Aufgabe der Vereine, zusammen mit ihren Ordnern für die Sicherheit im Stadion zu sorgen. Gleichwohl haben wir Kräfte verdeckt dort vorgehalten.

Zu der Aussage von Herrn Lürbke, der Nähe zur Loveparade: Die Loveparade ist geprägt gewesen ...

(Marc Lürbke [FDP]: Die Konsequenzen daraus!)

– Die Konsequenzen zieht man immer aus Lagen, die vergleichbar sind, um dann die richtigen Entscheidungen zu treffen. Auf der Loveparade war die Situation so, dass wir einen viel zu kleinen Raum hatten, in dem sich Tausende von Menschen gedrängt haben, sodass es zu diesen schrecklichen Situationen gekommen ist.

(Marc Lürbke [FDP]: Bahnhofshalle!)

– Das heißt aber: Bundespolizei. Ich bleibe beim Bahnhofsvorplatz. Der Bahnhofsvorplatz hat eine Kapazität von mehr als 3.000 m². Darauf hielten sich 1.000 Leute auf. Wenn Sie sich die YouTube-Bilder anschauen, sehen Sie, dass der Bahnhofsvorplatz nicht vollgedrängt war, sondern dass durchaus ...

(Marc Lürbke [FDP]: Sie haben doch die Massen doch in den Bahnhof gedrängt!)

– Bitte? – Nein, ich habe extra die Bilder hinten angehängt. Wenn der Minister gestattet, würde ich es gerne am Bild erklären.

(Der Redner verdeutlicht seine Ausführungen an einem auf die Wand projizierten Foto.)

Wir haben bei der Räumung die Bundespolizei gebeten, den Bahnhof zu schließen. Hier ist die Treppe, da ist der Dom – noch einmal zur Orientierung für alle –, hier ist die Domplatte. Von der ist die ganze Zeit nicht die Rede. Domplatte und Bahnhofsvorplatz werden hier ein paarmal verwechselt. Wir haben hier den Dom, wir haben hier die Treppe. Von dieser Treppe wurde auf den tiefer gelegenen Bahnhofsvorplatz geschossen – mit Leuchtraketen, Böllern und allem Möglichen.

Zum Zeitpunkt der Räumung wurde hier gesperrt und dort gesperrt, sodass nach hinten kein weiterer Lauf kommen konnte. Die Bereitschaftspolizei hat zuvor mit der Bundespolizei Absprachen getroffen, eben nicht in den Bahnhof hinein zu räumen. Aus diesem Grunde hat die Bundespolizei den Bahnhof geschlossen. Das steht auch im Bericht.

Dann ist die Räumung von hier, die Treppe runter, ebenerdig, in diesem Bereich erfolgt und hier auf die Domprobst-Ketzer-Straße. Da ist der Druck weggeflossen. Das heißt, der ganze Bereich wurde von den Störern und Straftätern, die dort waren, in diesem Bereich weggedrängt. Dann war der Platz frei für ca. sieben Minuten.

Dann erfolgte hier bereits der Rückstrom der Feiernden nach Silvester, die auf den Brücken waren, die sich das Feuerwerk angeschaut hatten. Deshalb wurde das hier wieder geöffnet, sodass der Platz wieder volllaufen musste, damit die Leute in den Bahnhof gelangten, um nach Hause fahren zu können. Dadurch, dass dieser Platz dann wieder geöffnet wurde, hat sich diese Tausende umfassende Gruppe dann in

kleineren Gruppen wiedergefunden und ist in Teilen auf den Bahnhofsvorplatz zurückgekehrt. Wir haben da in enger Abstimmung mit der Bundespolizei gearbeitet.

Die Bundespolizei hatte aber ein eigenes Problem. Im Bahnhof selber war eine Großzahl von Leuten. Die Berichterstattung, die wir nicht schriftlich haben, die wir aber mündlich haben, heißt: Es ging über die Gleise; Züge konnten nicht mehr einfahren. Die Bundespolizei hat Rücken an Rücken gestanden – sie war dort auch mit einer Hundertschaft vertreten –, um sich selber zu schützen, sodass es zu der Situation kam – das steht auch in dem Bericht –, dass wir in Abstimmung mit der Bundespolizei einzelne Frauen, Frauengruppen als Landespolizei in den Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei hineingeführt und zu den Gleisen geführt haben, weil sich dort die Bundespolizei alleine darum nicht mehr kümmern konnte. Das haben wir aber nicht in Berichtsform vorliegen. Dazu hat der Minister etwas gesagt.

Das war jetzt zur Form der Räumung, zum Thema „Fußballkonzept“ und die Verbindung zur Loveparade.

Herr Hegemann, Sie hatten gefragt – das hatte ich gerade schon beantwortet –: Werden die Beamten darauf eingestellt?

(Zuruf: Herr Herrmann!)

– Entschuldigung, Herr Herrmann. Zu der Vorbereitung habe ich gerade etwas gesagt. Auf das Phänomen, das wir da erlebt haben, sind sie nicht vorbereitet worden, weil wir es nicht kannten. Zu allem anderen, was Diebstahlsdelikte, Taschendiebstahlsdelikte angeht, was wir bislang unter dem Begriff „Antanzen“ bezeichnet haben, sind sie entsprechend vorbereitet worden.

Ihre Frage nach Mitschnitt im Funk kann ich Ihnen beantworten: In einer BAO wird eine eigene Gesprächsgruppe im Digitalfunk geschaltet – so ist auch kommuniziert worden. Die ist aber nicht aufgezeichnet worden.

Zur Frage, ob aufgrund des Feuerwerksverbots in Belgien vermehrt Besucher aus Belgien da waren: Wir haben 71 Identitätsfeststellungen gehabt. Wir hatten mehrere Ingewahrsamnahmen und vier Festnahmen. Da kann ich Ihnen nicht sagen, ob da überhaupt irgendein Belgier dabei war. Auf gar keinen Fall ist es eine Menge, die in irgendeiner Form diese Vermutung bestätigen würde.

Im Bericht hatte ich erwähnt und vorgetragen, dass die Bescheinigungen, die BüMAs, hochgehalten worden sind. Es wurde dazu gesagt, dass sie relativ einfach zu reproduzieren sei. Das ist so. Aber in dieser Menge und Masse ist über die vorhandene BüMA eine Fahndungsbestandsabfrage gemacht worden, keine ausländerrechtliche Statusfrage oder sonst irgendetwas. Dazu sind die Kräfte schlichtweg in dieser dynamischen Situation nicht in der Lage. Das bedarf, wenn man Zweifel an der Identität hat, das Zuführen einer solchen Person zur Wache, der Abfrage in verschiedenen Datenbeständen mit einem zeitlichen Verzug. Das ist nicht leistbar in dieser Situation, die sich dort ergeben hat.

Sie haben nachgefragt zu dem Zettel mit den Handlungsanweisungen, der im Fernsehen veröffentlicht worden ist. In Abstimmung mit Herrn Schürmann kann ich sa-

gen, dass er uns nicht als Teil irgendeiner Anzeige oder eines Ermittlungsgegenstandes bekannt ist. Deshalb kann ich dazu nichts weiter sagen.

Frau Schäffer, Sie hatten gefragt nach dieser Diskrepanz: 23 Uhr nicht erkannt und 0:50 Uhr erstmals Kenntnis. In der Lage um 23 Uhr: Das werfen sich die Kollegen – das weiß ich aus Gesprächen mit Kollegen der Bereitschaftspolizei – selber vor. Die fragen: Warum haben wir das nicht gesehen? Wir konnten es nicht sehen.

Man muss sich die Situation noch einmal bildlich vor Augen führen. Die Bereitschaftspolizei ist in die Gruppen hineingegangen. Wenn man sich diesen Raum vorstellt, sind das fünf, sechs, sieben Gruppen, die sich auch untereinander geprügelt haben. Das ist keine in sich geschlossene Einheit gewesen, sodass dort ständig Unterbrechungen von Körperverletzungsdelikten erfolgten, Platzverweise erfolgten, Gefährderansprachen – mit entsprechender sprachlicher Problematik natürlich – und sich neu entwickelnden Situationen bei Böllerbeschuss.

Sie haben diese Diebstahlsdelikte als solche, aber insbesondere die sexuellen Übergriffe nicht erkannt. Das machen sie sich selbst zum Vorwurf. Sie sagen: Warum haben wir das nicht gesehen? Aber sie haben es halt nicht gesehen. Um 0:50 Uhr kam eine Geschädigte auf sie zu und sprach sie an, sie sei sexuell angegangen und belästigt worden. Um 0:50 Uhr war es nach Bericht des PP Köln das erste Mal, dass die Polizei davon erfahren hat: Hier ist noch mehr gelaufen, als wir mit Lagebereinigung, Anzeigenerstattung und Personalienfeststellung gemacht haben.

Sie hatten nach den Gewahrsamszellen gefragt. Es standen ausreichend Gewahrsamszellen zur Verfügung. Wir haben in Köln insgesamt neun Standorte, in denen Gewahrsamszellen vorhanden sind. Dabei handelt es sich insgesamt um 64 Einzelzellen, um vier Jugendeinzelzellen, um 13 Sammelzellen, um eine Jugendsammelzelle und 19 Ausnüchterungs- und sogenannte Mehrzweckzellen. Wir haben nahezu 100 Plätze für entsprechende Ingewahrsamnahmen und Festnahmen. 55 Personen sind dem Zentralgewahrsam zugeführt worden. Das heißt, die Kapazitäten im Gewahrsamsbereich waren nicht ausgelastet.

Ich gebe weiter an Herrn Schürmann zum Thema „Antänzer“.

LKD Dieter Schürmann (MIK): Zu den Antänzern: Frau Abgeordnete Schäffer, ich habe das eben schon dargestellt. Antänzer sind in der Terminologie kriminologisch und in der Tatbegehungsform absolut zu unterscheiden von dem, was wir jetzt in der Silvesternacht am Bahnhof in Köln erlebt haben.

Wir wissen das schon deshalb so genau, weil die Antänzer sowohl in Köln als auch in Düsseldorf Gegenstand von spezifischen Auswertungen und Analyseprojekten sind. Diese Projekte sind im Übrigen auch gekoppelt mit operativen polizeilichen Projekten sowohl polizeiintern über die Direktionen hinweg, aber auch in Kooperation mit den kommunalen Behörden. Sie zeigen auch deutliche Erfolge. Das heißt, aus diesen Projekten heraus werden polizeiliche Maßnahmen abgeleitet, die inzwischen zu gesteigerten Zahlen von Festnahmen führen. Diese Maßnahmen sind auch integriert in Intensivtäterprogramme.

Herr Minister Jäger hat auch schon auf das Projekt „klarkommen!“ hingewiesen. Das ist insbesondere in Köln durchaus erfolgreich. Insoweit haben wir da einen guten Datenbestand. Ich habe auch schon gesagt, dass dieser Datenbestand mit den aktuellen Erkenntnissen in Bezug auf konkrete Tatverdächtige leider noch nicht so umfangreich ist, wie wir uns das wünschen, aber abgeglichen wurde. Wir haben dazu keine Verbindungen.

Ich habe auch noch in Erinnerung, dass unsere Kölner Einsatzkräfte in ihrer eigenen Behörde geschildert haben, dass sie in der laufenden Lage in der Wahrnehmung der Tumulte gesagt haben: Das sind nicht unsere Leute. Das heißt, das sind nicht die Personen, die im Kern in diesen nordafrikanischen Täterkreisen verkehren, die über die Antanzproblematik wahrgenommen worden waren.

Es ist ein gänzlich neues Phänomen. Wir haben inzwischen in Hamburg und Frankfurt ähnliche Erkenntnisse. Es handelt sich um überfallartige Sexualattacken, Sexualangriffe bis hin zur Vergewaltigung aus größeren Gruppen heraus, die sich deutlich von klassischen Sexualdelikten unterscheiden. Insofern ist das nicht vergleichbar – die Antänzer hatte ich schon einmal dargestellt – mit den Sexualdelikten, die wir aus anderen größeren, öffentlichen Ereignissen her kennen.

Ich habe in den Medien gelesen, dass man Parallelen gezogen hat zum Oktoberfest, Schützenfesten und auch zu klassischen Karnevalsveranstaltungen, bei denen es auch immer wieder – so die Medien, die das wiedergegeben haben – zu Sexualdelikten kommt. Es ist bedauerlicherweise so, dass es da gelegentlich zu Sexualdelikten kommt. Aber die sind von der Tatbegehungsform gänzlich zu unterscheiden.

Es handelt sich gegebenenfalls um Sexualdelikte, die aus kurzen Kontakten heraus entstanden sind. Selbst wenn es sich im Einzelfall bedauerlicherweise auch mal um ein überfallartiges Sexualdelikt gehandelt hat, ist das eben nicht ein Sexualdelikt, wie hier festzustellen, aus einer größeren Gruppe von Männern heraus, die das vor großem Publikum im Übrigen, wie man leider sagen muss, und vollkommen rücksichtslos aus Tumulten heraus begehen. Das ist ein Modus Operandi, den man tatsächlich aus den Berichten aus nordafrikanischen Großveranstaltungen kennt, die bei uns aber in dieser Form überhaupt nicht festzustellen waren.

Die Frankfurter Polizei hat festgestellt, dass unter den Beteiligten am Frankfurter Hauptbahnhof davon die Rede war: Wir machen Big Party. Ich kann insoweit darauf verweisen, was Minister Jäger schon dargestellt hat: Die ursprüngliche Verabredung war vermutlich eher darauf ausgerichtet, gemeinsam exzessiv zu feiern, wobei es dann aus diesen Entwicklungen heraus zu diesen Eskalationen bis hin zu diesen schwerwiegenden, äußerst gravierenden Delikten gekommen ist.

Ich möchte nun darauf eingehen, was Herr Abgeordneter Herrmann gefragt hat. Ich nenne Ihnen jetzt die Zahlen von heute Morgen. Im Bericht steht noch: 237 Sexualdelikte; aktuell sind wir bei 247 angezeigten Sexualdelikten. Sie fragten nach konkreten Gliederungen. Davon sind 119 Delikte durch das Polizeipräsidium Köln in Bearbeitung wegen eines Straftatbestandes, der sich als Beleidigung auf sexueller Grundlage rechtlich abbildet. Das sind also Delikte, die zum Beispiel durch Begrapschen oder auch durch verbale Attacken entstehen.

128 Delikte werden zurzeit im Ermittlungsverfahren wegen sexueller Nötigung und wegen Vergewaltigung geführt. Das ist der Tatbestand, der sich aus § 177 Strafgesetzbuch ergibt. Zwei dieser Vergewaltigungsdelikte sind vollendet, und zwei werden als versuchte Delikte geführt. Die übrigen Delikte sind eben sexuelle Nötigungsdelikte. Das sind die, die auch in den Medien von Opfern beschrieben wurden, wonach dort mit massiver Gewalt die Kleidung und auch die körperliche Unversehrtheit der Opfer attackiert wurde.

So viel zu der Differenzierung „Antänzer“ und „Sexualdelinquenz“ in der Silvesternacht.

Vielleicht noch einige Worte zu dem, was der Herr Abgeordnete Herrmann noch erbeten hat. Ich habe gerade noch die Zahlen genannt, die Sie nachgefragt hatten. Sie hatten gefragt: Wie erkennt man Opfer von sexualisierter Gewalt? Das ist vom Verständnis her in der Wahrnehmung solcher Tumultdelikte natürlich sehr schwierig. Es ist übrigens auch typisch für diese Tatbegehungsform, dass die Täter gleichzeitig Deckung schaffen erstens für das Sexualdelikt, zweitens in dem Fall, wenn es so weit kommt, auch für das Eigentumsdelikt. Und im Übrigen ist es trotz dieser großen Öffentlichkeit, die da hergestellt ist, für Beteiligte, aber auch für umstehende Zeugen schwer zu erkennen und dann auch schwer mit Zeugen und mit forensisch objektiven Beweisen zu belegen.

Darüber hinaus ist es in diesem Fall – das ist hier mehrfach angeklungen – außerordentlich zu bedauern, dass es, nachdem sich die Opfer dann an die Polizei gewandt haben, nicht unverzüglich zu den Anzeigenaufnahmen gekommen ist. Ich bin inzwischen – das zeigt die hohe Zahl der registrierten Anzeigen – ziemlich zuversichtlich, dass sich diese Opfer dann ex post bei der Polizei gemeldet und noch Anzeige erstattet haben. Ich glaube, dass das Dunkelfeld für diese Nacht zunehmend kleiner wird, auch durch weitere Anzeigen. Das hält ja immer noch, wenn auch mit geringerer Dynamik, an.

Ich kann Ihnen aber versichern – Sie haben das nachgefragt –: Sind denn die Polizeivollzugskräfte speziell geschult, speziell aus- und fortgebildet für die Bearbeitung von Sexualdelikten? Ich verweise darauf, was Herr Heinen schon dargestellt hat: dass eine Beamtin in der Wache der PI Mitte speziell von ihrem Vorgesetzten abgestellt wurde, um die Vernehmung der weiblichen Opfer durchzuführen. Das war sicherlich von der Verfügbarkeit der Vernehmungskräfte her deutlich zu wenig, aber es zeigt, dass wir sowohl im Wachdienst, erst recht im kriminalpolizeilichen Spektrum auf die Bearbeitung von Sexualdelikten nicht nur vorbereitet, sondern, wie ich meine, sehr intensiv dafür ausgebildet sind.

Jeder Polizeivollzugsbeamte, jede Beamtin weiß, dass gerade die Beweisführung bei Sexualdelikten sehr komplex ist, weil sie sehr gutes Wissen im Sichern objektiver Befunden, DNA-Fasern und ähnlichen Dingen erfordern. Im Übrigen – das ist das, was Sie auch angesprochen haben – ist jedem Polizeivollzugsbeamten und jeder Beamtin aus der Ausbildung und stetiger Fortbildung bekannt – es gibt auch besondere Fortbildungen für Spezialkräfte –, dass selbstverständlich besondere Rücksichtnahmen und besondere Regularien und Verfahren bei der Vernehmung von Op-

fern von Sexualstraftaten zu beachten sind. Das ist im Übrigen auch bekräftigt durch verbindliche Erlasse und entsprechende Regelungen.

Sie hatten angesprochen: Alkohol und ein aus meiner Sicht scheinbares Paradoxon, dass hier von Muslimen die Rede ist, die dann aber vorgeblich, wie angenommen wird, alkoholisiert waren. Ich weiß aus vielen Gesprächen – jüngst noch einmal nachgefragt bei Islamwissenschaftlern –, dass das Frauenbild im Islam selbstverständlich nicht so ist, dass Frauen einen niedrigeren, wie auch immer gearteten Stellenwert und Beachtenswert haben.

Ich glaube, es ist auch festzuhalten – das ist zumindest auch meine Überzeugung –, dass im Einzelfall der Alkoholkonsum mit dem muslimischen Glauben nicht vereinbar ist. Ich kann jetzt aber diese Ermittlungen nicht unter religiösen Aspekten betrachten. Ich kann nur feststellen, was ich heute Morgen auch dargestellt habe, dass wir die Täter, die wir kennen, die Tatverdächtigen, die wir kennen, im nordafrikanischen Raum ansiedeln müssen. Welchen Glauben sie haben und warum sie gegebenenfalls gegen Regularien verstoßen, ist sicherlich nicht Gegenstand polizeilicher Ermittlungen.

IdP Bernd Heinen (MIK): Herr Stotko, Sie hatten nachgefragt zur Konkretisierung der drei Behörden, nämlich Stadt, Polizei und Bundespolizei, die in der Vorbesprechung zusammengearbeitet haben. Vom PP Köln ist nicht berichtet worden, dass es dort irgendeinen Dissens zu der Durchführung des Silvestereinsatzes gegeben hat. Jeder war für sich entsprechend vorbereitet. Aber dass der eine vom anderen zum Beispiel Unterstützung schon im Voraus gefordert hätte, dazu kennen wir keine Berichterstattung. Die Abstimmung untereinander habe ich vorhin dargestellt. Von daher sind uns überhaupt keine Diskrepanzen bekannt, dass irgendeiner etwas gefordert hätte, was vom anderen nicht erfüllt worden wäre.

Die letzte Frage, die ich hier noch habe, ist eine Nachfrage zum ersten Bericht. Deshalb haben wir in diesen Bericht ganz bewusst den ersten Absatz hineingebracht. Das zeigt die Problematik, die Köln – das kritisieren wir auch – zum Thema „Kommunikation und innere Abläufe“ hat. Die erste Berichterstattung, die Sie in der Anlage dabei haben, hat letztendlich nicht das Bild erzeugt, das wir in der Berichterstattung erwartet haben. Was ist dort im Einzelnen passiert?

Demzufolge haben wir aus dem Bereich „Einsatz“ 32 Nachfragen nach Köln geschickt und aus dem Bereich „Ermittlungen“ 33 Nachfragen, mit dezidierten Nachfragen zur Zuordnung, zu Tatörtlichkeiten, zu Abläufen, zu weiteren Fragen: Wann waren welche Kräfte wo an welchem Ort? Wie waren die Absprachen intern zwischen DGL, der Leitstelle und dem Polizeiführer? Wie hat es sich mit den Wartezeiten verhalten? Wie viele Kräfte sind dann nachgefordert worden zur Vernehmung?

Es hat in der Nacht aber nur eine Verstärkung um zwei Personen gegeben. Es wird von einer Anzahl von 30 bis 50 gesprochen, die dort gewartet haben – und dann nur zwei Vernehmungsbeamte. Wenn man weiß, dass eine Vernehmung mindestens eine halbe Stunde dauert, ist das erheblich zu wenig. Diese entsprechenden Nachfra-

gen wurden dann erneut beantwortet. Sie liegen komplett inhaltlich mit dem Bericht vor, der heute mündlich vorgetragen worden ist.

Das waren nach meinen Notizen die Fragen, die gestellt worden sind.

MDgt Wolfgang Düren (MIK): Herr Abgeordneter Lürbke hatte nachgefragt, ob ich ein persönliches Gespräch mit Herrn Albers geführt habe. Das habe ich nicht. Es hat im Zusammenhang mit der Berichterstattung Köln eine größere Dienstbesprechung gegeben, auf der Herr Albers und seine Direktionsleiter anwesend waren. Die Besprechung wurde vom Staatssekretär geleitet. Da war natürlich auch die Abteilung 4 anwesend.

Darüber hinaus hat es kein persönliches Gespräch zwischen mir und Herrn Albers gegeben. Mein letztes Gespräch mit ihm war, bevor er den Minister aufsuchte, am Freitagnachmittag. Bei der Gelegenheit hat er mir den Ihnen vorliegenden Bericht überreicht, den er als letzte Amtshandlung unterschrieben hatte, der dann in der Folge nach seiner Versetzung in den Ruhestand noch nachbereitet wurde im Zusammenwirken mit der Behörde.

Dieser Arbeitsprozess läuft so ab, dass natürlich aus den Referaten einer Abteilung heraus unmittelbar mit dem Funktionsträger in Köln telefoniert wird. Dahin werden dann die Fragen adressiert. Die Antworten laufen dann dort ein. Das Ganze ist dann in unseren Bericht eingeflossen.

Ich selbst habe natürlich mehrfach mit Herrn Albers telefoniert, zuletzt am Donnerstag. Gegenstand meines Telefonats mit Herrn Albers am Donnerstag war seine Anfrage, wie er sich pressemäßig verhalten solle. Die Journalisten stünden vor dem Präsidium und begehrten Antworten auf den Fragenkatalog der CDU-Fraktion. Da habe ich ihm empfohlen, die Fragen nicht zu beantworten, weil das ja Gegenstand seiner Berichterstattung sei.

Ich habe ihm aber noch einmal dringend angeraten, das Gesprächsergebnis unserer Besprechung am vorigen Nachmittag umzusetzen, nämlich möglichst kurzfristig eine Presseinformation oder Pressekonferenz durchzuführen oder durchführen zu lassen über den aktuellen Stand der Ermittlungen mit entsprechenden Einordnungen der Täter und Störergruppen. – Das war der einzige Inhalt meiner Abstimmung mit Herrn Albers.

Vorsitzender Daniel Sieveke: Das war die erste Runde. Wir kommen zur zweiten Runde.

Kirstin Korte (CDU): Herr Minister, Sie haben uns hier in bewährter rhetorischer Weise das eine oder andere Störfeuer serviert. Mich interessieren hier im Ausschuss nicht die Probleme im Umgang mit nordafrikanischen Staaten. Das gehört hier nicht hin. Wir haben ein anderes Problem, über das wir uns hier unterhalten sollten.

Ich bin von daher dem Vorsitzenden sehr dankbar, dass er eingangs in seinem Statement die Opfer angesprochen hat. Das, Herr Minister, hätte ich von Ihnen er-

wartet, und zwar nicht auf einer operativen Ebene, die Sie vorhin zu Recht von sich gewiesen haben, aber aufgrund Ihrer Zuständigkeit ein Verständnis, eine Entschuldigung für die zahlreichen Opfer.

Das Gleiche hätte ich von der Ministerpräsidentin erwartet, die sonst bei jeder Gelegenheit Betroffenheit zeigt. Aber hier: kein Wort von der Ministerpräsidentin! Das, finde ich, ist ein Schlag ins Gesicht der betroffenen Frauen.

Die bisherige Diskussion hat sich recht technisch dargestellt. Wir haben vieles gehört über Fehler in der Vorgehensweise. Mir persönlich ist es auch noch einmal wichtig, all jenen Polizeibeamten einen Dank auszusprechen, die mit einer solchen Situation in Köln offenbar hoffnungslos überfordert gewesen sind und dort ihren Dienst geleistet haben, so gut es überhaupt nur ging.

Herr Minister, eine Entschuldigung haben Sie bisher, wie gesagt, nicht zum Besten gegeben. Das wäre aus meiner Sicht zwingend notwendig.

Sie haben vorhin in Ihrem Statement auch gesagt: Wir dulden in Nordrhein-Westfalen keine rechtsfreien Räume. – Sie sollten hier nicht immer mit leeren Worthülsen um sich werfen. Die konkrete Frage an Sie lautet daher: Wie wollen Sie das umsetzen? Wie wollen Sie dafür Sorge tragen, dass Frauen sich in unserer Gesellschaft bewegen können, ohne sexuellen Übergriffen ausgesetzt zu sein? Dabei ist es mir völlig schnurzpiepe, ob die Täter deutscher Nationalität oder fremder Nationalität sind. Wir haben hier für die Sicherheit unserer Bürger zu sorgen. Das ist Ihre Aufgabe; daran möchte ich Sie ausdrücklich erinnern.

Gregor Golland (CDU): Herr Jäger, die Vorfälle sind ein Tiefpunkt für Köln, Nordrhein-Westfalen und die Sicherheitspolitik, die Sie hier zu verantworten haben. Das bringt Köln, das bringt Nordrhein-Westfalen, das bringt Deutschland weltweit negativ in die Schlagzeilen, und zwar mit einem ungeahnten Medienecho. Das ist insbesondere das Versagen Ihrer Sicherheitspolitik.

Sie versuchen jetzt schon wieder, in die Offensive zu gehen und von sich abzulenken. Sie wollen alles auf den Kölner Polizeipräsidenten und die Kölner Polizei abschieben – auf den Polizeipräsidenten, den Sie schon über mehrere Skandale hinweg gerettet haben. Sie haben ihm ausdrücklich den Rücken gestärkt. Das ist einer Ihrer ganz großen Parteifreunde, ein ganz hoher Genosse von Ihnen.

Sie haben eben gesagt: Das Bild, das die Polizei abgegeben hat, ist nicht akzeptabel. – Ich sage jetzt mal: Das Bild, das Sie abgeben, ist nicht akzeptabel. Sie wollen sich hier nämlich aus der Verantwortung stehlen und politisch Ihren Kopf retten.

Es fängt damit an, dass wir erst jetzt zur Sitzung einen Bericht ausgeteilt bekommen, der wohl auf dem Bericht des ehemaligen Kölner Polizeipräsidenten Albers basiert. Dieser hat den Bericht 8. Januar 2016 um 9 Uhr abgeschickt. Diesen Bericht hätten auch wir gerne vorher gehabt, um ihn zu analysieren und um uns vorzubereiten. Aber was passiert? – Der Bericht wird in Ihrem Hause bearbeitet. Es wird nichts an die Öffentlichkeit gegeben. Er wird hier ausgeteilt, um dann vorgelesen zu werden, nur damit wir keine Möglichkeit haben, uns entsprechend darauf vorzubereiten. Sie haben gesagt, Sie tun alles aus Respekt vor dem Parlament und Sie werden uns alle

gleichzeitig informieren. Sie haben hier jedoch bewusst verzögert und verschleiert, bis es nicht mehr ging.

Sie haben auch bewusst verzögert und verschleiert, nachdem die WE-Meldung vom Einsatztag schon um 5 Uhr morgens übermittelt worden ist. Sie als verantwortlicher Innenminister hätten dann schon vor die Presse treten können und müssen – und nicht den Kölner Polizeipräsidenten vorschicken – und klarstellen, was dort passiert ist. Sie hätten Ihre Betroffenheit zum Ausdruck bringen können. Sie hätten Ihre Maßnahmen erklären können. Sie hätten insbesondere auch klar benennen können, was für Fehler passiert sind.

Selbst wenn Sie erst Stunden später vollumfänglich informiert waren, haben Sie den Kölner Polizeipräsidenten dann doch gewähren lassen. Sie haben ihn gewähren lassen, als er die Kölner Stadtspitze und die Öffentlichkeit in Deutschland offen – ich spreche inzwischen von „belügen“ – belogen hat, die Unwahrheit gesagt hat und dann nach und nach das verheerende Bild immer offensichtlicher wurde.

Das – abgesehen von den schlimmen Vorfällen, die uns alle sehr betroffen machen – ist der zweite Skandal dieses ganzen Vorkommnisses: dass hier offenbar vertuscht worden ist, dass solche Taten begangen worden sind, und dass man Tätergruppen nicht nennen wollte, weil sie politisch nicht in den Kram passten, weil es nicht opportun war, weil es nicht der Auffassung dieser Landesregierung entspricht.

Ein höherer Polizeibeamter hat es ja ausdrücklich gesagt: Es ist politisch heikel, dies zu benennen. – Das ist der zweite Skandal. Das erschüttert das Vertrauen der Menschen in den Rechtsstaat und insbesondere in die Polizei. Das ist vollkommen unakzeptabel. Sie werden Monate und Jahre brauchen, um dieses Vertrauen wieder aufzubauen.

Jetzt reden Sie davon, Herr Minister, dass es keine Tabus mehr geben darf. Warum gab es die denn vorher? – Angeblich gab es ja keine Anweisung, zu vertuschen. Wie kann es dann sein, dass eben diese Polizeibeamten politisch Angst haben, sich so zu äußern?

Ich bin gespannt, Herr Minister, wie Sie in Zukunft mit solchen Vorfällen umgehen. Daran werden wir Sie jedenfalls messen.

Ich erwarte von Ihnen, dass die Polizeiberichte in Zukunft von Beginn an ehrlich und offen sind – egal ob es deutsche oder ausländische Täter sind und welche Vorkommnisse da eine Rolle spielen.

Hier wurde mehrfach versucht, abzulenken, indem auf die Bundespolizei verwiesen wird. Ich frage Sie: Gab es denn eine formale Anfrage an die Bundespolizei, heute an der Sitzung teilzunehmen? Gab es die? – Beantworten Sie mir diese Frage bitte!

Herr Jäger, Sie haben ja auch die Möglichkeit, gegenüber dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages Stellung zu nehmen, und zwar am Mittwoch. Ich gehe davon aus, Herr Jäger, dass Sie dort persönlich Rede und Antwort stehen. Auch da würde ich von Ihnen gerne wissen: Haben Sie das vor oder schicken Sie einen Ihrer Vertreter?

Die Sicherheitslage in Nordrhein-Westfalen ist ja nicht erst seit Kurzem desolat. Wir haben schon mehrfach darüber gesprochen, dass es sogenannte No-go-Areas gibt, rechtsfreie Räume, in die sich die Polizei kaum noch hineintraut. Sie haben das immer wieder verneint. Ihre Politik ist geprägt von Verschleiern, Vertuschen, Schönreden und Schönfärben. Die Lage am Hauptbahnhof war nicht mehr beherrschbar. Das ist ein Staatsversagen. Das ist faktisch ein rechtsfreier Raum gewesen, ob Sie das abstreiten oder nicht. Das ist das Bild, das sich in der Öffentlichkeit in der Tat leider eingebraut hat.

Wenn Sie jetzt hier in dem Bericht schreiben: „Das Polizeipräsidium Köln hat, nachdem die Dimension des Tatgeschehens durch Strafanzeigen offenkundig wurde, unverzüglich reagiert und zur Aufklärung der Straftaten lageangemessen eine Ermittlungsgruppe eingerichtet und kontinuierlich ausgebaut“, dann ist das ein hilfloser Versuch, das zu verdecken, was passiert ist.

Bis vor Kurzem war die Rede von unter 100 Strafanzeigen, dann ging es über 100, und jetzt sprechen wir schon von über 500. Ich frage mich: Wann ist da eigentlich das Ende der Fahnenstange erreicht? Wann kommen die Fakten auf den Tisch? Wieso dauert es so lange, dass jetzt erst so viele Strafanzeigen bekannt werden? Warum wurden erst jetzt so viele Strafanzeigen aufgegeben? – Offenbar haben viele Leute schon das Vertrauen in den Staat verloren und sagen: Es bringt ja sowieso nichts, eine Anzeige zu schreiben, weil am Ende eh alles eingestellt wird und nicht weiterbearbeitet wird.

Da gibt es übrigens auch einen interessanten Hinweis. Der ehemalige Kölner Polizeipräsident hat im WDR-5-Interview zum Stichwort „Kölner Kuscheljustiz gegenüber Banden“ gesagt: Ich weiß aber, dass innerhalb dieser Tätergruppe – das wissen wir aus Telefonaten – Köln als Pflaster bekannt ist, wo nicht maßlos bestraft wird.

Das bringt mich zur nächsten Frage. Wenn dies schon aus Telefonaten bekannt ist, dann frage ich mich, welche observativen Maßnahmen zur Lageeinschätzung im Vorfeld denn durch die Polizeibehörden des Landes durchgeführt worden sind, insbesondere durch den Verfassungsschutz oder das Landeskriminalamt. Es scheint ja so zu sein, dass alle völlig überrascht waren. Wenn aber schon offenbar Telefonate abgehört werden, in denen den Tätern eine gewisse Straflosigkeit vorausgesagt wird, dann sind das ja zumindest Hinweise darauf, dass man in Köln lange Zeit eher weggeschaut hat, statt hinzusehen.

Dann wurden mehrere Dinge angesprochen, was konkret den Kräfteinsatz angeht. Von Herrn Heinen wurde – wenn ich das eben richtig vernommen habe – nicht erwähnt, dass zwar 143 Beamte in Köln eingesetzt waren, ein Großteil davon aber auf den Brücken, auf den Ringen und in der Altstadt unterwegs war. Auch nach Zuspitzung der Lage sind eben nicht die kompletten Züge angefordert worden, sondern mindestens ein Zug ist weiterhin in der Altstadt verblieben. Um 0:45 Uhr oder 0:50 Uhr, als die ersten Anzeigen dieser sexuellen Übergriffe eintrafen, sind sogar Kräfte wieder zurückgeschickt worden. Es waren also nicht alle Kräfte eingesetzt. Das ist das Eine.

Das Nächste ist: Vorhin wurde über die Belegung der Zellen gesprochen. Das ist ja schön und gut, wenn in den Zellen noch Platz war. Aber offenbar waren die Transportmittel nicht da oder konnten nicht zugeführt werden, sodass Gefangene wieder freigelassen werden mussten und sie sich über die Polizei in einer widerwärtigen Art und Weise lustig gemacht haben, weil sie eben nicht diesen Zellen zugeführt werden konnten.

Dann stellt sich natürlich auch die Frage nach der Kommunikation. War die Leitstelle ausreichend besetzt? War die Leitstelle nicht vielmehr ausgedünnt? Warum liefen die Informationskanäle nicht zusammen?

Warum gibt es im Übrigen kein generelles Sicherheitskonzept für den Kölner Hauptbahnhof? Wird jetzt in Zukunft ein Sicherheitskonzept entwickelt werden? Oder will man sich nur auf Zuständigkeitsfragen berufen, also dass die Bundespolizei und die Landespolizei doch unterschiedliche Zuständigkeitsbereiche haben?

Weitere Fragen: Welche kurz-, mittel- und langfristigen Konsequenzen hat die Silvesternacht für die Sicherheitslage in Nordrhein-Westfalen? Wie wollen Sie, Herr Innenminister, strukturell, personell und politisch darauf reagieren? Sie haben sich ja zunächst tagelang sehr zurückgehalten. Dann sprachen Sie plötzlich auch von konsequenten Abschiebungen, von konsequenten Maßnahmen des Ausländerrechtes. Wird NRW denn nun Abschiebungen abgelehnter bzw. straffälliger Asylbewerber forcieren und durchsetzen? Falls ja: Wie soll das konkret geschehen?

Eine weitere Frage ist noch gar nicht so richtig angesprochen worden. Es gibt Berichte von Polizeibeamten – das war mitunter auch in den Medien zu hören –, dass der Kölner Dom wohl bewusst mit Raketen beschossen worden ist. Das hat angesichts des Jubels der dort Anwesenden schon eine gewisse Symbolik. Ich hätte da einfach die Nachfrage: Ist das so? Welche Erkenntnisse liegen dazu vor?

Herr Minister, die Lage war nicht mehr beherrschbar. Die Lage ist Ihnen entglitten. Sie sind verantwortlich für die innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen. Es gibt jetzt keinen Polizeipräsidenten mehr, auf den Sie das abschieben können. Das Thema geht mit Ihnen nach Hause. Sie haben die Verantwortung. Ich erwarte, dass Sie sich dieser Verantwortung stellen.

Ich erwarte, dass Sie auch weitere Fragen hinsichtlich der WE-Meldung beantworten werden und dass wir auch Berichte der Polizeibeamten vor Ort bekommen. Wir werden uns mit dieser einen Ausschusssitzung sicherlich nicht begnügen können. Das Thema wird uns weiterhin begleiten. Diese Berichte, die jetzt vorliegen, sind mit Sicherheit noch nicht das Ende der Fahnenstange.

Werner Lohn (CDU): Wir haben jetzt fast drei Stunden Sitzung hinter uns. Wir haben eine ganze Menge an detaillierten Fakten gehört. Wir haben am Anfang einen Minister gehört, der heute das „Prinzip Jäger“ formuliert hat. Denn das Erste, was er gesagt hat, war: Die Polizei in Köln hat ein inakzeptables Bild in der Öffentlichkeit und in den Medien abgegeben. – So einen plumpen Versuch, die Verantwortung auf nachgeordnete Bereiche abzuschieben, habe ich selten in einer Ausschusssitzung gehört. Herr Jäger, das ist Ihrem Amt nicht angemessen.

Dann sagen Sie richtigerweise: Wir sind als Staat verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die Menschen sich nicht nur sicher fühlen, sondern auch sicher sein können. – Unsere Ministerpräsidentin sieht das anders. Die hat in einer Pressemitteilung am zweiten Tag nach den Vorfällen von Köln gesagt: Ich fordere den Staat auf, dafür zu sorgen, dass die Menschen sicher sein können.

Ich frage mich: Welches Selbstverständnis hat diese Landesregierung? Die Landesregierung ist der Staat in Nordrhein-Westfalen. Frau Kraft hat keinen Staat aufzufordern – sie hat den Staat zu steuern. Sie sind Mittel der Steuerung. Auch der Polizeipräsident in Köln ist Mittel dieser Steuerung. Auf kompletter Linie von oben bis unten wurde hier versagt – das gilt nicht nur für den Polizeibeamten, der in Köln der Hilflosigkeit ausgesetzt wurde. Der hat das Beste gegeben, was er geben konnte. Er wurde von Ihnen aber in die Lage versetzt, eben mehr oder weniger untätig und wenig erfolgreich sein zu können.

Dann sagen Sie zu der Pressemitteilung, die morgens um 8:57 Uhr oder wann herausgegeben wurde: Das war nicht in Ordnung, und wir haben den PP Köln aufgefordert, das zu korrigieren. – Wann haben Sie den denn aufgefordert und in welcher Form haben Sie ihn aufgefordert, die Pressemitteilung in welche Richtung zu korrigieren?

Dann sagten Sie eben in episch breiter Ausführung: Ich gehe davon aus, dass die Leitstelle in Köln überhaupt keine Kenntnis davon hatte, was sich auf der Domplatte abspielte. – Ich habe in Köln mal Dienst gemacht; ich weiß, wovon ich rede. Da sitzen nicht zwei Leute, sondern 20 oder 30 Leute in so einer Nacht. Ich weiß nicht, in welcher Vorstellungswelt Sie leben. Die Leitstelle in Köln hat in dieser Nacht über 800 Einsätze vergeben. Wenn ich über 800 Einsätze verlege, wovon der Großteil sich im Bereich der Innenstadt oder auf der Domplatte abspielt, wie kann ich dann davon ausgehen, dass die Leitstelle keine Ahnung hatte? Diese Unterstellung gegenüber dem PP Köln ist – auch wenn das PP Köln viele Fehler gemacht hat – mit Sicherheit nicht richtig.

Dann sagen Sie: Wir müssen offen, wahrheitsgemäß und transparent informieren. – Das ist so ziemlich genau das Gegenteil von dem, was wir in jener Nacht und in den Tagen danach erleben durften.

Dann sagen Sie im nächsten Atemzug: Wenn man informiert, dann muss man auch vorsichtig sein, dass man nicht Wasser auf die Mühlen der Rechten kippt. – Ich kann Ihnen sagen: Mit dem Nennen der Wahrheit kann man nicht Wasser auf die Mühlen der Rechten kippen. Unwahrheiten bei der Berichterstattung, Vertuschen, Schönreden und Beschönigungen – das ist Wasser auf die Mühlen der Rechten!

Der Gipfel war der gestrige Abend in Köln. Was meinen Sie denn? Wenn die Polizei und die für die innere Sicherheit zuständige Politik bei uns im Land nicht so lasch aufgetreten wären, dann wären die Vorfälle von Köln am Silvesterabend nicht passiert. Gestern Abend jedoch haben sich Hooligans, Rocker und Türsteher bemüht und berechtigt gefühlt, wehrlose Ausländer – egal, welcher Herkunft – anzugreifen und niederzuknüppeln.

Das ist die Folge Ihrer Politik, die zu lasch ist. Die meinen, sie könnten machen, was sie wollen. Sie haben ein rechtspolitisches Vakuum erzeugt. In dieses Vakuum drängen genau diese rechtsradikalen, gewaltbereiten Kräfte. Da brauchen Sie nicht davon zu reden, dass wir wahrheitsgemäß und transparent informieren müssen. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Durch Ihre Vertuschungs- und Beschönigungspolitik haben genau Sie mächtig Wasser auf die Mühlen der Rechten gegossen. Man muss den Anfängen wehren und hart und konsequent dem Rechtsstaat Geltung verschaffen. Das wäre viel besser gewesen: Nur ist all das mit Minister Jäger anscheinend nicht zu machen.

Das „Prinzip Jäger“ sieht so aus – und das schon über Jahre –: Erst wird eine Erfolgsmeldung rausgehauen. Ich will jetzt die Loveparade nicht überstrapazieren, sondern nur einen Satz dazu sagen. Da waren Sie gerade frisch im Amt. Die erste Meldung von Ihnen war aus dem VIP-Zelt heraus: Eine tolle Veranstaltung, eine tolle Stimmung hier. – Abhaken. Das Thema ist traurig genug. Es ist vorbei. Die Aufarbeitung ist natürlich auch in dem Bereich nur schleppend vorangekommen.

Die zweite von Ihnen herausposaunte Erfolgsmeldung kam nach den HoGeSa-Krawallen, auch am Kölner Hauptbahnhof. Da hat sich der Innenminister Jäger morgens im WDR dazu hinreißen lassen, trotz 49 verletzter Polizisten sinngemäß zu sagen: Das Einsatzkonzept der Polizei ist voll aufgegangen. Ich bin mit dem Einsatzverlauf vollumfänglich zufrieden.

Das war damals ein Schlag ins Gesicht der verletzten Polizisten und vor allen Dingen ein Schlag ins Gesicht der nichtverletzten Polizisten; denn die waren hoffnungslos in der Unterzahl. Da haben 1.300 Polizisten 4.800 Gewalttätern gegenübergestanden. Auch das gehört zum „Prinzip Jäger“.

Jetzt kommt der Polizeipräsident von Köln und sagt am Neujahrsmorgen: Es ist alles friedlich verlaufen; Friede, Freude, Eierkuchen. Wir haben eine schöne Silvesternacht gehabt. – Der Eindruck drängt sich wahrscheinlich allen auf: Diese Pressemitteilung, die da herausgegeben wurde, ist wahrscheinlich abends um 21 Uhr oder um 20 Uhr geschrieben worden. Danach haben der Polizeipräsident und der Minister sich auf eine Silvesterfeier begeben, und man wollte morgens nicht gestört werden. Dann hat man das Ding rausgehauen, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, was in der Nacht wirklich passiert ist. Das kann nicht sein!

Deswegen komme ich zu meiner Ausgangsfrage zurück. Wann haben Sie das Polizeipräsidium Köln aufgefordert, diese Pressemitteilung richtigzustellen, und in welcher Form?

Dann drängen sich ein paar Fragen auf, die die nähere und weitere Zukunft betreffen.

Ich fange mit der weiteren Zukunft an. Ich habe das Gefühl, dass – bei den Einsätzen in Köln wird das ganz deutlich – das System der politischen Führung der NRW-Polizei versagt hat. Das heißt nicht, dass alle Polizeipräsidenten, die politisch eingesetzt sind, schlechte Leistungen bringen oder wenig Sachverstand haben. Aber hier ist es aus meiner Sicht eindeutig so gewesen, dass zu viel politischer Einfluss von der falschen Seite ausgeübt wurde.

Das führt dann dazu, dass in vorauseilendem Gehorsam Tatsachen, die festgestellt werden, nicht gemeldet werden, und dass auf die Personalanforderungen, die erforderlich wären, nicht entsprechend reagiert wird. Das ist eine Frage für die weitere Zukunft. Wir müssen darüber nachdenken, ob für die Führung großer Polizeibehörden nicht ein gewisses Maß an Sachverstand und Professionalität und weniger politische Verbundenheit gegenüber Vorgesetzten gefordert ist.

Zum Abschluss: Die nähere Zukunft ist mehrfach angesprochen worden. Karneval steht vor der Tür. Wir als CDU-Fraktion wollen, dass man in allen Karnevalshochburgen bei uns gut feiern kann, feuchtfröhlich feiern kann und vor allen Dingen sicher feiern kann. Ich habe nicht gehört, wie das mit Rosenmontag in Köln funktionieren soll. Da ist gefordert, von oben klare Ziele vorzugeben. Denn wir können den Rosenmontagszug, um ihn sicher durchführen zu können, nicht nach München verlegen. Von München habe ich ähnliche Vorfälle wie in Nordrhein-Westfalen nicht berichtet bekommen.

Ich kann Ihnen sagen, Herr Jäger: Sie haben viel zu tun. Nutzen Sie Ihre ablaufende Zeit dafür, zumindest die Karnevalstage noch gut zu organisieren. Dann hätten Sie wahrscheinlich am Ende Ihrer Laufbahn noch ein gutes Werk getan.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Das, was wir in den letzten Tagen erleben – auch in unserem persönlichen Umfeld –, ist eine unglaubliche Verunsicherung in weiten Teilen der Bevölkerung. Wir müssen aufpassen, dass aus einer solchen Verunsicherung keine Vertrauenskrise in den Staat und in seine Institutionen insgesamt entsteht. Deswegen haben wir alle eine gemeinsame Verantwortung, das Ganze sauber aufzuarbeiten.

Es ist völlig klar, dass diese Sitzung hier nur der Anfang ist, gerade weil wir den Bericht erst so kurzfristig bekommen haben und alles in Ruhe aufarbeiten müssen. Da werden wir sicher noch weitere Fragen haben.

Aber, Herr Minister, wenn wir das gemeinsame Interesse haben, das Vertrauen in die staatlichen Institutionen wiederherzustellen, dann muss man vom obersten Verantwortlichen der Polizei in Nordrhein-Westfalen bei einer solchen Sitzung nach diesen Ereignissen zunächst mal erwarten können, dass er sich hier ganz klar für seine Mitverantwortung entschuldigt; ich sage ja nicht: für die einzelne operative Verantwortung. Der Vergleich mit Frau Steffens und dem Blinddarm war schief, und der war auch der Ernsthaftigkeit der Angelegenheit hier überhaupt nicht angemessen.

Als oberster Dienstherr haben Sie natürlich eine Mitverantwortung. Es geht hier ja nicht um irgendeinen Regionalbahnhof in Pussemuckel, sondern es geht um eines der größten logistischen Zentren, die wir hier in Nordrhein-Westfalen haben, nämlich den Kölner Hauptbahnhof, und um einen Platz, den viele Leute einfach nutzen müssen, wenn sie von A nach B kommen wollen, auch in der Silvesternacht. Insofern haben Sie natürlich auch für einen solchen Knotenpunkt eine Mitverantwortung und haben sich auch darum zu kümmern, dass hier die entsprechenden Vorbereitungen getroffen sind.

Es ist aber auch nicht das erste Mal. Für die Übergriffe in Burbach können Sie persönlich natürlich nichts. Aber Sie tragen eine Mitverantwortung dafür; denn es hat vorher einen Bericht aus Ihrem Ministerium gegeben, der auf Defizite hingewiesen hat und der ignoriert worden ist.

Wir haben es dann beim Thema „HoGeSa“ erlebt. Ich kann mich genau daran erinnern, wie wir hier im Innenausschuss in der Woche vor den HoGeSa-Krawallen über die Veranstaltung diskutiert haben. Ich habe damals explizit gefragt: Sind Sie für die Veranstaltung, für diese Demonstration am Sonntag – da kommt ja eine ganz krude Mischung zusammen – entsprechend vorbereitet? Da haben Sie dem Kollegen Freier vom Verfassungsschutz das Wort gegeben, und der hat gesagt: Ja, wir sind gut vorbereitet. – Am nächsten Tag – es ist gerade angesprochen worden – haben Sie den Polizeieinsatz gelobt, obwohl um die 50 Polizisten verletzt worden sind.

Sie haben seinerzeit gesagt, das wäre ein neues Phänomen gewesen, das wäre jedem anderen auch so passiert, und da könne man gar nichts machen. Jetzt heißt es wieder: ein neues Phänomen.

Wir haben hier im Innenausschuss im vergangenen Sommer darauf hingewiesen, dass wir eine ganz spezifische Problemgruppe unter den Flüchtlingen haben. Wir haben gesagt: Selbstverständlich – weil wir nicht mit Ressentiments argumentieren – gilt das nicht für alle Nordafrikaner; aber es gibt eine Gruppe von nordafrikanischen Desperados, die im Grunde genommen als Straßenkinder aufgewachsen ist, die sich quer durch Europa bewegt haben und die sich sehr stark auch hier in Nordrhein-Westfalen konzentriert haben. – Wir haben das hier zweimal angesprochen.

Herr Stotko, Sie haben ja eben die schnelle Abschiebung gefordert. Als ich das damals angesprochen habe – die Bemerkung möchte ich mir an der Stelle auch erlauben –, sind uns gleich Ressentiments und Rechtspopulismus unterstellt worden, obwohl wir das hier ganz sachlich vorgetragen haben.

Deswegen auch meine Frage: Was ist denn da eigentlich an Vorbereitung passiert? Hat man denn auch die Communities bei Facebook usw. entsprechend beobachtet? Es gibt ja immer mehr Andeutungen, dass es möglicherweise doch Zusammenrottungen auch über das Netz gegeben hat. Insofern: Wenn es im Sommer die Warnung gab, dass es hier eine Problemgruppe gibt, dann musste man das auch ernst nehmen.

Das ist ja nicht nur von uns vorgetragen worden. Es gab jetzt von „WDR aktuell“ den Hinweis, dass der Polizei in Köln zumindest auch bekannt gewesen ist, dass die Trickdiebe – ob das nun die Antanzmethode ist oder auch andere – zunehmend zusätzliche Sexualstraftaten verübt haben. Das heißt, es ist kein neues Phänomen. Entweder stimmt das, was „WDR aktuell“ berichtet, nicht – was sich im Übrigen auch aus dem Bericht des Polizeipräsidiums Köln ablesen lässt –, oder Ihre Aussagen, die Sie hier eben getätigt haben, stimmen nicht. Das möchte ich gerne aufgeklärt haben.

Ich glaube sehr wohl, dass sich hier ein Trend abgezeichnet hat, den man hätte erkennen können, wenn auch vielleicht nicht in dem Ausmaß. Aber bekannt ist, dass der wichtige Logistikpunkt Kölner Bahnhof und alles Drumherum seit geraumer Zeit

ein zunehmend rechtsfreier oder zumindest teilweise rechtsfreier Raum geworden sind.

Hier ist nicht entsprechend reagiert worden. Sie haben nach HoGeSa Herrn Albers geschützt; Sie haben ihn weiterarbeiten lassen. Insofern tragen Sie selbstverständlich auch ein Stück Mitverantwortung für das, was in der Silvesternacht passiert ist.

Lothar Hegemann (CDU): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst einmal erfreut feststellen, dass wir heute in einer Offenheit über gewisse Dinge diskutieren können, wie dies in dem Ausschuss in den letzten drei Jahren nicht der Fall war. Heute darf auch mal darüber diskutiert werden, dass es ausländische Straftäter waren, ohne dass jemand dazwischenruft: Ich bitte um ein Wortprotokoll! – Da hat sich der Stil geändert.

Es gab ja einige, die diese Probleme rechtzeitig erkannt hatten. Ich erinnere Sie von der SPD daran, wie Sie den Kollegen Golland ausgelacht haben, als er den Begriff des „Antänzers“ hier eingebracht hat. Heute ist das ein gängiger Begriff bei der Polizei. Sie haben das damals belächelt.

(Zuruf)

– Selbstverständlich war das so.

Ich komme gleich noch zu Fragen im Zusammenhang mit der Silvesternacht.

Jetzt werden wieder Forderungen laut: Gesetze knallhart anwenden! – Das sagt die eine Seite. Ich richte das jetzt gar nicht an eine politische Ecke. Die andere Seite sagt: Wir müssen schärfere Gesetze haben! – Dritte wiederum sagen: Wir müssen konsequent abschieben!

Und am Ende passiert nichts. Davon haben doch die Leute die Schnauze voll und sagen: Es wird geredet und geredet und es passiert nichts. – Und dann wundern wir uns, dass irgendwelche Dumpfbacken Zulauf kriegen!

Also, wenn dies jetzt nicht der Wendepunkt ist, dass der Staat handelt! Und der Staat ist auch Hannelore Kraft. Das Einzige, was ich bisher von ihr zur Abschiebung gehört habe, ist, dass vor 6 Uhr nicht abgeschoben werden darf. Ansonsten hat sich die Dame zur Abschiebung noch nicht geäußert. Niemand hier hindert sie, den Rechtsstaat durchzusetzen.

Eine Ihrer Aussagen, Herr Jäger, war: Der Rechtsstaat muss ehrlich sein. – Und was tun Sie? Halten Sie sich an Ihre eigene Aussage? Ich sage mal: Erkenntnisse nicht weiterzugeben, ist auch unrecht. Sie können doch nicht sagen: Die Kölner Polizei hat uns acht Tage hinter die Fichte geführt. – Die Journalisten haben die meisten Tatbestände, die jetzt bekannt sind, Anfang der Woche durch ihre Recherche ermittelt. Das war nicht unbedingt der WDR; der war ja 200 m weit weg. Aber zumindest die schreibende Presse und andere haben uns doch den Erkenntnisstand gebracht, den Sie jetzt hier vortragen.

Und was machen Sie? Sie machen eine Riesen-Pressekonferenz zur Einbruchskriminalität. Das ist zwar ein wichtiges Thema. Sie sind dann auch noch so keck, zu

sagen, Ihre Politik sei erfolgreich, obwohl jeder sehen konnte, dass die Lage eine ganz andere war. Das war jedenfalls Ihre Mitteilung in der letzten Woche, groß aufgehängt zur Einbruchskriminalität.

Also, bis zum 8. Januar 2016 hätten Sie reichlich Möglichkeiten gehabt, das von Herrn Albers Versäumte geradezustellen. Wenn Sie das nicht konnten, dann müssen Sie über sich nachdenken, ob Ihre Informationsstränge richtig waren. Auch für die sind Sie verantwortlich.

Ich frage konkret. Bundesjustizminister Maas hat erklärt, für ihn sei es selbstverständlich, dass dies eine groß angelegte organisierte Aktion gewesen sei. – Wie ist Ihr Erkenntnisstand? Hat Herr Maas recht oder hat er nicht recht?

Sie haben eben vorgetragen, dass im Vorfeld – ich glaube, das Datum 8. Dezember 2015 ist genannt worden – die Kölner Polizei mit dem LZPD darüber verhandelt hat, wie viele Kräfte man denn braucht. Auf jeden Fall ist die Kölner Polizei danach mit weniger nach Hause gegangen, als sie beantragt hat. Das ist wohl auch so richtig. Am Abend waren sie dann zu allen Schandtaten bereit, als das Kind in den Brunnen gefallen war. Aber im Vorfeld haben Sie den Wünschen der Kölner Polizei nicht Rechnung getragen.

Ich möchte weiterhin von Ihnen wissen, Herr Minister: nicht, ob Sie eine Anweisung gegeben haben, dass über ausländische Straftäter nicht berichtet werden darf oder dass die anders behandelt werden, sondern ob Sie Kenntnis darüber haben, dass dies die Praxis ist. Entweder hat der Kölner Polizist recht, oder er hat nicht recht und Sie sagen: Nein, das gibt es in meinem Bundesland Nordrhein-Westfalen nicht; es wird kein ausländischer Straftäter laufen gelassen, weil er Ausländer ist, und er wird behandelt wie alle anderen. Die Aussage erwarte ich von Ihnen – nicht, dass es von Ihnen da oben eine Anweisung gibt; so blöd sind Sie ja auch nicht, dass eine solche Meldung von Ihnen herausgegeben wird.

Der nächste Punkt ist: Die Polizeigewerkschaft hat ausgeführt, die Polizei sei ausrüstungstechnisch nicht in der Lage gewesen, die Situation zu beherrschen. Teilen Sie diese Ansicht der Gewerkschaft? Und wenn ja, welche Mängel sind dies denn?

Letzte Frage – Kollege Golland hat dies ja schon angesprochen –: Gehen Sie denn jetzt nach Berlin? Wenn Sie mit dem Polizeipräsidenten der Bundespolizei keine Probleme haben, dann können Sie ja auch den Kollegen in Berlin Rede und Antwort stehen. Das würde mich schon interessieren. Zu sagen: „Die Bundespolizei muss hier erscheinen, aber ich selbst gehe dort nicht hin“, das wäre ja eine miese Nummer.

Meine Damen und Herren, es ist erstaunlich, wie viele Anzeigen noch im Nachhinein auflaufen. Wir kennen das ganze Ausmaß wahrscheinlich noch nicht. Das ist kein Phänomen der Silvesternacht, sondern ein Phänomen in diesem Staat, dem wir uns stellen und das wir lösen müssen und nicht beschreiben müssen. Systembeschreiber haben wir reichlich. Mit Ekel, Abscheu und Empörung irgendwas zur Kenntnis zu nehmen, reicht nicht. Sie müssen die Umstände ändern.

Hans-Willi Körfges (SPD): Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf das, was ich eigentlich nach der ersten Runde – ich hatte mich da gemeldet – sagen wollte, schon im Vorhinein etwas relativieren. Ich hätte mich nämlich zunächst bedanken wollen für die sachliche und konstruktive Art, in der in der ersten Runde im Detail nachgefragt worden ist. Nach einigen Wortmeldungen in der zweiten Runde glaube ich nicht, dass ich dieses Kompliment aufrechterhalten kann. Ich will versuchen, das an einigen Beispielen etwas deutlicher zu machen, ehe ich mir dann erlaube, auf die eine oder andere Ausführung noch eine Nachfrage zu richten.

Ich empfehle einfach nur denjenigen, die der Regierung, insbesondere der Ministerpräsidentin, bezogen auf ihre Reaktion auf die Ereignisse Vorwürfe gemacht haben, einmal Folgendes zu machen: Auch wenn Sie das üblicherweise nicht tun – gehen Sie einfach mal auf die Homepage der Landes-SPD. Da sind nämlich die Äußerungen der Ministerpräsidentin auf diversen Empfängen wiedergegeben. Die konnte man sich auch im WDR anschauen. Ich glaube, sowohl bezogen auf die Empathie bezüglich der Opfer als auch bezogen auf Konsequenzen lassen die Äußerungen von Hannelore Kraft an der Stelle kaum Raum für Spekulationen und Interpretationen, Frau Kollegin Korte, wie Sie sie eben gemacht haben. Ich könnte Ihnen das vorlesen. Hannelore Kraft hat das öffentlich gemacht, und sie hat es mehrfach gesagt.

Ich glaube, das ist auch richtig so. Denn eines ist ganz klar: Das, was den Opfern dort insbesondere im Bereich der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung widerfahren ist, muss uns empören und muss uns alle fragen lassen: Wie kann man eine Wiederholung vermeiden? Nur stelle ich hier fest – Herr Golland kommt ja gerade von einem Medienauftritt oder noch etwas Wichtigerem zurück –, ...

(Lothar Hegemann [CDU]: Und wo ist der Minister? Lassen Sie doch den Blödsinn!)

Herr Golland hat ja hier eben einige Dinge, die ganz offensichtlich vorgefasste Meinungen waren, geäußert, die allerdings zum Inhalt des Berichtes, den wir gehört haben, in keiner Weise gepasst haben. Ich würde allerdings darum bitten, lieber Kollege Golland, dass Sie sich zumindest an die Gesetze der Logik halten, wenn Sie hier Vorwürfe ausbreiten. Sie haben quasi vom Minister gefordert, dass er vor seiner Kenntnis darüber Stellungnahmen zu Ereignissen am Morgen des Neujahrstages vornimmt, und sich gleichzeitig über die Informationsweitergabe in der Angelegenheit mokiert. Ich denke, ein bisschen Logik muss an der Stelle schon sein, wenn man Vorwürfe unterbreitet.

Ich will eine Reihe von weiteren Nachfragen stellen, die sich spanrenderweise in zwei Punkten mit dem, was Herr Dr. Stamp und andere auch gesagt haben, decken, nämlich zu Hinweisen zu Verabredungen in sozialen Netzwerken. Das hat auch mit der Frage zu tun, wie vorhersehbar das Ganze war. Auch ein meiner Partei angehörender, sehr vernünftiger Bundespolitiker hat eine Vermutung in dieser Richtung angestellt, nach dem Motto: Es ist kaum vorstellbar, dass das spontan stattgefunden hat.

Jetzt will ich noch einmal ganz konkret nachfragen, ob es belastbare Hinweise im Nachhinein dazu gibt, ob man etwas hätte erkennen können. Sie sind der Sache ja

sicherlich nachgegangen. Ich möchte wissen, ob es bezogen auf die organisierte Begehung von Straftaten, insbesondere solche gegen die sexuelle Selbstbestimmung, belastbare Hinweise gegeben hat, oder ob es, wie der Bericht nahelegt, eher dazu gekommen ist, dass man sich, wenn überhaupt, dazu verabredet hat, gemeinsam in einer sehr exzessiven Art und Weise den Silvesterabend zu begehen. Das ist ja eine wichtige Frage bezogen darauf: Wie kann man in Zukunft unter Umständen über die Kenntnisnahme zum Beispiel von Vorgängen in sozialen Medien Dinge besser im Vorhinein abschätzen?

Meine zweite Frage hat ganz unmittelbar mit dem Bericht zu tun; das hat mich auch bei der Kenntnisnahme einigermaßen gewundert. Ich finde es schon ziemlich schwierig, dass am Silvesterabend um 22 Uhr offensichtlich ein Schichtwechsel stattfindet, nach dem Motto: Das machen wir wie immer; die einen hören auf, die anderen fangen an. Da gibt es dann sicherlich einen Übergangszeitraum, klar. Aber da hatte sich die Lage ja bereits entwickelt. Ich glaube, in anderen Polizeibehörden ist es gerade an solchen speziellen Tagen durchaus üblich, dass man Ausnahmen von diesem starren Rhythmus des Schichtwechsels macht und die Übergabe anders erfolgt.

Drittens habe ich mir hier notiert – weil das in den Medien auch zu einer Reihe von Rückfragen geführt hat –, dass in Ihrem Bericht 71 Personen als Störer benannt sind, bei denen man versucht hat, die Identität zu überprüfen. Es konnte ja der Eindruck entstehen, dass das Täter oder Tatverdächtige sind. Ich frage nur noch einmal nach, um das auch für mich und für die Allgemeinheit klarzubekommen: Die 19 Tatverdächtigen, gegen die ermittelt sind, sind doch wohl nicht diejenigen welchen.

Denn wenn ich den Bericht richtig verstanden habe, den ich eben gehört und gelesen habe, gab es zu dem Zeitpunkt, als die Störer festgestellt worden sind – da wird es sich ja wohl um pyrotechnische Dinge und Ähnliches gehandelt haben –, überhaupt keinen Hinweis auf die sexuellen Übergriffe. Das heißt, man kann also nicht sagen: Da habt ihr 71 Leute kontrolliert. Warum habt ihr die nicht, bezogen auf die nachfolgenden sexuellen Übergriffe, sofort dingfest gemacht? – Wenn ich das richtig verstanden habe, war das zu dem Zeitpunkt zumindest bei denjenigen, die vor Ort tätig waren, ja wohl noch nicht bekannt.

Darüber hinaus will ich doch noch einmal die spannende Frage des Verhältnisses zur Bundespolizei aufwerfen. Ich finde es sehr kollegial, wenn das Haus sagt: Wir arbeiten ganz toll mit der Bundespolizei zusammen, und wir wollen uns da nicht in Gegensatz bringen. – Das finde ich eigentlich sehr gut und auch nachvollziehbar. Nur hätte ich natürlich auch zum Vergleich gerne etwas Ähnliches gehabt wie in diesem umfangreichen und an einigen Stellen auch – ich erlaube mir jetzt auch einmal eine Bewertung – recht schonungslosen Bericht des Ministeriums für Inneres und Kommunales. Denn das, was ich aus Kreisen der Bundespolizei weiß, ist das, was ein Beamter als eigenen Bericht offensichtlich abgefasst hat, und was in den Medien aufgetaucht ist. Wenn ich Ihren Bericht richtig verstehe, ist das aber nicht Ihnen oder irgendwem offiziell zugeleitet worden, um das nicht zu autorisieren.

Was ist das denn für ein Zustand, dass da als Erkenntnisse der Bundespolizei in der öffentlichen Diskussion ganz erhebliche und auch sehr schwerwiegende Eindrücke auftauchen, die wir aber hier in keiner Weise hinterfragen können? Ich finde das

schon ziemlich kompliziert und schwierig. Ich will da niemandem etwas. Aber an der Stelle nehmen die Medien – ich denke, auch aus ihrem guten Recht heraus – Bezug auf diesen Bericht, der aber gar nicht Bestandteil irgendeines offiziellen Berichtes ist und der womöglich in überhaupt keinem parlamentarischen Zusammenhang diskutiert wird.

Ich sage dazu nur eine Sache, die mir eben aufgefallen ist: die Diskrepanz bei der Anzahl der Menschen, die sich in dem betreffenden Zeitpunkt in dem betreffenden Raum aufgehalten haben. Der Bericht, der über die Medien veröffentlicht worden ist, geht da von einigen Tausend aus. Ich höre hier, dass es sich um wesentlich weniger Menschen gehandelt hat. Das macht die Sache deswegen nicht einfacher oder unproblematischer. Aber es wäre für uns durchaus interessant, an der Stelle auch einmal über diese Fragen etwas zu erfahren: Wie war die Bundespolizei vorbereitet? Wie ist da mit der Lage umgegangen worden?

Es könnte leicht der Eindruck entstehen, die hatten alles im Griff. Durch Teile des Berichtes, die eben hier ergänzt worden sind, ist offensichtlich geworden, dass es auch da – es ist ja immer die Frage, wem man welche Vorwürfe machen kann – bei der Bundespolizei eine vergleichbare Einschätzung im Vorfeld gegeben hat, obwohl die Erkenntnisquellen ja womöglich sehr unterschiedlich gewesen sind.

Darüber hinaus will ich mir auch erlauben – auch das ist schon zwei, drei Mal angesprochen worden –, auf die Rolle der Stadt einzugehen. Mich hat eines irritiert: die öffentliche Äußerung der Oberbürgermeisterin, die sich sehr stark und intensiv über die Einsatzsituation geäußert hat. Wenn ich sie richtig verstanden habe, war sowohl im Vorfeld als auch am Abend eine Kommunikation in Richtung auf die Stadt immer vorhanden, sodass es keine überraschenden Erkenntnisse waren.

Es gab nach dem, was ich Ihrem Bericht eben entnommen habe, zumindest den gleichen Erkenntnisstand auch seitens der Zuständigen der Stadt Köln. Insoweit erschließt sich mir das nicht so ganz. Ich würde auch gerne da ganz konkret nachfragen; ich weiß ja, dass man am besten diejenigen fragt, die sich geäußert haben. Jedenfalls gibt es eine gewisse Diskrepanz zwischen der Überraschung bezogen auf die Ereignisse, der Kritik an der Polizei und der möglichen eigenen Rolle im Vorfeld. Dazu will ich nur einmal vorsichtig nachfragen.

Dann: Hinweise auf die Herkunft von Störern und Tatverdächtigen. Ich habe, auch wenn es gerade schon zwei, drei Mal problematisiert worden ist, noch ganz bewusst Nachfragen. Ich habe Sie eben so verstanden, dass einer der festgestellten Mängel am Vorgehen der Behörde in Köln war, dass dort ganz offensichtlich nicht Tacheles geredet worden ist und nicht transparent genug darauf hingewiesen worden ist, dass es sich vorwiegend oder ausschließlich um Täter mit Migrationshintergrund gehandelt hat, und dass das seitens des MIK sogar beanstandet worden ist. Insoweit würde dann ja der Vorwurf, der dem Haus unterbreitet worden ist, sehr stark relativiert werden, wenn das dem PP in Köln gegenüber ausdrücklich als Mangel der Kommunikation markiert worden ist.

Darüber hinaus geht es mir auch darum – und auch das deckt sich, wenn man das Parteipolitische einmal weglässt; es ist ja durchaus eine Frage der parlamentari-

schen Rolle –, dass wir alle ja ein hohes Interesse daran haben, dass dieses ... – Man kann sich jetzt darüber streiten, ob es ein neues Phänomen war, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist aber keine Antänzerei, wie wir sie schon hier im Ausschuss diskutiert haben. Das sind nicht die gleichen Täter, so wie ich das eben verstanden habe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man kann sich sicherlich darüber streiten, ob es vorhersehbar war oder nicht. Ich glaube – da bin ich ganz bei dem, was hier verschiedentlich auch gesagt worden ist –, dass diese Form von Kriminalität bei uns nicht vorhersehbar war. – Aber die Frage, die uns doch alle bewegt, ist: Wie kann man es für die Zukunft so sicherstellen, dass Frauen keine Angst haben müssen, an öffentlichen Veranstaltungen teilzunehmen?

Erlauben Sie mir bitte an dieser Stelle auch einen sehr eindeutigen Hinweis: Dann den Opfern und möglichen Opfern Verhaltensregeln auf den Weg zu geben, halte ich nicht für eine präventive Strategie in diesen Fragen, die meine Zustimmung findet. Ich meine, das darf man auch denjenigen, die so etwas äußern, nicht durchgehen lassen. Da werden nämlich Opfer in eine Mitverantwortung gebracht, und das finde ich eigentlich unerträglich. Das kann nicht die Lösung sein, wie wir in Zukunft mit den Dingen umgehen.

An dieser Stelle ist die Frage – darauf ist ja im letzten Teil des Berichts auch kurz eingegangen worden –: Wie gehen wir mit diesem Phänomen in Zukunft um? Eine weitere Frage ist natürlich – und da bin ich ganz nah bei denjenigen, die eben gesagt haben, wir könnten heute in die Diskussion eintreten –: Welche Möglichkeiten haben wir denn bezogen auf die Menschen, die wir als Täter festgestellt haben, auch was die Rückführung in die Herkunftsländer angeht? Wie gehen wir mit diesen Dingen um? Das kann man heute, denke ich, noch nicht abschließend beurteilen.

Eines ist ganz klar: Die Frage, ob es Gesetzesverschärfungen geben muss, ist wohlfeil. Das ist so eine reflexartige Diskussion. Nach jedem Ereignis dieser Art gibt es irgendwen, der laut schreit: Wir wollen Verschärfungen in dem und dem Bereich haben.

(Zuruf von der CDU: Sigmar Gabriel zum Beispiel!)

Die Frage ist, ob man hier nicht bestehende Möglichkeiten besser ausschöpfen kann.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Frau Kampmann will doch das Asylrecht ganz abschaffen!)

Wenn es denn nötig ist, muss man sich auch über Gesetzesänderungen sicherlich unterhalten. Da wäre es mir allerdings rückblickend auch recht gewesen, wenn man die möglichen Verschärfungen im Bereich der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung in der Vergangenheit mitgetragen hätte und nicht aus Gründen, die sicherlich jetzt hier keine Rolle spielen, die aber politisch durchaus nachvollziehbar sind, aus anderen Gründen einfach von der Hand gewiesen hätte.

Und dann noch in Richtung Herrn Lürbke: Ich habe Sie, in Richtung Bodycams, ein ganz spannendes Thema, ...

(Zuruf von Gregor Golland [CDU])

– Wunderbar, Herr Golland wird wach. – Herr Golland, bei den Bodycams haben wir nie über die Möglichkeit diskutiert, damit Beweise für die Strafverfolgung sicherzustellen. Der Hintergrund war etwas ganz anderes. Ich bin gerne dazu bereit, mich solch einer Diskussion auch noch einmal,

(Zurufe von der CDU: Ah!)

bezogen auf Phänomene, wie wir sie jetzt haben, zu stellen, auch unter anderen Aspekten.

Nur, dann muss ich mich, wenn ich FDP bin, entweder für die Forderung des Herrn Lindner – die habe ich frisch im Ohr: „Wir müssen Bodycams einführen!“ – oder aber für die Haltung des Herrn Lürbke entscheiden, der im Februar 2015, wie ich mir hier aufgeschrieben habe, sagte: „Nein, Bodycams wollen wir auf keinen Fall!“ Wir haben gesagt – lieber Herr Golland, auch da bildet Zuhören ungemein –: Wir warten ab, was die Erfahrungsberichte aus anderen Bundesländern bringen.

(Zuruf von der CDU: Wir sind immer die Letzten!)

Aber unter dem Aspekt, unter dem jetzt Bodycams diskutiert werden, ist dieses Mittel noch niemals diskutiert worden. Deshalb kann ich nur sagen: Wer jetzt aus der Hüfte schießt, statt mit einer einheitlichen Strategie zu versuchen, für die Zukunft Dinge zu vermeiden, tut der Sicherheitslage in NRW keinen Gefallen und akzeptiert auch nicht, dass hier mehr gefordert ist als parteipolitisches kleines Karo und politisches Kalkül, womöglich im Zusammenhang mit irgendwelchen Wahlen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Monika Düker (GRÜNE): Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde gerne noch einmal aus der Opferperspektive heraus argumentieren und auch bewerten. Frau Korte hatte das ja auch getan. Ich finde, das kommt ein bisschen zu kurz, und deswegen jetzt noch einmal der Blick aus der Opferperspektive.

Tatsache ist – und da komme ich zu einer anderen Einschätzung als Frau Korte, und Herr Golland hat das ja auch angesprochen –, dass wohl niemand hier leugnet – die Landesregierung nicht, meine Fraktion nicht, und ich habe es auch von den Kollegen von der SPD nicht so verstanden –, dass dieser Vorfall in Köln ein sehr gravierender ist, wenn man sich die Zielgruppe und die Folgen ansieht. Hier konnten Frauen – insbesondere Frauen sind ja die Opfer – sich im öffentlichen Raum vor Übergriffen nicht sicher fühlen. Und was – das ist noch schlimmer – dazukommt: Sie waren schutzlos, als sie um Hilfe gebeten haben. – Ich denke, das ist Fakt. Natürlich ist nachts um 1 Uhr am Kölner Hauptbahnhof ein gewisses Restrisiko vorhanden, aber Übergriffe in dieser Form und in dieser Größenordnung und dann bei Hilfeersuchen schutzlos zu sein, das Gefühl zu haben, ausgeliefert zu sein, hat tatsächlich gravierende Folgen.

Das, was ich aus Gesprächen, auch aus dem persönlichen Umfeld, wahrnehme, bei Menschen, die morgen wieder in Köln über den Hauptbahnhof gehen müssen, ist: Es hat fatale Folgen, was das eigene Verhalten angeht. Natürlich kann es nicht sein, dass aus diesem Angstgefühl heraus, was sich durch die Vorfälle in der Tat entwickelt hat, Verhaltensänderungen erfolgen und Leute zum Beispiel sagen: Nein, durch

den Hauptbahnhof gehe ich nicht mehr, da nehme ich mir lieber ein Taxi und fahre drum herum, damit ich am Breslauer Platz näher am Gleis bin, weil ich da nicht mehr da durchgehen will.

Das sind Folgen für Verhaltensänderungen im öffentlichen Raum, bei denen nicht weggeguckt werden darf und die auch nicht beschönigt werden dürfen. Das tut hier auch niemand. Das ist, denke ich, der Widerspruch zu Ihnen, Herr Golland. Das haben Sie eben hier so gesagt; Sie sind ja gerne dabei mit Unterstellungen. Das hat hier niemand getan. Deswegen habe ich auch noch einmal gemeldet, um ganz klar für meine Fraktion zu sagen, dass das nicht der Fall ist.

Es ist jetzt die Aufgabe nach vorne, ein Sicherheitsgefühl nicht nur auf der subjektiven Ebene, auf der rhetorischen Ebene wieder herzustellen, sondern es muss so sein, dass der Staat – und das ist selbstverständlich die Landesregierung, und das ist auch die Bundesregierung – nicht nur subjektiv mehr Sicherheitsgefühl, sondern auch objektiv mehr Sicherheit herstellen muss. Das muss für diese Zielgruppe auch jeden Tag spürbar sein, sodass sich wieder ein Sicherheitsgefühl einstellt. Es ist schwer, dies wiederherzustellen. Da hat Herr Golland ausnahmsweise recht: Dieses Vertrauen zu verspielen, geht schneller, als es wieder herzustellen. Aber das ist jetzt die Aufgabe.

Dazu aus meiner Sicht zweierlei.

Um das Vertrauen wieder herstellen zu können und Maßnahmen zu treffen, die über Rhetorik und Symbolpolitik hinausgehen, brauchen wir erstens eine ehrliche Analyse, sowohl was die Tätergruppe angeht als auch was das Kriminalitätsphänomen angeht. Da sind wir noch nicht ganz am Ende, haben aber erste Erkenntnisse. Das müssen wir in einem direkten Zusammenhang dann nutzen, um Maßnahmen nach vorne zu entwickeln.

Diesbezüglich bin ich mit Ihnen, Frau Korte, nicht einer Meinung. Ich meine, dass es auch für den Opferschutz ganz wichtig ist – das ist dann nicht schnurzegal –, wie das Kriminalitätsphänomen aussieht und wie die Tätergruppe sich zusammensetzt, weil darauf aufbauend nach vorne Maßnahmen greifen müssen im Sinne des Opferschutzes und im Sinne der Betroffenen, im Sinne der potenziell Gefährdeten, dass sie am Hauptbahnhof oder auf öffentlichen Plätzen wieder sicher sein können.

Wenn ich dazu komme, wo wir bei der Analyse stehen, jetzt schon Maßnahmen nach vorne zu fordern oder durch die Landesregierung angehen zu können, dann muss man zu der Tätergruppe etwas sagen. Ich will jetzt nicht auf die Defizite bei der Kommunikation hinweisen. Das hat der Minister getan und hat, wie ich finde, auch sehr schonungslos darauf hingewiesen, wo da die Defizite waren. Die waren eben auch fatal, weil der Eindruck erweckt wurde: Hier wird nicht offen kommuniziert. – Das möchte ich aber einmal an die Seite stellen und auf das schauen, was wir wissen.

Wir wissen, dass wir Tatverdächtige haben, und zwar 19 Personen – das ist im Bericht dargestellt –, von denen 14 aus Marokko und Algerien kommen, unabhängig davon, was auch immer die an gefälschten Dokumenten dabei hatten. Dann haben wir 71 Identitätsfeststellungen von Störern. Und das ist jetzt meine Bitte an die Lan-

desregierung, die Zusammenhänge einmal darzustellen und zu sagen, wie weit die Erkenntnislage bezüglich der 19 tatverdächtigen Personen und der 71 Identitätsfeststellungen ist.

Zu den 71 wurde ja gesagt, dass darunter eine Vielzahl von Personen mit einer BüMA war. Dazu aber noch einmal: Das sind ja keine BAMF-Dokumente, wie es immer in der Öffentlichkeit dargestellt wird. Eine BüMA ist kein BAMF-Dokument. Eine BüMA ist eine Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender. Das ist ein DIN-A4-Papier, was man natürlich auch kopieren kann und was nur heißt, dass ich gemeldet bin, aber noch lange nicht, dass ich einen Asylantrag gestellt habe. Es war ja wohl das Ergebnis der Analyse dieser Störergruppe, dass dort diese Papiere gefunden wurden.

Das heißt, wenn wir ehrlich analysieren und entsprechend den Fakten an die Sache herangehen, dann wissen wir bei diesen 71 Personen gar nicht, ob die BüMAs echt sind, ob die Herkunft richtig ist; denn, wie gesagt, eine Fälschung dieser Dokumente ist sehr leicht herzustellen. Aber klar ist auch hier: Täter mit Migrationshintergrund, unter Umständen eben BüMA-Fälle, vielleicht aber auch andere, Illegale, wie auch immer.

Darüber hinaus haben wir die Tatverdächtigen. Und dazu möchte ich wissen, weil das auch für die Maßnahmen nach vorne relevant ist: Inwieweit existieren zwischen diesen beiden Gruppen, die wir kennen, Zusammenhänge? Gibt es darüber schon Erkenntnisse?

Jetzt noch einmal zu der Tätergruppe und dem Kriminalitätsphänomen. Herr Golland, diese Fakten müssen Sie doch auch einmal sehen. – Herr Golland ist gar nicht mehr da; wahrscheinlich macht er draußen seine Pressearbeit. – Aber es ist von Ihnen auch deutlich der Vorwurf in den Raum gestellt worden: Das hätte man ja alles vorher wissen können. – Genauso war auch mein erster Reflex: Na ja, Antänzer, das kennen wir doch; das hatten wir doch schon im Innenausschuss; da weiß man doch etwas.

Aber wenn Sie sich jetzt die Analyse, die wir heute gehört haben, ansehen, dann ist es doch so: Bei den Antänzern geht es ja vor allen Dingen um den Raub. Die körperliche Kontaktaufnahme bis hin zu sexuellen Übergriffen ist Mittel zum Zweck, um am Ende ein Raubdelikt zu begehen. Hier haben wir es aber mit massiver, rein sexueller Übergriffigkeit bis hin zu Vergewaltigungen zu tun. Diese gehen über das, was wir bislang über das Antänzerphänomen wissen, weit hinaus. Wir sind es auch den Opfern schuldig, das festzustellen.

Sie können nicht nur, weil Sie jetzt der Landesregierung einen Vorwurf machen wollen, sagen – da werde ich auch echt zornig –: Das hättet ihr doch alles schon wissen müssen! Wir sind es doch den Opfern schuldig, bei diesem Kriminalitätsphänomen – unabhängig davon, ob man daraus der Landesregierung einen Strick drehen kann oder nicht – wirklich objektiv zu sehen, dass es sich hier um ein neues Phänomen handelt.

Mein Anliegen ist auch im Sinne des Opferschutzes, aber nicht: Können wir den Minister – er hat ja jetzt ein paar Kratzer mehr – irgendwie angehen? Vielmehr ist im

Sinne des Opferschutzes die Frage: Inwieweit ist dieses neue Kriminalitätsphänomen flächendeckend bekannt? Es geht darum, eine gute Analyse zu machen und dann nach vorne hin Maßnahmen zu entwickeln.

Ich komme zu den Maßnahmen, die aufgrund der Erkenntnislage und der Analyse von Tätergruppe und Phänomen jetzt tatsächlich schon nach vorne entwickelt werden können. Herr Hegemann, Sie sagen ja immer: Hier darf man ja nicht sagen, dass Ausländer böse sind. – Das ist natürlich völliger Quatsch.

(Lothar Hegemann [CDU]: Das haben wir doch auch gar nicht gesagt!)

– Ja, ja, Sie unterstellen das immer Rot-Grün. – Es geht hier nicht darum, wegen politischer Correctness bestimmte Dinge nicht zu sagen, sondern es geht darum, einen ehrlichen Faktencheck zu machen.

(Lothar Hegemann [CDU]: Ja!)

Darum geht es, und nicht darum, hier irgendwelche Tabus aufzuhängen. Und wenn wir einen ehrlichen Faktencheck machen aufgrund der Analysen, die wir haben – Stichworte: Tätergruppe, Marokko, Algerien, Störer; das, was wir wissen, wer da in Köln unterwegs ist und kriminell geworden ist –, dann finde ich, und das sage ich ganz bewusst, ohne dass ich das schönreden will: Hier den Eindruck zu erwecken, dass man mit ein paar Ausländerrechtsverschärfungen dieses Problem löst, ist fatal. Hier jetzt mit Symbolpolitik zu arbeiten, ist etwas, was den Opfern, die einen Anspruch darauf haben, dass wir Maßnahmen entwickeln und Lösungen vorlegen, die auch greifen, nicht hilft. Ich finde, es ist ein Schlag ins Gesicht der Opfer, hier politische Süppchen zu kochen und Symbolpolitik zu machen.

(Lothar Hegemann [CDU]: Wer tut das denn hier?)

– Moment! – Das ist der gesamte Bereich der Ausländerrechtsverschärfungen, der gerade diskutiert wird. Das ist ja hier gerade wieder gefordert worden.

(Widerspruch von Lothar Hegemann [CDU])

Das haben Sie doch gerade gemacht: Wir brauchen Ausländerrechtsverschärfungen, pauschal, allgemein, und dann müssen wir mal wieder ordentlich abschieben.

(Zuruf von Kirstin Korte [CDU])

– Nein, das ist symbolisches, rhetorisches Gelaber, sage ich jetzt mal – nicht, weil ich hier politisch korrekt werden will, sondern weil wir ehrlich mit den Opfern umgehen müssen.

Wir haben eine Zielgruppe, die hochproblematisch ist. Das hat der Minister hier offen dargestellt, und das ist klar. Das ist die Zielgruppe Nordafrika: Marokko, Algerien. Schauen Sie sich einmal die Zahlen an. Wenn ich mir die letzte Statistik vom Bundesamt ansehe, rückt Marokko inzwischen bei den Herkunftsländern im Dezember 2015 auf den fünften Platz vor. Wenn man sich das gesamte Jahr ansieht, ist Marokko noch weit hinten verzeichnet. Das heißt, wir haben hier – und das muss man ehrlich aussprechen – unter Umständen einen Pull-Effekt aus dem nordafrikanischen Raum, den wir uns näher ansehen müssen.

Jetzt sage ich Ihnen auch, warum das so ist: weil nämlich beim BAMF so viele Anträge liegen geblieben sind. Wir hatten Anfang letzten Jahres noch 169.000 liegen gebliebene Anträge; jetzt sind es 364.000 liegen gebliebene Anträge, also doppelt so viel. Bei diesen anhängigen Verfahren kommen die Syrer nach oben, der Balkan kommt nach oben, und es kommen andere Herkunftsländer ganz nach unten, und das sind auch diese nordafrikanischen Länder. Das heißt, diese jungen Männer sind hier zum Teil zwei Jahre im Verfahren; der Minister hat es dargestellt. Selbstverständlich sind das Pull-Effekte, die abgestellt werden müssen – aber doch nicht mit einer Verschärfung des Ausländerrechts; denn die Anerkennungsquote – auch das sollten Sie sich einmal angucken – liegt bei diesen Herkunftsländern bei unter 2 %. Das heißt, wenn das BAMF diese Anträge in einem absehbaren Zeitraum entscheiden hätte, dann hätte dies selbstverständlich eine Ausweisung zur Folge.

Und jetzt kommt der zweite Problempunkt, weshalb das nicht passiert: nicht, weil die Landesregierung auf diesem Auge so blind wäre, sondern weil diese Menschen eben keine Passersatzpapiere aus ihren Herkunftsländern bekommen. Solange wie ich Flüchtlingspolitik mache, ist das aus Algerien bekannt, und das sind schon ein paar Jahre.

(Zurufe)

Wir brauchen jedenfalls diese Analyse, um ehrliche Antworten zu geben. Die ehrliche Antwort, was diese Zielgruppe angeht, ist: Beschleunigung der Asylverfahren. Wir haben das bei den Balkanstaaten genauso erlebt. Durch die Beschleunigung der Asylverfahren hat sich das von einem 40%igen Anteil an den Asylanträgen zum Jahresende auf einen einstelligen Bereich herunterbewegt; er liegt noch bei 3 % oder 4 %. Denn das ist natürlich eine klare Botschaft an diese Menschen, dass sie hier keine Chance auf Anerkennung haben.

Das Zweite ist das, was auch bei den Balkanländern passiert ist: Beim Kosovo haben wir jetzt die Laissez-Passer-Papiere.

(Minister Ralf Jäger: Beim Gesamtbalkan!)

– Ja, Gesamtbalkan, nicht nur Kosovo. Das heißt, wir haben eine Übereinkunft mit der Bundesregierung – das kann nun einmal ein Land nicht machen –, dass eben anstatt der Passersatzpapiere ...

(Zuruf von Lothar Hegemann [CDU])

– Herr Hegemann, das müssen Sie sich anhören. Wir müssen hier ehrliche Lösungen anbieten und keine Symbole. Wir brauchen eine Übereinkunft mit diesen Herkunftsländern, dass diese Papiere ausgestellt werden. Das sind die sogenannten Laissez-Passer-Papiere.

Wenn Sie eine ehrliche Analyse machen und sagen: „Wir haben aus Nordafrika einen Pull-Effekt, und wir haben hier Probleme“, dann sind das die beiden Punkte aus meiner Sicht. Das heißt: beschleunigte Verfahren im Bereich Asyl. Es hilft übrigens auch denen, die bleiben können, nichts, wenn sie zwei Jahre in einer Asylunterkunft sitzen. Sie sind dann für kriminelle Organisationen in Deutschland natürlich eine inte-

ressante Zielgruppe. Sie sind frustriert, müssen Geld nach Hause schicken, und selbstverständlich sind sie gefährdet, in kriminelle Milieus abzurutschen.

Das ist aus meiner Sicht also im Bereich Ausländerrecht/Flüchtlinge der wichtige Schritt nach vorne – natürlich neben der Einsatzoptimierung; es ist bereits dargestellt worden, dass in Zukunft solche Einsätze anders geplant werden müssen. Das ist für mich die Antwort auf die Frage: Wie gehen wir mit dieser Zielgruppe, die wir schon kennen – aber Vorsicht, wir kennen da noch nicht alles! –, in Zukunft um?

Da ich genau weiß, dass diese Dinge sehr lange dauern, meine ich, dass wir auf Landesebene – letzte Anmerkung – für diese Zielgruppe natürlich auch ein repressives Konzept für den Umgang mit diesen Tätern brauchen. Da bringe ich – das ist heute noch nicht angesprochen worden – bewusst auch die Justiz in die Debatte ein. Selbstverständlich brauchen wir dann auch bei der Strafverfolgung eine Beschleunigung. Polizisten berichten ja auch immer wieder, dass die Strafe schnell auf dem Fuß folgen muss.

(Zuruf von der CDU: Insbesondere Köln!)

Es gibt sehr gute Beispiele. Ich kenne das aus meiner Heimatstadt Düsseldorf. Dort haben wir ein gut abgestimmtes Konzept zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft, Kommune und Gericht, dass hier schnelle Verfahren stattfinden, damit hier auch ein Abschreckungseffekt erfolgt, weil die Strafe auf dem Fuß folgt.

Das ist das, was wir nach meiner Meinung nach vorne hier sagen können. Ich warne davor, aus politischem Kalkül hier irgendwelche Symbolgeschichten in die Welt zu setzen, die den Opfern am Ende nicht gerecht werden und die Probleme nicht lösen.

Frank Herrmann (PIRATEN): Ich habe zu Anfang die Frage, ob der Bericht, so wie er uns vorliegt, auch zur Veröffentlichung vorgesehen ist.

(Zuruf: Ist schon geschehen!)

Wenn ja, würde ich doch dringend bitten, die IMEI-Nummern zu löschen oder das zurückzurufen. Die IMEI-Nummern sind weltweit einmalige Daten, mit denen man ein Handy eindeutig identifizieren kann. Ich finde es äußerst fahrlässig, dass solche Daten hier in einem Bericht, der veröffentlicht werden soll oder veröffentlicht wurde, abgedruckt sind. Da bin ich, ehrlich gesagt, sprachlos.

(Zurufe)

Punkt 2: Faktencheck. Frau Düker, Sie haben mich gerade ein bisschen erschreckt. Ein Faktencheck ist natürlich wichtig. Strafen da, wo Täter sind, und die Täter müssen erst einmal festgestellt werden. Kollege Stamp hat Totalüberwachung gefordert: Wer hat sich über Facebook wie verabredet?

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Was?)

Kollege Hegemann ist klar für Abschiebung, lieber jetzt als irgendwann, egal ob die Täter schon ermittelt wurden oder nicht. – Das sind ja Dinge, die wir hier gewohnt sind und auch nicht anders erwarten.

Aber, Kollegin Düker, was das Thema „Stigmatisierung“ angeht – das hatte ich mir eigentlich für Herrn Jäger aufgehoben –, haben Sie ihn gerade fast rechts überholt. Zum Thema „Nordafrikaner“ hat Herr Jäger eben erwähnt, dass er keine Stigmatisierung haben wolle, aber im nächsten Satz gesagt, dass es halt Familien gibt, die ihren stärksten oder jüngsten Sohn zum Geldverdienen nach Europa schicken. Wenn das keine Stigmatisierung ist!

Ich möchte daran erinnern, dass wir vor einem guten Jahr Flüchtlinge hier in den Landtag eingeladen hatten. Darunter waren auch zwei Marokkaner; die seinerzeit 20 und 23 Jahre alt waren. Sie sind im Alter von sechs bzw. neun Jahren aus Marokko losgezogen, weil die Familie sie nicht mehr ernähren konnte. In einem Fall war der Vater gestorben. Sie sind also aus Not weggegangen und haben sich durchgeschlagen in Europa. Sie werden mit Sicherheit auch diverse Diebstahlsmethoden gelernt haben, um halt zu überleben. Ich habe bis heute nicht verstanden, wie sich ein Kind mit sechs Jahren alleine durchschlagen konnte und hier 20 Jahre alt werden kann.

Die beiden haben hier in Deutschland Asyl beantragt. Einer hatte unter der Hand eine Ausbildung in Frankreich genossen. Es gab dort keine offiziellen Möglichkeiten, und deswegen sind sie letztlich hier gelandet. Wir haben sie leider im Moment aus den Augen verloren und wissen nicht genau, wie ihre Situation im Moment ist. Aber der Eindruck war ganz klar, dass sie den Weg in eine Gesellschaft suchen. Sie suchten ein Leben, sie suchten eine Zukunft für sich. Insofern ist es, glaube ich, ganz wichtig, den Einzelfall wieder in den Vordergrund zu rücken und an die Integration zu denken. Sicherlich hat auch eine Menge der Menschen, die in Köln auf dem Bahnhofsvorplatz waren, gewisse Dinge seitens der Gesellschaft nicht so mitbekommen, wie es sein sollte.

Was die Zusammenfassung dieses Berichts und der Diskussion angeht: Wir haben schon mehrfach gehört, dass die Inhalte, die wiedergegeben worden sind, allen nicht neu sind, dass sie im Bericht der Bundespolizei weitestgehend drinstanden. Das heißt, man weiß nichts, man sagt nichts, schuld waren die anderen.

In diesem Zusammenhang ist es auch bemerkenswert: In der Vorbereitung des Einsatzes wurde gesagt, dass die Kommunikation zwischen Bundespolizei, Landespolizei und der Kölner Polizei hervorragend war; man hat sich abgestimmt, war eingespielt usw. Aber sobald es Probleme gibt, schiebt man es ab. Herr Körfges und Herr Stotko, ich habe noch nie erlebt, dass Sie so wie hier auf die Bundespolizei eingedroschen haben. Das hatten wir noch nie; das ist unglaublich. Und auch auf die Bürgermeisterin! Ich weiß nicht, ob das mit Herrn Ott genauso gewesen wäre, wenn Herr Ott Bürgermeister geworden wäre, ob Sie dann auch so auf ihn eingedroschen hätten, wie Sie es gerade bei Frau Reker gemacht haben. – Ich will nicht alles gutheißen, was sie hat verlauten lassen; aber das ist eine andere Diskussion.

Insofern ist das also ein bemerkenswerter Zustand. Ich bin gespannt, wie sich die Bundespolizei verhält. Ich hoffe nicht, dass sie das gleiche Spiel spielt und nur die Landespolizei an den Pranger stellt.

Ich habe noch zwei konkrete Fragen. Frau Düker hatte schon das Thema „BüMA“ erwähnt, dass man diese Meldungen kopieren kann und fraglich ist, ob sie echt wa-

ren. Mich interessiert besonders: Es sind ja neun Personen ohne Aufenthaltsgenehmigung ermittelt worden. Haben diese eine BüMA oder eventuell eine falsche BüMA gehabt? Gab es eine BüMA, die sich als falsch herausgestellt hat? Das ist hier noch nicht deutlich geworden.

Ein Weiteres: Hier ging es gerade um 71 Personenidentitätsfeststellungen. Die Bundespolizei hat in der Silvesternacht, so sagt sie, 32 Tatverdächtige identifiziert, die auch Körperverletzungen und Diebstähle begangen haben sollen. Diese Tatverdächtigen sind namentlich bekannt. Das ist in der Silvesternacht gewesen. Insofern gehe ich davon aus, dass diese Daten über die Staatsanwaltschaft schon an die Kölner Polizei übergeben worden sind. Ich frage mich, wo diese sind. Es sind 32 namentlich bekannte Personen. Wo tauchen die auf? Gibt es da Überschneidungen mit den genannten 19 Personen? Es waren halt nicht nur Störer, sondern sie sind ausgewiesen als Menschen, die Körperverletzungen und Diebstähle begangen haben. – So weit meine Fragen.

Dirk Schatz (PIRATEN): Ich denke, es dürfte nicht überraschen, dass ich ebenfalls der Auffassung bin, dass der Minister es sich hier ein bisschen zu leicht machte. Ich fasse es einmal kurz zusammen. Er sagte: Die Kölner Polizei ist schuld. Sie hat zu wenige Kräfte angefordert. Wenn sie gewollt hätte, hätten wir noch Kräfte zur Verfügung gehabt, die wir zur Verstärkung hätten schicken können.

Die Frage, die sich mir aber stellt, ist: Ist das wirklich so einfach? Sie sprechen in dem Bericht von 142 Polizeibeamten, die durch das PP Köln eingesetzt wurden. Jetzt sind die aber nicht alle vor Ort, nicht alle direkt am Bahnhof gewesen. Man hat zum Beispiel Führungspersonal, das nicht am Einsatzgeschehen beteiligt ist. Dann sind vielleicht noch Beamte woanders, in der Altstadt etc., eingesetzt gewesen. Deswegen würde mich interessieren: Wie viele Beamte waren denn tatsächlich am Einsatzgeschehen vor Ort beteiligt?

Wenn ich dann eine Seite weiter lese, dass Sie als Ministerium für Inneres und Kommunales vor dem Hintergrund der aktuellen Sicherheitslage – in Klammern: Terror – so großzügig waren, weitere – dies habe ich kurz zusammengerechnet – 123 Leute bereitzustellen, dann frage ich mich: Bei 1.000 bis 1.500 Leuten in einer Menschenmenge, aus der heraus bekanntlich eine große Zahl von Straftaten begangen wurden, hätten doch diese 123, selbst wenn sie zusätzlich angefordert worden wären, im Leben nicht ausgereicht.

Wir müssen uns einmal vorstellen, dass das eine angemeldete Demo gewesen wäre. Wenn Sie dann im Vorfeld Kenntnisse darüber gehabt hätten, dass eventuell irgendetwas in diesem Umfang passieren könnte – eine Menschenmenge von 1.000 bis 1.500 Personen –, dann hätten Sie doch niemals im Leben mit 200 Leuten geplant. Im Leben nicht!

Und Sie wollen uns erzählen, dass es ausgereicht hätte? Das hätte es nicht. Es standen überhaupt nicht genügend Polizisten zur Verfügung. Sie hätten überhaupt keine Kräfte gehabt, um wirklich den ganzen Abend, die ganze Nacht, für die ganze Silvesternacht für ganz Nordrhein-Westfalen, wenn irgendwo etwas passiert wäre,

ausreichend Schutz bieten zu können. Und das vor dem Hintergrund „Terror“! Ich glaube, das ist ein Witz. Das hätte doch überhaupt nicht ausgereicht. Und warum nicht? – Das ist das Ergebnis Ihrer Politik.

Vorsitzender Daniel Sieveke: Mir liegt im Moment noch eine Wortmeldung vor, und zwar vom Abgeordneten Lürbke. Ich würde ihn deshalb jetzt dazunehmen; sonst hätte ich eine dritte Runde aufgemacht. – Herr Lürbke, Sie haben das Wort.

Marc Lürbke (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Herr Körfges, zwei Sätze zu den Bodycams. Sie haben gesagt, Sie haben das in der Pressemitteilung meines Fraktionsvorsitzenden gelesen. Dann haben Sie es sicher auch ganz gelesen – Sie haben es ja gerade verkürzt dargestellt –, dass es nämlich nur um einzelne Beamte für Beweissicherungskräfte geht, aber nicht um eine generelle Einführung von Bodycams bei jedem Beamten. Das stand auch so darin, und dann sollte man das auch nicht verkürzt darstellen.

(Zurufe)

Ich will auf die Soko „Casablanca“ zu sprechen kommen, auf die unfassbare Zahl von 4.000 Tatverdächtigen in Düsseldorf und Köln, die wir hier erfahren. Ich will in Erinnerung rufen, dass noch am 18. November letzten Jahres im Rechtsausschuss Justizminister Kutschatj gesagt hat, dass keine Notwendigkeit zur Stärkung der Justiz bestünde, weil es keine Anzeichen für weiter zunehmende Kriminalität bei Asylbewerbern und Flüchtlinge gebe.

Und jetzt erfahren wir: 4.000 Tatverdächtige. Herr Innenminister Jäger, offenbar haben Sie das nicht nur uns verschwiegen – dem Innenausschuss und dem Parlament –, sondern auch dem Justizminister. Das ist schon ein starkes Stück. Ich finde, es spricht auch Bände, dass so etwas verheimlicht wird. Wir haben hier im Parlament mehrfach über das Thema gesprochen, und da ist es nicht angesprochen worden. Sie können ja gleich darauf reagieren.

Aber etwas anderes spricht auch Bände. Ich schaue nach vorne und sehe den Abteilungsleiter Polizei Herrn Düren. Sie sind heute so schweigsam. Das wundert mich. Da muss ich Ihnen doch gleich noch einmal das Wort geben

(Heiterkeit)

und nachfragen, wie es denn jetzt genau war, nämlich Ihre Telefongespräche mit Herrn Albers. Sie haben eben gesagt, was Sie im letzten Telefonat mit ihm besprochen haben und wann Sie dieses letzte Telefonat geführt haben. Aber, ich glaube, uns alle würde besonders interessieren, wann Sie das erste Telefonat mit ihm geführt haben und was Gegenstand dieses ersten Telefonates war, und auch, wann diese Konferenz mit den Direktionsleitern und dem Staatssekretär stattgefunden hat und was dort Thema war.

Nächster Punkt – das hat Herr Kollege Schatz gerade schon angesprochen –: Bitte konkretisieren Sie uns doch einmal die tatsächliche Anzahl der Streifenbeamten, der Stärken am Bahnhof, insbesondere nach der Räumung des Platzes. Kollege Stotko

hat mich eben dafür kritisiert, dass ich von einer „Handvoll“ Beamten gesprochen habe. Es ist ja nicht so, als hätten die 343 Beamten dort von morgens bis abends am Bahnhof gestanden. Wir werden ja gleich hören, wie viele Beamte tatsächlich in welcher Stärke dort vorhanden waren.

Wenn ich es einmal durchrechne: 142 minus 88 Beamte der Bereitschaftspolizei macht 54 Streifenbeamte. Bitte korrigieren Sie mich gleich, wenn diese Rechnung nicht stimmt. 54 Streifenbeamte sind etwa 27 Einsatzmittel in dieser Silvesternacht. 27 Einsatzmittel! In der „Vision 2010“ von PP Steffenhagen ist öffentlich zu lesen, dass Köln in der Spitze maximal 58 Einsatzmittel zur Verfügung hat. Jetzt waren in dieser Silvesternacht weniger als die Hälfte vonseiten der Landespolizei im Einsatz. Da würde mich schon interessieren: Ist denn so eine Silvesternacht nicht eigentlich ein Spitzendienst, wo man tatsächlich auf so etwas zurückgreifen muss, vor allem, wenn wir auch noch die besonderen Vorzeichen mit der Terrorwarnung hatten?

Dann haben wir gerade gehört – das finde ich auch schon bezeichnend –, dass nicht nur das PP Köln, sondern auch noch die Bundespolizei schuld ist. Herr Heinen, Sie haben eben den denkwürdigen Satz gesagt: „Da hat die Bundespolizei ein eigenes Problem gehabt.“ Jetzt kann man trefflich streiten über die Aufgabentrennung zwischen Landespolizei und Bundespolizei; das kann man auch einmal überdenken, aber das gehört jetzt nicht unbedingt hierhin.

Aber ich finde das schon bemerkenswert: Da wird – Sie haben das eben an den Karten gezeigt – der Bahnhofsvorplatz geräumt, und natürlich müssen die Menschen irgendwohin. Ich frage Sie jetzt noch einmal ganz konkret. Sie haben gesagt, der Eingang A im Bahnhof sei geschlossen worden. Aber der Bahnhof hat natürlich einen weiteren Eingang, den Eingang B von der anderen Seite. Können Sie wirklich ausschließen, dass diese Menschen sich nicht über die andere Seite wieder im Bahnhofraum versammelt haben?

Meiner Meinung nach ist das an der Stelle passiert. Da kann ich doch jetzt nicht mit dem Finger auf die Bundespolizei zeigen und sagen: Die hatten da ein eigenes Problem; da hatten die zu wenig Beamte im Einsatz. – Die hatten 70 Beamte im Einsatz. Das war nur für den Bahnhof die Hälfte der Anzahl der Beamten, die für die gesamte Kölner Innenstadt zuständig waren. Also, ich glaube, an der Stelle machen Sie es sich ein Stück weit zu einfach.

Es bleibt auch dabei: Sie hatten keinen Überblick über das, was in den Menschenmassen tatsächlich geschehen ist. Auch deswegen, vor dem Hintergrund kann ich nicht sagen, dass die Bundespolizei ein eigenes Problem hatte.

Ich will einen anderen Punkt ansprechen: die Zivilpolizistin, die offensichtlich auch Opfer wurde – so war es ja in den Medien zu lesen – und von ihren Kollegen nicht geschützt werden konnte. Können Sie dazu vielleicht noch einmal Details nennen? Wo war das? Wie waren die Umstände? Warum ist es den Kollegen dort nicht gelungen, sie zu schützen?

Herr Herrmann hat eben – das ist die nächste Frage – den Funkverkehr angesprochen. Sie hatten gefragt, ob es Aufzeichnungen gibt. Aber so eine Silvesternacht stellt ja auch erhebliche Anforderungen an den Funkverkehr, auch an die Kapazitätä-

ten und durchaus auch an den Digitalfunk. Ist Ihnen bekannt, dass es dort an irgendeiner Stelle zu Schwierigkeiten kam oder gar zu Ausfällen im Digitalfunk, die dazu geführt haben, dass es eine mangelnde Kommunikation untereinander, eventuell sogar auch mit der Bundespolizei, gegeben hat?

Der letzte Punkt: Herr Heinen, ich hatte eben nach den Gründen gefragt, warum der Dienstgruppenleiter die Kräfte verweigert hat. Sie haben selbst gesagt, dass das die entscheidende Frage sei. Es ist auch eine entscheidende Frage für mich. Zu Ihrer Darstellung möchte ich nur noch einmal konkret nachfragen: Was ist Ihre Version? Hat jemand mit dem Dienstgruppenleiter gesprochen? Und was ist die Version des Dienstgruppenleiters? Was hat der genau gesagt? Warum hat er keine Kräfte angefordert?

Vorsitzender Daniel Sieveke: Das waren jetzt die Fragen von mehreren Abgeordneten. – Fangen Sie an, Herr Minister? – Bitte schön, Sie haben das Wort.

Minister Ralf Jäger (MIK): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. – Herr Dr. Stamp, ich bin Ihnen dankbar für den Hinweis, dass meine Persiflage mit dem Bild der Gesundheitsministerin und der Blinddarmoperation vielleicht nicht ganz präzise war. Mir ging es darum, deutlich zu machen – das will ich an dieser Stelle noch einmal tun –, dass wir in allen Bundesländern, in allen Flächenländern, immer ein Steuerungsmodell bei der Polizei haben, das vorsieht – egal, wie viele Landesoberbehörden man hat, wie viele Kreispolizeibehörden man hat –, dass das Ministerium nicht in die operative Abarbeitung eines Einsatzes eingreift.

Operative Geschäfte sind nicht Aufgabe eines Ministeriums. Oder, um ein anderes Bild zu benutzen, Herr Dr. Stamp: Man sollte es immer die machen lassen, die es können. Ich glaube, sowohl Sie und Herr Lürbke und auch ich könnten eventuell überfordert sein in einer schwierigen Lage, wenn wir drei eine Einsatzhundertschaft hätten und eine solche Lage bewältigen müssten. Das sollen immer die Fachleute vor Ort tun, und sie sollen auch entscheiden, welche operativen Maßnahmen ergriffen werden.

Wenn das der Fall ist – Sie wissen, dass es so ist –, dann wird natürlich, wenn es zu einer solchen Lage wie Silvester kommt, zu Recht ein Bericht über diesen Einsatz eingefordert. Dann kann eine Situation entstehen, in der ich sage – das ist mein Verständnis von Fehlerkultur –: Das, was nicht gut gelaufen ist, wird offen und transparent auf den Tisch gelegt.

Jetzt habe ich noch ein Problem mit den Vorhaltungen von Herrn Lohn und anderen. Man kann nicht beides haben, Offenheit und Transparenz, und dann, wenn man Fehler benennt, sagen: Jetzt schiebt Herr Jäger das der Behörde zu. – Da müssen Sie sich logischerweise schon einmal für die eine Seite entscheiden. Ich habe mich für die Seite entschieden, die heißt: Fehler sind offen zu thematisieren. Das muss die Fehlerkultur der nordrhein-westfälischen Polizei sein. Es ist auch mein Verständnis von Führung, dass Fehler offen zugegeben werden können, ohne dass der Betroffene, der einen Fehler gemacht hat, sofort persönlich vors Rohr geschoben wird.

Da bin ich bei den Äußerungen von Herrn Golland. Ich will auf Ihre Äußerung, Herr Abgeordneter Golland, eingehen, was den ehemaligen Polizeipräsidenten Albers betrifft. Es ist nicht mein Verständnis von Führung, jemanden, ohne ihm die Chance zu geben, mir zu berichten und Dinge klarzustellen und zu erläutern, möglicherweise, weil die Geschwindigkeit der Medien und des Internets dies fordern, einfach vor die Tür zu setzen. Das ist nicht mein Verständnis von Führung. Man muss auch denen, die im Feuer stehen, die im Wind stehen, die Gelegenheit geben, sich zu rechtfertigen, was Herr Albers übrigens getan hat – ich komme gleich noch einmal darauf zurück. – Herr Golland scheint nicht mehr da zu sein, schade. Wahrscheinlich ist er draußen bei den Interviews.

(Lothar Hegemann [CDU]: Haben Sie noch keins gegeben, Herr Jäger?)

– Ich habe noch keins gegeben, Herr Hegemann. Ich war nur zur Toilette. Deshalb mache ich so einen erleichterten Eindruck.

Ich will zu diesem Führungsverständnis noch etwas sagen. Ich setze niemanden, schon gar nicht einen Beamten, der über viele Jahrzehnte im Dienst der Landesverwaltung ist, ohne Weiteres vor die Tür. Aber ich habe mich trotzdem dazu entschlossen, weil ich glaube, es war notwendig, weil – egal, ob aus persönlicher Verantwortung heraus oder weil es Rahmenbedingungen gab, die Herr Albers gar nicht hat beeinflussen können – die Glaubwürdigkeit und die Handlungsfähigkeit der Polizei in Köln auf dem Spiel stand, um es mal vorsichtig zu formulieren.

Ein Vorwurf, der mir gemacht worden ist – das hat Herr Golland heute noch einmal explizit getan –, ist, er habe die Unwahrheit gesagt bei der Frage, wer sich auf diesem Platz aufgehalten habe. Mir ist dieser Punkt wichtig. Nachdem wir ihn schriftlich vorgelegt und den Teil auch noch vorgelesen haben, will ich es trotzdem noch einmal erläutern. Es ist zu unterscheiden zwischen den 71 Personalüberprüfungen von 1.000 oder 1.200 Anwesenden, von denen 71 überprüft worden sind, weil sie ein bestimmtes Verhalten an den Tag gelegt haben, beispielsweise als Störer oder beispielsweise, weil sie ausgebeulte Taschen hatten und die Polizisten nachgucken wollten, was da drin ist. Das war eine reine Personalüberprüfung im Rahmen eines Einsatzes. Deren Herkunft und deren Asylstatus sind zu trennen von denen, die später ganz massiv sexuelle Übergriffe begangen und Frauen attackiert haben.

Herr Golland hat gerade gesagt, Herr Albers habe nicht nur die Unwahrheit gesagt, sondern er hat noch einen draufgesetzt und gesagt, Herr Albers habe die Öffentlichkeit belogen. Ich bitte jeden, der so etwas behauptet, schlichtweg bei YouTube nachzuschauen. In der gemeinsamen Pressekonferenz von Herrn Albers und Frau Reker hat er mit aller Deutlichkeit gesagt, dass aus der Erinnerung der eingesetzten Polizeibeamten die Mehrzahl von diesen 71 Überprüften sich mit einer BüMA ausgewiesen haben und damit „frische Flüchtlinge“ sind, um diese Begrifflichkeit, die auch in der Pressekonferenz fiel, zu übernehmen.

Er hat das zu keinem Zeitpunkt verheimlicht oder gar die Öffentlichkeit angelogen. Herr Golland ist jetzt draußen. Wenn ich einmal eine Empfehlung aussprechen darf: Man kann sich einmal irren, man kann einmal übers Ziel hinausschießen. Aber bei

solch einem Vorwurf – der falsch ist –, dass jemand die Öffentlichkeit belogen habe, sollte man überlegen, ob man den nicht zurücknimmt.

Tatsache ist aber – und das habe ich in meinem Bericht, den ich vorgelegt habe, kritisiert –, dass, obwohl Herr Albers das in der Pressekonferenz gesagt hat, es offensichtlich in der Öffentlichkeit nicht durchgedrungen ist und eine Nachrichtenlage entstanden ist, wodurch fälschlicherweise der Eindruck entstanden ist, die Behörde oder die Person Albers wollte irgendetwas vertuschen. Der Vorwurf lautet: Das muss eine Pressestelle beobachten und dann handeln und agieren. Das ist nicht geschehen. Das habe ich übrigens auch in meinem Bericht hier kritisiert.

Jetzt ist Herr Golland da. Herr Golland, ich rate Ihnen: Schauen Sie sich bei YouTube diese Pressekonferenz von Frau Reker und Herrn Albers an und unterstellen Sie ihm nicht, die Öffentlichkeit belogen zu haben. Ich würde Ihnen empfehlen – das ist jetzt ein kollegialer Rat –, diesen schweren Vorwurf zu überdenken und vielleicht zurückzunehmen.

(Zuruf von der CDU: Sie sollten vielleicht die Sicherheitspolitik überdenken!)

Sie hatten die Frage meiner Teilnahme am Bundestagsinnenausschuss angesprochen und gefragt, warum die Bundespolizei heute nicht hier ist. Das hat einen inhaltlichen und einen formalen Grund. Formal hätte die Bundespolizei durch den Landtag Nordrhein-Westfalen, durch diesen Innenausschuss, zu dieser Sitzung eingeladen werden müssen. Unabhängig davon ist in dem Dialog zwischen uns und der Bundespolizei festgestellt worden, dass sie dafür jetzt keine zwingende Notwendigkeit sieht.

Anders sieht es mit der Einladung an mich als Person durch eine Fraktion in den Bundestagsinnenausschuss. Ob ich der Einladung persönlich nachkomme oder ob das Mitarbeiter des Hauses tun, stimme ich ab mit dem Bundesinnenminister, wie er seine Teilnahme organisiert: ob persönlich oder durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seines Hauses.

(Zuruf von der CDU: Ah!)

– Da gibt es nichts mit „Ah!“. Es ist meines Erachtens völlig klar, dass das in einer gewissen Harmonie zueinander stattfinden muss.

(Zuruf von der CDU: Ein normaler Ausschuss reicht nicht!)

Dann gab es die Frage von Herrn Hegemann zu der Bemerkung von Herrn Maas, ob das jetzt eine organisierte Aktion war. Meine Lebenserfahrung sagt, Herr Hegemann, dass 1.000 oder 1.200 Menschen sich nicht zufällig treffen. Ich kann nur spekulieren, aber ich glaube, dass sich über soziale Netzwerke und Medien möglicherweise Gruppen miteinander verabredet haben.

Aber das Entscheidende ist – und das hat ja Herr Maas versucht darzustellen –, aus welchem Motiv heraus man sich trifft. Das müssen die weiteren Ermittlungen ergeben. Trifft man sich, um – in Anführungsstrichen – „ausgelassen Silvester zu feiern“, was dann völlig eskalierte in einem Alkohol- und Drogenexzess und anschließend in einen Gewaltausbruch? Oder war die Motivlage von einigen, sich dort zu Straftaten,

insbesondere zu sexuellen Übergriffen, zu verabreden? Das ist die Frage, die im Laufe der Ermittlungen noch geklärt werden muss. Aber meine Lebenserfahrung sagt mir: Zufällig haben sich die 1.000 bis 1.200 Menschen, die dort waren, wohl nicht getroffen.

Das ist das, was ich beantworten wollte. Ich würde jetzt bitten, die weiteren Fragen durch Herrn Heinen, Herrn Schürmann und Herrn Düren beantworten zu lassen.

MDgt Wolfgang Düren (MIK): Ich habe inhaltlich nicht so furchtbar viel beizutragen. Herr Abgeordneter Lürbke hat zutreffend festgestellt, dass ich heute relativ wenig beizutragen habe.

(Lothar Hegemann [CDU]: Das haben wir alle festgestellt!)

Das hat natürlich wenig damit zu tun, dass ich in der Angelegenheit nicht verantwortlich wäre und nicht an der Aufarbeitung mitgearbeitet hätte. Aber die Aufgabe des Staatssekretärs und meine Aufgabe ist es, den Kommunikationsprozess zu steuern und die Dinge zusammenzutragen und hinterher für eine angemessene fachliche Bewertung Sorge zu tragen. Das haben wir getan.

Unter dem Strich gibt es hier drei Elemente, die aufzuarbeiten sind:

Das Erste ist eine politische Bewertung. Die hat der Minister vorgenommen.

Das Zweite ist eine Bewertung des Einsatzgeschehens. Die hat Herr Heinen vorgenommen.

Das Dritte ist eine Bewertung der kriminalfachlichen Dinge und Ermittlungstätigkeiten. Die hat Herr Schürmann vorgenommen.

Ich persönlich habe keinen Beitrag zu leisten, dessen Autorität noch höher anzusetzen wäre als die meines Inspektors und meines Landeskriminaldirektors.

Meine Aufgabe ist es, für eine angemessene Aufarbeitung der Prozesse in der Abteilung zu sorgen. Das haben wir geleistet bis in die Nacht hinein, was den Bericht angeht. Das ist ein nicht ganz einfacher Prozess.

Herr Abgeordneter Herrmann hat zutreffend festgestellt, dass da zum Teil noch personenbezogene Daten drin enthalten waren. Das läuft so: Wir kriegen von Köln einen Originalbericht mit 50 Seiten und jeder Menge personenbezogener Daten. Wir haben einen Anspruch auf diesen Bericht, weil Sie das ja auch wünschen. Im Rahmen der Transparenz legen wir das auch offen. In einem aufwendigen Prozess entfernen wir die personenbezogenen Daten. Das ist geschehen. Dabei mag die eine oder andere personenbezogene Angabe übersehen worden sein. Ich bitte um Nachsicht und bitte um entsprechende Hinweise. Dann werden wir das noch korrigieren können. Das machen wir dann auch in der Publikation im Internet.

Dieser Prozess hat bis in die Nacht gedauert. Der Bericht ist heute Nacht gedruckt worden. Wir standen vor der Frage, ob wir Ihnen erst vortragen und dann den Bericht aushändigen oder umgekehrt. Wir haben uns aus Gründen der Fairness dafür entschieden, Ihnen den Bericht sofort mit Beginn der Sitzung auszuhändigen, damit Sie

ihn parallel lesen können. Es tut mir leid, dass das keinen Anklang gefunden hat. So viel dazu.

Ja, meine Aufgabe ist es, laufend mit dem Polizeipräsidenten zu kommunizieren. Das tue ich auch. Aber ich bin nicht der Einzige, der kommuniziert. Ich führe kein Protokoll über meine Telefonate mit dem Polizeipräsidenten. Aber ich habe glücklicherweise ein Smartphone. Da kann ich ablesen, dass ich am Montag intensiv mit Herrn Albers telefoniert habe.

Der Kommunikationsprozess zwischen dem Ministerium und dem Präsidium ist so gelaufen: Wir haben über viele WE-Meldungen gesprochen, die im Laufe des 1. Januar 2016 eingeschlagen sind. Die erste WE-Meldung, die nachts um 5 Uhr kam, bezog sich nur auf die Räumung des Bahnhofsvorplatzes, ohne Hinweise auf irgendwelche weitergehenden Übergriffe. Die ist normal zur Kenntnis genommen worden.

Dann kam diese unsägliche Presseerklärung über die gelungene Neujahrsfeier, die Ihnen allen bekannt ist. Danach erst schlug im Ministerium so gegen 14:28 Uhr die Information auf, dass es zu massenhaften Übergriffen von möglichen nordafrikanischen oder arabischen Tätern gegenüber Frauen gekommen sei, in der Größenordnung von elf oder 13 Straftaten; bitte legen Sie mich jetzt auf die Zahl nicht fest. Das ist die Dimension, die wir dann am frühen Nachmittag des 1. Januar kannten.

Dann hat es keine Weisung an das Polizeipräsidium Köln gegeben, weil denen ja klar war, dass bei denen was aus dem Ruder gelaufen war. Die haben von sich aus dann eine weitergehende Presseerklärung über diese Vorfälle herausgegeben, die gegen 16:58 Uhr an die Öffentlichkeit gegangen ist.

Dieser Prozess hat sich über Samstag und Sonntag fortgesetzt. Natürlich ist die Erkenntnislage immer weiter aufgewachsen. Es hat eine intensive Kommunikation zwischen meinem Einsatzreferat, der Polizei in Köln, dem Inspekteur, dem dortigen Direktionsleiter GE und natürlich auch dem Landeskriminaldirektor und unserem Referatsleiter für die Strafverfolgung mit der stellvertretenden Direktionsleiterin Kriminalpolizei gegeben. Das ist ein ganz dichter Prozess, der auf allen Ebenen abgelaufen ist.

In dem Zusammenhang habe ich dann auch am Montag mit Herrn Albers telefoniert. Dabei ging es darum, dass die Berichterstattung durch den PP Köln vorbereitet ist. Wir haben am Montag einen Erlass herausgegeben an den PP Köln, eine umfassende Berichterstattung vorzubereiten, weil ja klar war – schon bevor Sie Ihre Anträge gestellt haben –, dass dies selbstverständlich Gegenstand der Beratungen hier im Innenausschuss werden wird. Darüber habe ich mit Herrn Albers im Laufe der Woche auch mehrfach gesprochen. Mein erstes Telefonat mit ihm war am Montag. Da waren wir auf einer Klausur der Abteilungsleiter. Insofern kann ich das auf dem Mobiltelefon nachweisen.

Der Staatssekretär hat sich am Dienstag entschieden, zu einer umfassenden Dienstbesprechung mit dem Polizeipräsidium Köln einzuladen, um die Berichterstattung aufzubereiten. Die hat am Mittwochnachmittag stattgefunden. Auf dieser Veranstaltung ist uns erstmals klar geworden, dass nicht die Antänzerszene den Kern dieser

Übergriffe gebildet hat, sondern Fremde, möglicherweise Asylbewerber oder Flüchtlinge, insbesondere Nordafrikaner/Araber, die nicht identisch waren mit der Kölner Antänzerszene. Das haben wir am Mittwochnachmittag registriert. Herr Albers hat den Auftrag mitgenommen, dies öffentlich möglichst schnell klarzustellen. Dann habe ich in der Folge noch mehrfach mit ihm Telefonate geführt und darum gebeten, dass das auch geschieht. Es hat auch Telefonate in anderen Angelegenheiten gegeben. So läuft der Prozess.

Die Pressestelle – der Staatssekretär weist zu Recht darauf hin – hat unglaublich gequengelt; das kann ich hier bestätigen. Es war dem Staatssekretär ausgesprochen wichtig, dass dieser Punkt auf allen Ebenen noch einmal klargestellt wird. Unsere Pressestelle hat mit der Pressestelle des PP Köln telefoniert. Ich habe mit Herrn Albers telefoniert. Es hat weitergehende Telefonate gegeben, also auch zwischen Landeskriminaldirektor, kriminalpolizeilichen Referaten bei mir und den Adressaten in Köln.

So oder so: Herr Albers hat zu allen Zeitpunkten präzise Angaben gemacht. Aber wir hätten uns gewünscht, dass der Hinweis auf diese dichte Feststellung von Flüchtlingen in der Störermenge früher und vorzeitiger gekommen wäre. Er kam dann im Ergebnis erst Freitagmittag, so gegen 12 Uhr, wenn ich das richtig in Erinnerung habe. Das bedauern wir. Aber zu keinem Zeitpunkt ist vonseiten des PP Köln gelogen oder die Unwahrheit gesagt worden. Das halte ich für ganz wichtig.

Vielen Dank. Das war es von meiner Seite. Jetzt verweise ich auf die zwei Kollegen.

LKD Dieter Schürmann (MIK): Ich möchte hier nicht zu vertieft kriminologisch auf die eine oder andere Frage antworten, zum Beispiel, ob das jetzt organisierte Kriminalität war, oder auch auf den Aspekt, den Herr Dr. Stamp angesprochen hat, nämlich „WDR aktuell“ habe darauf verwiesen, das Ganze sei nicht neu.

Ich möchte allerdings in Richtung organisierte Kriminalität noch einmal darauf verweisen – ich habe es auch mit meinem Vortrag heute Morgen dargestellt –: Der Begriff „organisiert“ ist hier in unterschiedlichen Facetten relevant, nicht nur zu dem Treffen. Herr Minister Jäger hat dazu auch gerade noch etwas ausgeführt. Wenn eine Tätergruppe agiert, wenn – sagen wir mal – zwischen zehn und 30 Personen eine Frau einkesseln und dann gewalttätig ganz übel misshandeln und zum Opfer machen, dann gibt es da natürlich Abstimmungsprozesse und strukturierte Prozesse in einer gewissen Dynamik innerhalb dieser Gruppe von Männern.

Das bedeutet, dass wir sicherlich davon sprechen können, dass es irgendein Organisationsschema gibt. Das kann in Teilen gruppenspezifisch sein. Das kann in einer gewissen nichtkommunikationsabhängigen Eigenständigkeit der Gruppe bestehen. Aber das bedeutet eben nicht, dass es organisierte Kriminalität – so könnte man es ja missverstehen – im Sinne der allgemeinen Bewertung und Definition von „organisierter Kriminalität“ ist. Ich erspare Ihnen die ganze Definition, aber die ist eben ausgerichtet auf Gewinn und Machtstreben in unterschiedlichen Tatbestandsformen. Das vermag ich zumindest, und das vermögen auch wir hier – und meine Kollegen in den anderen Ländern übrigens auch – so nicht zu erkennen.

Ich erinnere noch einmal daran – da komme ich noch einmal auf die Tatbegehungsform –: Wir haben es mit überfallartigen Taten zu tun. Frauen werden eingekesselt in der Öffentlichkeit, vor großem Publikum und man begrapscht sie dann nicht nur. Es geht also nicht nur darum, sozusagen ein Eigentumsdelikt vorzubereiten, indem man das Opfer von der Sicherung der Beute ablenkt, sondern es werden massive sexuelle Angriffe begangen. Es wird Oberbekleidung zerrissen, Unterbekleidung zerrissen, Strumpfhosen, Unterwäsche. Die Frauen wurden penetriert.

Das ist eben ein Modus Operandi, der nun wahrlich nicht erforderlich ist, um ein Eigentumsdelikt zu begehen. Wir haben auch noch einmal die Menge der Delikte dargestellt. Bei dem weitaus überwiegenden Teil der Delikte handelt es sich um Sexualdelikte. Nur in untergeordneten Anteilen sind Eigentumsdelikte damit verbunden worden.

Wenn man das so betrachtet, muss man schon sehr fein darauf achten, dass man eben Eigentumsdelikte nicht mit Sexualdelikten verwechselt oder in einen Topf wirft. Frau Düker hat darauf hingewiesen: Es ist erforderlich, dass wir das fein analysieren – noch tiefer als ich das jetzt hier mache –, weil davon natürlich abhängig ist, welche Präventionskonzepte zu entwerfen sind. Wenn ich Sexualstraftaten verhindern will, muss ich konzeptionell anders mit potenziellen Opfern und Tätern umgehen als bei Eigentumsdelikten. Mir ist das besonders wichtig.

Ich weiß nicht, wie der eine oder andere dazu kommt, zu sagen, wir hätten solche Delikte schon. Ich habe insbesondere bei unserem Landeskriminalamt nachgefragt: Gibt es solche Tatbegehungsformen bereits in den Erkenntnissen unserer kriminalpolizeilichen Meldedienste? – Unser Landeskriminalamt hat mir mitgeteilt: Wir haben dazu bislang keinerlei Erkenntnisse registriert, bis zu diesem Geschehen in Köln. –

Ich will nicht ausschließen, dass es auch schon zuvor in dem einen oder anderen Fall einen Einzelangriff eines Einzeltäters auf eine Frau gegeben haben mag, bei dem durch körperlichen Kontakt und Berühren der Kleidung das Opfer davon abgelenkt wurde, sein Eigentum zu sichern, und dass das dann zu einem Trickdiebstahl wurde. Das ist aber eine ganz andere Tatbegehungsform. Ich spreche hier von Männern, die in Rudeln die Frauen sozusagen überfallartig angreifen und sexuell missbrauchen. Das sind Sexualdelikte und keine Eigentumsdelikte.

Vor diesem Hintergrund bin ich immer noch der Überzeugung – wie meine Kollegen in anderen Bundesländern und beim BKA übrigens auch –, dass es sich mit hoher Wahrscheinlichkeit um einen neuen Modus Operandi handelt, zumindest hier für Westeuropa, für Deutschland allemal.

Dann möchte ich noch einmal auf diese von Herrn Minister Jäger kurz schon angesprochenen Überprüfungen eingehen. Unsere Bereitschaftspolizeikräfte haben uns gegenüber berichtet, und sie haben ihrer eigenen Behörde gegenüber berichtet, sie hätten 71 Überprüfungen von Personen durchgeführt. Wir haben das – weil dazu keine schriftliche Dokumentation vorlag – natürlich über unsere Protokollbänder nachvollzogen und haben festgestellt: Unsere eigenen Beamten haben viel mehr überprüft als nur 71. Wir sind auf 263 überprüfte Personen im gesamten Einsatzraum

gekommen. Darunter ist eine Vielzahl von Nationalitäten. Das ist an den Namen zu erkennen und an der Abstammung. Wir überprüfen das noch im Detail.

Es handelt sich aber um Überprüfungsanlässe, die – das ist schon kurz skizziert worden – durchaus banal sein können. Das heißt, es sind Auffälligkeiten, die polizeilich relevant waren. Das muss nicht einmal zwingend bedeuten, dass das am Ende ein Störer war, sondern es stellt sich dann eben heraus, dass da ein Problem abgeklärt wurde.

Wir haben ergänzend festgestellt, dass die Bundespolizei – Herr Herrmann hat das angesprochen – publiziert hat, sie habe 32 Strafanzeigen gefertigt. Wir haben das natürlich überprüft.

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Tatverdächtige festgestellt!)

– Tatverdächtige festgestellt, genau. – Das haben wir über die Polizei in Köln überprüfen lassen mit dem Interesse, zu wissen, ob denn diese Tatverdächtigen bei uns bereits im Tenor sind. Es wäre wirklich nicht so ganz verständlich, wenn wir von 19 Tatverdächtigen reden, während die Bundespolizei bereits 32 hat.

Das Rätsel hat sich aber schnell aufgelöst. Tatsächlich hat die Bundespolizei 28 Personen überprüft. Die gehören auch zu diesem Personenüberprüfungskomplex. Sie hat im Übrigen drei Strafanzeigen gefertigt: diese drei Strafanzeigen, die dann relevant waren für unseren Ermittlungskomplex. Ich hatte schon gesagt, Bundespolizei und Landespolizei arbeiten in dieser Ermittlungskommission zusammen. Die drei Strafanzeigen sind da drin. Bundespolizeikräfte haben uns mitgeteilt, dass es sich offenbar um ein Übermittlungsproblem im eigenen Berichtswesen handelte. Es gibt keine 32 Tatverdächtigen aufseiten der Bundespolizei. So die Mitteilung an uns. Ansonsten hätten wir die auch ins Verfahren übernommen.

Es wurden noch die kopierten BüMAs angesprochen. Herr Abgeordneter Herrmann, Sie hatten gefragt, ob denn diese neun – bzw.: neun stehen im Bericht und ich hatte ja gesagt, es sind sieben – sich illegal hier Aufhaltenden und zwei unbegleiteten Minderjährigen gefälschte BüMAs – also diese Bescheinigungen über die Meldung als Asylbewerber – vorgelegt hätten. Ich habe das jetzt nicht im Detail nachvollziehen können.

Der Erkenntnisstand allerdings, dass es sich um als illegal Eingestufte handelte, zeigt, dass wir die im Ermittlungsverfahren als illegal einstufen müssen. Wenn sie denn eine BüMA gehabt hätten, hätten sie die ja möglicherweise gezeigt. Wir haben die aber im Detail noch nicht ermittelt. Also, ich bin der Überzeugung, dass sie keine BüMA haben. Und die beiden unbegleiteten Minderjährigen sind selbstverständlich – darüber haben wir sie ja ermittelt – als solche mit dem ausländerrechtlichen Status bei unseren Jugendämtern bzw. bei den kommunalen Behörden, bei denen sie in Betreuung sind, registriert.

Zu der Fragestellung von Herrn Golland, welche observativen Maßnahmen denn in diesem Kontext vom LKA oder anderen Behörden getroffen werden: Mit Blick auf die uns bekannte Szene im Raum Köln und auch in Düsseldorf – das hatte ich schon dargestellt – gibt es bestimmte Analyseprojekte, mit denen operative Projekte eng

verbunden sind. In der Silvesternacht waren ja auch in Köln operative Kräfte auf den Ringen unterwegs im Hinblick auf das dortige Projekt „NAFRI“, also das Früherkennen von Trickdieben/Antänzern. Das Gleiche gilt auch für operative Maßnahmen, die die Behörde in Düsseldorf zum Beispiel regelmäßig trifft. Ich hatte auch schon gesagt, dass diese Maßnahmen erfolgreich sind.

Dass wir observative andere Maßnahmen in Bezug auf dieses neue Tatphänomen getroffen hätten, wäre ja paradox. Ich habe ja gerade gesagt, dass wir mit diesen Erscheinungsformen erstmalig in dieser Qualität und in diesem Umfang zumindest hier in Nordrhein-Westfalen konfrontiert waren.

Ich übergebe dann erst einmal an den Kollegen Heinen und schaue noch einmal, ob noch weitere Fragen im Raum waren.

IdP Bernd Heinen (MIK): Nach meinen Notizen sind jetzt noch zwölf weitere Fragen offen, die ich ein bisschen zusammenfassen möchte, weil sie sich zum Teil auf Kräftesituationen in der Silvesternacht beziehen.

Ich fange mal an mit der Fragestellung von Herrn Golland, wie die Kräfte zusammengezogen worden sind. Das korrespondiert mit Ihrer Fragestellung: Wir hatten 142 Kräfte in der BAO. Wie sind die eingeteilt gewesen? – Ich habe das im Bericht vorgelesen – das war natürlich eine Menge –; ich gehe noch einmal darauf ein.

Die Kräfte in der BAO, die von dem Polizeiführer der PI geführt worden sind: Da waren insgesamt 142 Kräfte eingesetzt. Daneben ist ganz normal die Alltagsorganisation weitergelaufen. Diese 142 Kräfte teilten sich ein in die beiden Züge der Bereitschaftspolizei und die Restkräfte für Verkehrsmaßnahmen, für Observationsmaßnahmen. Da sind auch die Sondermaßnahmen in dieser BAO Richtung Ringekriminalität und Taschendiebstahlskriminalität mit drin gewesen.

Die Aufträge waren insbesondere für die Kräfte der Bereitschaftspolizei: Raumschutz als Grundauftrag mit der örtlichen Verteilung – Altstadt einschließlich Rheinbrücken und Kölner Ringe –, da wir ja am Bahnhofsvorplatz eine solche Lage nicht hatten.

(Minister Ralf Jäger [MIK]: In den vergangenen Jahren keine dort hatten!)

– Genau, Entschuldigung, in den vergangenen Jahren. Das war die Grundausrüstung der BAO auch für dieses Silvester.

Ab 22 Uhr erkannte der Polizeiführer, dass er einen Schwerpunkt am Bahnhofsvorplatz hat. Er hat daraufhin reagiert. Ich habe vorgelesen, dass er aufgrund der Erkenntnislage um 22:25 Uhr zunächst erst mal eine Gruppe, das heißt, zehn Beamte der Bereitschaftspolizei, aus der Verteilung aus dem Gesamteinsatz zum Hauptbahnhof geschickt hat und um 22:50 Uhr dann alle Einsatzkräfte der Bereitschaftspolizei. Das heißt, er hat die Kräfte von den Ringen und anderen Bereichen weggenommen und hat diese Kräfte am Hauptbahnhof konzentriert.

(Zuruf von Gregor Golland [CDU])

– Ja, die Bereitschaftspolizei hat er da weggenommen. Das macht er immer in Abstimmung mit dem, was dort möglich ist. Das hat auch funktioniert. Wie gesagt, die Grundausrüstung war: Silvester wie im Jahr davor und vor zwei Jahren.

Er hat dann um 0:50 Uhr Kräfte der Bereitschaftspolizei aus dem Bereich des Bahnhofsvorplatzes – so habe ich es auch berichtet – wieder weggenommen und in die Ringe geschickt, weil sich dort um 0:50 Uhr entsprechende Entwicklungen ergaben, sodass dort Kräfte notwendig wurden.

Das waren die Kräfte in der BAO, von denen wir eben gesprochen haben.

Wir haben insgesamt in der Polizei im PP Köln in dieser Zeit im Spätdienst gehabt: 22 Kräfte in der PI 1, 18 in der PI 2, 20 in der PI 3, 18 in der PI 4, 18 in der PI 5, 24 in der PI 6, 15 in der PI 7.

Der Nachtdienst war in jeder PI etwas stärker ausgelegt, also auch auf die Silvesterfeierlichkeiten über Neujahr ausgelegt. Die Zahlen habe ich auch hier vorliegen. Ich will sie jetzt nicht im Einzelnen vortragen. Aber es waren mehr, als im Spätdienst eingesetzt waren. Der Nachtdienst hatte da eine ganz deutliche Präsenz im Alltag des PP Köln.

Von Herrn Körfges ist danach gefragt worden: Wie muss ich mir das vorstellen: „Der Spätdienst hört auf“? – Ich male das Bild jetzt mal bewusst: Alle sind in der Wache. Die Wagen werden neu besetzt. Alle fahren wieder raus. In der Zwischenzeit findet Polizei in Köln nicht statt. – Das ist natürlich nicht so. Wir haben in jeder PI sogenannte Lapperfahrzeuge, die diese Zeit des Schichtwechsels überbrücken. Die sind in den PIs unterschiedlich eingesetzt worden, aber alle ab 17 Uhr bis 3 Uhr oder 2 Uhr, bis 24 Uhr usw. Das heißt aber, wir haben in der Alltagsorganisation immer eine ausreichende Präsenz von Polizei auf der Straße gehabt, die die entsprechenden Einsätze bewältigen konnte.

Zur zweiten Frage: Die Freilassung von Ingewahrsamgenommenen war ein Thema. Ich nehme an, die Frage basiert auf dem YouTube-Video, in dem der Schauspieler – aber ich glaube, in erster Linie Türsteher – ausführlich darüber berichtet, dass es eine Schlägerei gegeben hat und Polizeibeamte zwei Leute festgenommen und auch gefesselt haben. Dann haben sie lange auf den Transport gewartet. Letztendlich haben sie die Leute dann freigelassen. – Das war verbunden mit der Frage: Gewahrsamsplätze waren ausreichend vorhanden, Transportkapazitäten eher weniger?

Wir haben für die BAO drei Fahrzeuge für Transportkapazitäten in der Organisation vorgesehen. Die waren zu diesem Zeitpunkt ausgelastet. Dann stellt sich die Frage bei der Fesselung der Leute bzw. bei der Anzeige: Welche Straftat habe ich? Welche Personalien habe ich zu diesem Zeitpunkt bereits aufgenommen? Wie lange ist die Dauer der Freiheitsentziehung zu diesem Zeitpunkt der Fesselung? Wann ist sie nicht mehr verhältnismäßig? Die Kollegen haben dann nach der Zeit, die sie gewartet haben, entschieden, dass aufgrund der Körperverletzungsdelikte und der vorhandenen Unterlagen die Dauer der Freiheitsentziehung nicht mehr verhältnismäßig wäre, wenn man jetzt noch länger darauf wartet, die Leute ins Gewahrsam zu bringen. Man hat sie dann wieder freigelassen.

Zur dritten Frage: Aufklärung in sozialen Netzwerken. Aus der Berichterstattung Köln ist aufgrund der PI-Lage nicht bekannt, dass im Vorfeld in sozialen Netzwerken geprüft worden ist, ob sich dieses Phänomen dort gestalten könnte. Wir haben ja gesagt: Das ist ein neues Phänomen, das sich plötzlich gestaltete. Also ist im Vorfeld auch nicht der Gedanke da gewesen, sich mit diesem Thema zu befassen.

Im Nachgang – da ist natürlich ein Ermittlungsauftrag an die Cyberkriminalitätsdienststelle im LKA gegangen – hat sich aber herausgestellt, dass in den Netzwerken keine Verabredungen gefunden werden konnten, die uns frühzeitig hätten in die Lage bringen können, hierauf zu reagieren.

Zum Thema „Kräftebeantragung beim LZPD“ hatte ich im Bericht bereits etwas dargestellt; ich stelle es aber gerne noch einmal dar: Aufgrund der allgemeinen Gefahren- oder Gefährdungsbewertung und Lage für Silvester hat das PP Köln auf der gleichen Bewertungsgrundlage wie vergangenes Jahr mehr Kräfte angefordert, nämlich eine Hundertschaft, und zwar auf der gleichen Gefährdungsgrundlage und Bewertung. Sie hatten vergangenes Jahr einen Zug und wollten jetzt zwei Züge mehr. Das ist in Absprache, in Abstimmung zwischen LZPD und dem PP Köln bei der Vorplanung gelaufen.

Aufgrund der Tatsache, dass wir Taschendiebstahlsdelikte zu erwarten hatten und im vergangenen Jahr vermehrt Erkenntnisse darüber hatten – und Taten natürlich –, sowie der allgemeinen Gefährdungslage, die wir generell in Deutschland, aber auch in Europa haben, und auf der Grundlage der Gefährdungsbewertung des BKA haben wir dann für Köln einen Zug mehr hinzugegeben. Das heißt, sie hatten mehr Kräfte auf gleicher Bewertungsgrundlage.

Gleichzeitig haben wir – das haben wir Silvester regelmäßig nicht getan – für das Land drei weitere Züge in Bereitschaft gelegt, um für den Fall, dass wir eine Entwicklung haben, rechtzeitig mit Kräften reagieren zu können.

Die Frage, ob diese Zahl – das ist ja gerade kritisiert worden – von drei zusätzlichen Zügen, disloziert untergebracht, eine ausreichende Anzahl darstellt, wenn wir einen Anschlag, einen kleinen, einen großen Anschlag, zwei Anschläge gleichzeitig haben, ist müßig. Die konkreten Erkenntnisse dafür hatten wir nicht. Aus diesem Grunde haben wir die Kräfte auch nicht in den Dienst gestellt, haben aber Reserven gebildet, um im Land disloziert reagieren zu können.

Diese Kräfte sind von Köln nicht angefordert worden, obwohl sie ihnen angeboten wurden. Das ist auch eine Frage, die ich gerne in diesem Zusammenhang beantworten möchte; sie kam von Herrn Lürbke: Warum hat der DGL die nicht angefordert? – Das hat er nicht getan. Ich habe hier die Meldung. Ich lese sie Ihnen vor; das ist aus dem E-Mail-Verkehr zwischen LZPD und PP Köln:

Während des Telefonates zwischen dem DGL der Leitstelle Köln und dem Leiter vom Dienst der Landesleitstelle – ein Beamter des höheren Dienstes im Übrigen – wurde von Letzterem nachgefragt, ob zur Bewältigung der Einsatzlage in Köln weitere Kräfte erforderlich seien. Eine Entsendung von Unterstützungskräften wurde vom DGL der Leitstelle Köln nicht für erforderlich gehalten. Damit ist die weitere Kräftezuteilung abgeschlossen und bleibt dann auch erledigt.

Die nächste Fragestellung: „Die GdP weist auf ausrüstungstechnische Mängel hin“, ist relativ unspezifisch, wenn ich von der letzten Presseveröffentlichung der GdP ausgehe, die mit drei Forderungen belegt ist.

Eine Forderung ist die nach einer Bodycam. Das Thema ist ja eben hier schon einmal angesprochen worden. Wir reden in der Öffentlichkeit und auch in den Polizeien der Länder davon. Wir beobachten die Piloten, die in Rheinland-Pfalz, in Hessen und im Saarland – wenn ich mich jetzt richtig erinnere – unter dem Gesichtspunkt der Eigensicherung durchgeführt werden.

Die Bodycam ist im Piloten in Hessen in Problemvierteln in Frankfurt eingesetzt worden. In der Freitagnacht, samstags spätabends und nachts, also zu den normalen Feierzeiten mit dem entsprechenden Klientel in entsprechendem Zustand, sollen durch die Kamera potenzielle Täter von Taten gegen Polizeibeamte – wenn eine solche Bodycam eingesetzt wird, sind mindestens drei bis vier Leute unterwegs - abgehalten werden, indem diese nämlich sichtbar erkennen, dass sie von der Kamera aufgenommen werden. Das ist die Zielrichtung der Piloten zu den Bodycams.

Es ist nicht Zielrichtung der Bodycam, Aufnahmen von Verdächtigen zu fertigen – im Übrigen auch von einer ungeheuer großen Zahl von Unverdächtigen, was dann auch verschiedene datenschutzrechtliche Richtlinien betreffen würde –, um möglicherweise strafbares Verhalten sowohl von Bürgern als auch von Polizeibeamten aufzunehmen.

Von daher ist diese Variante der Bodycam in einer solchen Situation wenig hilfreich. Ob bei solchen Massendelikten die Bodycam von den Männergruppen, die dort – wie beschrieben – zugange waren, möglicherweise noch als störendes Element angesehen und damit im Sinne der Eigensicherung für die Kollegen nutzbringend gewesen wäre, bleibt eine offene Frage. Die kann ich auch nicht beantworten.

Die nächste Frage zur Bundespolizei und noch einmal zur Nichtzurverfügungstellung des Berichtes: Wir haben in dem Bericht dargelegt, dass dies kein Bericht ist, den die Bundespolizei im Rahmen ihres normalen Berichtswesens erstellt hat, sondern eine persönliche Darstellung des betreffenden Kollegen. Letztendlich hat die Bundespolizei eine eigene Berichtsführung zum Innenausschuss des Bundes. Von daher: Wenn der Innenausschuss beim Bund tagt, werden wir sehen, was die Bundespolizei zu ihrem eigenen Einsatz zu sagen hat. – Unser Bericht ist dem BMI zur Verfügung gestellt worden.

Zur Kräftestellung des Bundes kann ich trotzdem etwas sagen. Innerhalb der Bahnhofszuständigkeit waren sie mit einer Beobachtungs- und Festnahmeeinheit unterwegs. Eine BFE beträgt 40 Mann. Dann wird vielleicht auch nachvollziehbarer – ich hatte ja eben von chaotischen Verhältnissen im Bahnhof, auf den Bahngleisen usw. gesprochen –, dass diese Kollegen angesichts der Größe des Bahnhofes in großer Bedrängnis waren. Die Kräftelage der Bundespolizei will ich nicht beurteilen. Man muss das sicherlich mit Blick auf die gesamte Bundesrepublik bewerten.

Ich hatte eben aber auch erwähnt, dass wir die Kollegen in Abstimmung im Einsatz unterstützt haben. Das läuft täglich und auch in Besonderen Aufbauorganisationen reibungsfrei und gut. Wir haben Frauen durch den Bahnhof zu den Gleisen geführt,

weil die Bundespolizei da zeitweise um Unterstützung gebeten hat, zumindest in Abstimmung darum gebeten hat, dass wir dies für sie erledigen.

Eine weitere Frage kam von Herrn Körfges, nämlich wie man zukünftig sicherstellen kann, dass sich so etwas nicht wiederholt. Zu den vorbereitenden Maßnahmen zu Karneval habe ich bereits berichtet. Wir werden uns jetzt sehr intensiv gerade für die Karnevalshochburgen damit auseinandersetzen müssen: Wie gehen wir einsatztaktisch damit um? Was erkennen wir im Vorfeld? Wie arbeiten wir mit Platzverweisen, mit Bereichsbetretungsverboten und ähnlichen Dingen mehr? Jetzt haben wir durch die Ermittlungen möglicherweise Ansprechpartner, denen wir auch entsprechend gegenüber treten können.

Herr Schatz hat nach der Kräftelage und Vorkenntnissen gefragt und hat festgestellt, dass die Kräftelage für Nordrhein-Westfalen insgesamt – so habe ich Sie jedenfalls verstanden – nicht ausreichend sei. Dazu habe ich jetzt mehrfach etwas gesagt. Wir haben nach unserer Bewertung diese Kräftelage für das Land Nordrhein-Westfalen für ausreichend gehalten. Wir haben auch keine weiteren Remonstrationen aus den Kreispolizeibehörden dazu erhalten. Die Kreispolizeibehörden sind in der Planung ihrer eigenen Stärken – egal wann, aber auch zu Silvester – zunächst einmal selbst zuständig und nehmen ihre Aufgabe in ihrer Zuständigkeit entsprechend wahr.

Dann gab es noch eine Frage von Herrn Lürbke zur Menschenmenge im Bahnhof. Sie zitieren mich da mit „denkwürdig“. Ich weiß jetzt nicht, ob das so denkwürdig ist. Mit „eigenes Problem“ habe ich gemeint: Es war in der Zuständigkeit der Bereitschaftspolizei. Das ist ein Thema im Bahnhof, das die Bereitschaftspolizei, die Bundespolizei in eigener Zuständigkeit zunächst einmal bewältigen muss. Deshalb habe ich das vielleicht etwas lax gesagt. Wir unterstützen uns jederzeit gegenseitig, wenn wir im Bahnhof, auf dem Bahnhofsvorplatz oder in der Bahnhofsvorhalle eine Situation haben, bei der wir entsprechend Kräfte brauchen.

Aber wir haben ja im Vorfeld – das haben Sie auch gehört – eine gemeinsame Besprechung mit der Bundespolizei, mit der Stadt und mit der Polizei Köln gehabt, um entsprechende Abstimmungen herbeizuführen und einen regelmäßigen Austausch sicherzustellen.

Eine weitere Frage gab es nach der Kollegin. Die Kollegin war in Zivil eingesetzt und bewegte sich auf dem Bahnhofsvorplatz in Zivil im Team. Ihr ist von hinten – so weit kenne ich den Sachverhalt – eine Tasche entrissen worden, in der sie möglicherweise Reizstoffsprühgeräte oder sonst irgendetwas mitgeführt hat. Ihr ist es dann gelungen, mehr oder weniger sofort diese Tasche wieder zurückzubekommen. Der Täter – das weiß ich nicht so genau – ist, glaube ich, weg. In diesem Tumult und Gedränge – wenn Ihnen dann jemand plötzlich von hinten die Tasche wegreißt, dann hilft Ihnen das in dieser Situation nicht. Die haben das sofort bemerkt und haben sich sofort die Tasche zurückgeholt, aber offensichtlich den Täter dabei nicht festnehmen können.

Die letzte Frage habe ich schon beantwortet, indem ich das Telefonat zwischen dem LvD der Landesleitstelle und dem DGL der Leitstelle des PP Köln genannt habe.

Das waren die Fragen, die ich mir notiert habe.

Marc Lürbke (FDP): Herr Heinen, entschuldigen Sie bitte. Ich muss noch einmal zu der konkreten Einsatzstärke nachfragen. Sie haben die Zahlen genannt. Vielleicht liegt es an mir, dass ich daraus nicht schlau werde. Können Sie mir ganz konkret nennen, mit welcher maximalen Einsatzstärke Landespolizei Sie wirklich am Bahnhof waren? Mich interessiert die konkrete Zahl. Idealerweise, wenn Sie es hinbekommen, würde ich es gerne wissen für 19 Uhr, 21 Uhr – also wirklich die komplette Stärke. Sie haben das eben vorgerechnet, aber es ist für mich nicht ganz deutlich geworden.

Ich möchte noch eine Frage anschließen. Die geht an den Innenminister. Herr Düren hat eben dargestellt, wie die Konferenz stattgefunden hat, mit dem Staatssekretär und dem Direktionsleiter. War der Einsatzführer denn dabei? Hat man den dazu genommen?

(Die Ministeriumsvertreter verneinen.)

– Der war nicht dabei. Aber, Herr Innenminister, warum haben Sie denn nicht teilgenommen? Haben Sie sich nicht ...

(Zuruf)

– Da war aber schon Mittwoch. Das ist schon eine berechtigte Frage, warum Sie sich bei so schwerwiegenden Erkenntnissen, die da im Raume stehen, da nicht aus erster Hand informiert haben. Das würde mich interessieren.

StS Bernhard Nebe (MIK): Herr Abgeordneter Lürbke, üblicherweise werden Lagebesprechungen vom Abteilungsleiter 4 durchgeführt. Nach der bisherigen Berichterstattung und insbesondere nach einer Berichtslage, die ich in der Schriftform als ausgesprochen unvollständig und unbefriedigend empfunden hatte, war ich von einer ganz außergewöhnlichen Situation ausgegangen.

Darum habe ich am Dienstagnachmittag die Leitung des Polizeipräsidiums Köln – also den Präsidenten und alle Kräfte, die er mitbringen wollte – zur Lagebesprechung eingeladen und dazu meine Polizeiabteilung – die Herren, die hier sitzen, und die meisten, die im Moment in der zweiten Reihe sitzen, auch – und, um es komplett zu machen, Vertreter aus dem Ministerbüro. Bei dieser Besprechung haben wir uns in etwa zweieinviertel Stunden auf Basis der vorliegenden Berichtslage mündlich erläutern lassen, wie aus Sicht des PP Köln die Lage gelaufen und bewältigt worden ist, und alle Aspekte, die Sie jetzt in unserer Berichtslage wiederfinden.

Die Tatsache, dass der Staatssekretär eine solche Besprechung leitet und nicht der Minister, entspricht, glaube ich, einem klaren Rollenverständnis. Das ist Aufgabe des Staatssekretärs. Das ist mein Job, so etwas zu tun.

Vorsitzender Daniel Sieveke: Herr Heinen, können Sie dem Staatssekretär hier hinsichtlich der Zahlen weiterhelfen?

IdP Bernd Heinen (MIK): Ich verweise noch einmal auf den Bericht, 22:50 Uhr. Das war die zentrale Zeit, in der alle Einsatzkräfte der Bereitschaftspolizei zusammengezogen wurden am Bahnhofsvorplatz 83.

(Zuruf von Marc Lürbke [FDP])

– Ich habe von einer BAO gesprochen, die unter anderem am Einsatzabschnitt Ermittlungen durchgeführt hat, die sich auf dem Ring aufgehalten hat – Verkehrsmaßnahmen usw. In dieser Besonderen Aufbauorganisation, die sich da um Silvester kümmerte, waren 142 Leute, und daneben gab es den Regeldienst, den ich Ihnen genannt habe.

Daniel Sieveke (CDU): Jetzt liegt nur noch meine Wortmeldung vor. Hier ist schon mehrfach der Hinweis auf unsere Anhörung zum Thema „Bodycam“ gekommen. Ich glaube, es lohnt sich, sich noch einmal das Protokoll über diese Anhörung anzuschauen. Jeder hat hier für seine Sache argumentiert, und jeder hat ein Stück weit recht gehabt.

Das Thema „Bodycam“ ist sehr wichtig. Wir hatten bei dieser Anhörung vollumfänglich alles thematisiert. Wir sind dabei qua Mehrheitsentscheidung so auseinandergesgangen, dass man erst einmal abwarten möchte – das haben Sie, Herr Körfges eben aufgeworfen –, was in den anderen Bundesländern passiert.

Gemeinsam mit den Vertretern der Polizeigewerkschaften, die bei der Anhörung vor Ort waren, haben wir über die unterschiedlichen Einsatzmöglichkeiten von Bodycams gesprochen. Die politische Bewertung fiel sicherlich unterschiedlich aus. Ich rege an, dass wir dieses Thema, falls es noch einmal aufkommen sollte, genauer diskutieren. – Es liegt noch eine Wortmeldung vor. Herr Dr. Stamp, bitte.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Herr Vorsitzender, ich bitte um Nachsicht, aber die Ausführungen von Herrn Heinen machen eine Nachfrage notwendig. In den Medien ist die ganze Zeit davon berichtet worden, dass die Kollegin in Zivil sexuell belästigt worden wäre. Jetzt ist hier auf einmal von der Handtasche die Rede und davon, dass man die Tasche hat sichern können. In den Medien war davon die Rede, dass mit ihr Pingpong gespielt worden wäre, dass sie herumgeschubst worden wäre, dass uniformierte Kräfte nicht hätten nachrücken können, um sie zu schützen, dass man ihr in den Intimbereich gefasst hätte etc. Das ist doch ein erheblicher Unterschied. Das hätte ich hier gerne aufgeklärt.

IdP Bernd Heinen (MIK): Das kann ich nach Rückfrage bei meinen Kollegen aufklären. Die Handtasche ist ihr entrissen worden; sie hat sie zurückgerissen. Nachdem sie sie wieder in der Hand hatte, ist ihr an den Hintern gefasst worden. Zum 4. Januar 2016 hat sie das dann zur Anzeige gebracht.

Daniel Sieveke (CDU): Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir jetzt nicht vor. Ich darf Ihnen allen recht herzlich für die Teilnahme danken.

2 Verschiedenes

Vorsitzender Daniel Sieveke: Am 21. Januar 2016 treffen wir uns wieder zur regulären Sitzung des Innenausschusses. Ich darf schon einmal mitteilen, dass dieser Themenkomplex, den wir heute besprochen haben, dann auch wieder Bestandteil der Sitzung sein wird, weil diesbezüglich schon Tagesordnungspunkte beantragt worden sind. – Vielen Dank.

gez. Daniel Sieveke
Vorsitzender

18.01.2016/19.01.2016

160